Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

ASG-Herbsttagung und Schwerpunkt

Die Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft

Interview

Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens

Klimagerechte Landwirtschaft

Tassilo Tröscher-Preis verliehen

H 20781 | 70. Jahrgang | 04/2019 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Editorial
2 ASG-Herbsttagung 2019: Landwirtschaft und Gesellschaft – wie lässt sich die Kluft verringern?
8 Ideen für ein besseres Miteinander zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft
9 Verleihung des Tassilo Tröscher-Preises 2019
• Schöpfungs- und Klimagarten „Wettermuseum Alte Schule Schreufa“
• Bauernhoftiere bewegen Menschen
• Umnutzung und Revitalisierung einer alten Hofstelle
• medPJ+
• Sonderpreise: Ackertaxi, Allmende Holzhausen e.V., DorfstattStadt
14 Neues aus Vorstand und Kuratorium, Heinz Christian Bär verabschiedet
15 Begleitveranstaltungen des BMEL-Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2020 mit Beteiligung von ASG und BAG LAG
16 Internationale Grüne Woche Berlin vom 17. bis 26. Januar 2020: Land in Sicht – heute und morgen!

Agrarpolitik

18 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Neue Zeiten
20 Interview mit Dr. Hermann Onko Aeikens: Wir haben etliches bewegen können

Landwirtschaft

22 Klimagerechte Landwirtschaft – warum weniger vom Schlechten nicht gut ist

Ernährung

27 Nahrungsgeographie – Produktion und Konsum von Nahrung unter Bedingungen der Globalisierung

Schwerpunkt Die Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft

30 SocialLab – Nutztierhaltung im Spiegel der Gesellschaft
31 Die Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Tierhaltung durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen im Diskurs
33 Lesetipp: Zwischen Bullerbü und Tierfabrik
34 Wie Medien ihre Rolle als Orientierungsgeber wahrnehmen (können)
37 Einstellungen der Landwirtschaft zur gesellschaftlichen Diskussion über landwirtschaftliche Tierhaltung
40 Tierische Lebensmittelproduktion: Welchen Organisationen vertrauen Verbraucher*innen?
42 CSA – Landwirtschaft und Verbraucher*innen gemeinsam
44 Wir fordern Planungssicherheit – Anmerkungen von Hermann Kroll-Schlüter

Personalien

46 Beate Kasch folgt Dr. Hermann Onko Aeikens als Staatssekretärin im BMEL
46 Arnd Spahn neuer Vorsitzender der SVLFG
46 Franz Sauter verstorben

Termine

46 Gerd-Sonnleitner-Preis der Rentenbank

Lesetipps

47 Zukunftsfähige Landwirtschaft. Herausforderungen und Lösungsansätze
47 Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos
47 Nachhaltig wirtschaften mit KSNL. Umwelt-, wirtschafts-, sozial- und tierverträglich

Aus der Forschung

48 Demografischer Wandel und die Entwicklung ländlicher Räume
48 Landwirtschaft und ländliche Gemeinden. Ein Verhältnis im Wandel. Eine Fallstudie
48 Kleinstadtforschung

Foto Titelseite: AgriKontakt, Dr. Hesse. Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autor*innen, Fotograf*innen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Foto: privat

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Wirtschaftszweig probt aktuell den Aufstand gegen aus seiner Sicht weltfremde, um nicht zu sagen existenzbedrohende rechtliche Bestimmungen. Nicht der Unmut treibt die Landwirt*innen auf die Straße, sondern die Sorge, dass die Landwirtschaft in Deutschland keine Zukunft mehr hat. Gemeinsam – Ackerbauern und Tierhalter, Großbetriebe wie Familienbetriebe, konventionell wie auch ökologisch wirtschaftende – werben sie in einer Gesellschaft, in der Landwirt*innen verunglimpft werden, für gegenseitigen Respekt und Verständnis. Ein Zusammenhalt unter Landwirt*innen, den es für mich gefühlt so noch nie gegeben hat.

Das Interesse der Verbraucher*innen an der Herkunft ihrer Nahrungsmittel steigt, wodurch sie verstärkt landwirtschaftliche Prozesse und Erzeugungsweisen hinterfragen. Da die Lebensmittelversorgung durch die Landwirtschaft gesichert ist, können die Verbraucher*innen diese Fragen stellen. Nun braucht es jedoch einen Ruck in der Gesellschaft und das Verstehen, dass die Landwirt*innen, die diesen wichtigen Betrag leisten, davon leben können müssen und für höhere Ansprüche an Tierwohl und Umweltleistungen mehr bezahlt werden muss. Und auch durch die Landwirtschaft selbst muss ein Ruck gehen: Nicht alles, was Landwirtschaft tut, ist selbsterklärend und richtig. Es gilt zum einen, selbstkritisch mit den Produktionsverfahren umzugehen und für Innovationen offen zu sein, zum anderen, sich vom Fehlverhalten einzelner schwarzer Schafe deutlich zu distanzieren.

Der begrenzte politische Spielraum bei den derzeit strittigen Themen ist beim sog. „Agrargipfel“ deutlich geworden, zu dem Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel Anfang Dezember Vertreter*innen von 40 berufsständischen Verbänden und Organisationen in die Berliner Regierungszentrale eingeladen hatte. Für große Aufmerksamkeit sorgte die vorgesehene Einrichtung einer „Zukunftskommission Landwirtschaft“. Praktiker*innen, Wissenschaftler*innen und gesellschaftliche Akteure sollen „praxistaugliche Wege für eine produktive und ressourcenschonende Landwirtschaft“ erarbeiten und aufzeigen. Ein gekonnter Konter der Regierung, spielt sie hiermit den Ball geschickt in das Feld des Gegners zurück. Landwirt*innen brauchen für ihre Arbeit ein sicheres Fundament, wenn sie, wie es die Bundeskanzlerin formuliert hat, „ein Teil der Kultur und der Identität Deutschlands“ sein sollen. Diese Basis an verlässlichen, nachhaltigen und generationengerechten Rahmenbedingungen muss von der Politik bereitgestellt werden.

Was bleibt als Ergebnis der Schlepperdemonstrationen und Mahnfeuer übrig? Die Teilnehmer*innen sind Botschafter*innen einer modernen Gesellschaft: Sie lieben das Leben auf dem Land und ihren Beruf, sie denken generationsübergreifend und kämpfen deshalb dafür, dass auch der nächsten Generation das Fundament dieser Leidenschaft bereitgestellt wird, und sie sind bereit zum Dialog mit den Verbraucher*innen und zum Umdenken.

Mit diesem Thema haben wir uns auch bei der ASG-Herbsttagung beschäftigt, was wir in diesem Heft dokumentieren. Ergänzend finden sich im Schwerpunkt des Heftes Forschungsergebnisse verschiedener Institute zu diesem Thema.

Ihre

Katrin Fischer

Vorstandsmitglied der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und
Vertreterin des Bundes der Deutschen Landjugend e.V. im ASG-Vorstand

ASG-Herbsttagung 2019:

Landwirtschaft und Gesellschaft – wie lässt sich die Kluft verringern?

Die Reaktionen von Passant*innen und Leserbriefschreiber*innen auf die Demonstrationen der Bauern und Bäuerinnen hätten von Zustimmung über Unverständnis bis zur vollständigen Ablehnung gereicht, so Dr. Juliane Rumpf. Ziel der ASG-Herbsttagung solle sein, die offensichtlich vorhandene Verständnislücke zu verringern. In ihrem Fazit zur Tagung wies sie darauf hin, dass sowohl die Befindlichkeiten als auch die verschiedenen Lösungsansätze aller Seiten wahrgenommen werden müssten. Hierfür seien sowohl neue Kommunikationswege zu beschreiten als auch Zielkonflikte zu benennen.

Im Interview mit Moderatorin Petra Schwarz vertrat Gesa Langenberg, aktive Landwirtin, Mitglied im Leitungsteam der Jungen DLG und als Agrarscout tätig, die Ansicht, dass Landwirt*innen sich immer für eine gute Beziehung zur Gesellschaft einsetzen sollten. Kritik müsse erst einmal zur Kenntnis genommen und analysiert werden, um dann sachlich zu antworten. Es gebe viele Gelegenheiten für eine gute Öffentlichkeitsarbeit, angefangen bei Kindergartenbesuchen auf dem Bauernhof bis zu Diskussionsveranstaltungen. Philip Krainbring, ebenfalls Landwirt und Agrarscout beim Forum Moderne Landwirtschaft, sah sowohl seinen Webauftritt bei Instagram und Facebook als auch sein tägliches Handeln, z. B. nicht bei Wind zu spritzen, als Formen der Öffentlichkeitsarbeit an. Seine eigenen Kenntnisse hätten sich durch den Austausch mit Imkern so erweitert, dass er nach intensiven Gesprächen einen Teil des Pflanzenschutzes verändert habe. Ein guter Kontakt zu Printmedien und Rundfunk sei möglich und führe dort zu einer informativen Berichterstattung.

Bei ihrer Tätigkeit in der landwirtschaftlichen Familienberatung erlebe sie, dass neben dem konkreten Anlass für die Beratung, etwa der Hofübergabe, eine depressive oder auch resignierte Grundstimmung vorhanden sei, so Ute Göpel, BAG Familie und Betrieb e.V. und Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck. Diese rühre aus der als schizophren empfundenen Differenz zwischen Einstellungen und Verhalten der Verbraucher*innen und dem Empfinden, von „der Politik“ alleingelassen zu werden, her. Hinzu kämen der wirtschaftliche Druck und die Arbeitsüberlastung, die dazu führten, dass gerade die Frauen nicht mehr wollten, dass ihre Kinder die Landwirtschaft weiterbetrieben, führte Göpel im Interview aus.

Berufung gebe der Arbeit über das reine Geldverdienen hinaus einen Sinn, betonte Werner Schwarz. Berufung allein reiche jedoch nicht. Die demonstrierenden Bauern und Bäuerinnen wünschten sich einen Lösungsansatz, der ihren Betrieben auch morgen noch ein Einkommen in der Landwirtschaft sichere. Gerade die jungen Menschen auf den Höfen wollten etwas verändern und setzten auf den Dialog. Ihr

„Wir haben Demonstrationen mit tausenden Schleppern und vielen zehntausend Bäuerinnen und Bauern hinter uns. Stur, fast schon penetrant, setzen die Landwirte auf den Dialog.“

Werner Schwarz
Präsident Bauernverband Schleswig-Holstein

Signal: Wir denken in die Zukunft, wir wollen mehr Umwelt-, Natur-, Tier- und Klimaschutz – aber gemeinsam, mit Gesellschaft, Politik und NGOs. Doch auf die Frage, was sie konkret anders machen sollten, bekämen sie keine Antwort. Die Landwirtschaft brauche dringend verlässliche Ziele, mit denen sie „rechnen“ könne – und zwar sofort. Bäuerinnen und Bauern arbeiteten zzt. nicht nachhaltig. Zwar erfüllten sie immer mehr Umwelt- und Tierschutzstandards, dies gehe jedoch zu Lasten der Wirtschaftlichkeit und der Familie, womit zwei Säulen der Nachhaltigkeit wegbrächten. Der Bauernverband Schleswig-Holstein habe das Papier „Veränderung gestalten“ erstellt, dessen Ziel eine nachhaltige Landwirtschaft sei. Dazu sei auch notwendig, dass jede*r Einzelne Verantwortung übernehme und z. B. das Kaufverhalten ändere. Der Vorteil einer solchen Agrarwende wäre, dass auch die Importe betroffen wären, während nationale Verbote nur die nationale Erzeugung beeinflussten.

Christiane Grefe wies den Vorwurf, die Medien stellten die Landwirtschaft einseitig dar oder würden Stimmung gegen sie machen, entschieden zurück. Insbesondere müsse zwischen verschiedenen Medien und ihrer Funktion – ob Information oder Unterhaltung – unterschieden werden. Vor vielen Jahren habe es in der Berichterstattung eventuell eine leichte Schieflage gegeben, da sich fast nur Umweltschutzorganisationen zu den bestehenden Problemen in der Landwirtschaft geäußert hätten. Weil jedoch in den letzten Jahren das Interesse an der Landwirtschaft stark gestiegen sei, gebe es heute eine Vielzahl an Artikeln und Reportagen, in denen über verschiedene Aspekte, Zusammenhänge und Sichtweisen berichtet werde. So werde beispielsweise auch der ökonomische Druck, unter dem die Betriebe stünden, dargestellt. Sie glaube allerdings, die Landwirte seien zu lange „in der Wagenburg“ geblieben – ein Ausdruck, den der Präsident der Landwirtschaftsgesellschaft, Carl-Albrecht Bartmer, vor einigen Jahren gebraucht habe – und hätten sich zu wenig mit anderen gesellschaftlichen Gruppen auseinandergesetzt. Umgekehrt hätte allerdings ebenfalls wenig Interesse am Dialog bestanden. Heute gingen die Beteiligten mehr aufeinander zu, die Kommunikationsmöglichkeiten hätten zugenommen, ob über Blogs oder bei Hofbesuchen. Jetzt gehe es um die Frage, wie ehrlich alle Beteiligten dabei seien. Mit Aussagen wie „Wir Bauern machen eigentlich doch alles richtig“, würde den Konflikten allerdings weiter aus dem Weg gegangen. So könnten keine Lösungen gefunden werden. Aufgabe der Presse sei, auch den positiven Streit über Lösungsmöglichkeiten zu organisieren.

Foto: Michael Busch

„Je länger Probleme verdrängt oder klein geredet werden, ob in der Landwirtschaft oder hinsichtlich des Klimawandels, desto stärker muss später auf die Bremse getreten werden.“

Christiane Grefe
Journalistin, Die Zeit

„In den letzten zwei Jahren erlebe ich, wie bei den Agrarministerkonferenzen die Gräben zwischen den Positionen wieder ausgehoben werden, bei allen Parteien. Der Veränderungswille im politischen Raum ist sehr gering.“

StS Dr. Ralf-Peter Weber
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt

StS Dr. Ralf-Peter Weber beschrieb Wunsch und Wirklichkeit anhand der EMNID-Studie „Das Image der deutschen Landwirtschaft“ aus dem Jahr 2017 als widersprüchlich. Insbesondere bei der Tierhaltung sowie beim umweltbewussten Wirtschaften seien die Befragten der Meinung gewesen, dass hier seitens der Landwirtschaft zu wenig unternommen werde. Gleichzeitig hätten jedoch 79 % ein gutes oder sehr gutes Bild von Bauern und Bäuerinnen gehabt und mehrheitlich deren Verantwortung für die Produktion von gesunden Nahrungsmitteln mit hoher Qualität gewürdigt.

Die Landwirtschaft selbst könne und müsse ihr Außenbild formen, nicht nur um gesellschaftlich akzeptiert zu werden, sondern auch, um ihre Produkte und Leistungen honoriert zu bekommen. Obwohl die

Foto: Michael Busch

EMNID-Studie den Landwirt*innen ein hohes Ansehen in der Gesellschaft bescheinige, werde vom Berufsstand die mangelnde Wertschätzung beklagt. Gerade in Fällen von Negativschlagzeilen müsse der landwirtschaftliche Berufsstand aus seiner „Bunkermentalität“ herauskommen und offensiver zeigen, dass ein Einzelfall nicht zur Vorverurteilung des gesamten Berufsstands führen dürfe. Hierfür bedürfe es vielfältiger Kommunikationsformen, u. a. des persönlichen Kontakts oder über die sozialen Medien. Auch die Politik könne vermitteln. Dr. Weber nannte Beispiele, wie in Sachsen-Anhalt versucht werde, landwirtschaftliche und gesellschaftliche Standpunkte miteinander ins Gespräch zu bringen und die positiven Leistungen der Landwirtschaft herauszustellen, wie Hoffeste und Radiokampagnen.

„Wenn im Agrarausschuss des EU-Parlaments der Sprecher der größten Fraktion (und der ist es, der wirklich die Politik vorgibt) zumindest in den zehn Jahren, in denen ich mit ihm zusammengearbeitet habe, verleugnet, dass es überhaupt ein Klimaproblem gibt, und nicht bereit ist, sich mit allen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch zu setzen, sondern sagt, dass ihm Umweltleute nicht ins Büro kämen, wenn dieser dann noch Vorstandsvorsitzender einer der größten Meiereien ist, dann darf man sich nicht wundern, dass die Gesetzgebung so ist, wie sie ist.“

Ulrike Rodust
bis Mai 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments

Die EU-Kommission habe mit der Vorlage zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 und dem Versuch, diese stärker an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auszurichten, einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, so Ulrike Rodust. Allerdings seien die Ziele weder klar definiert noch in qualifizierte Vorgaben umgesetzt worden. Somit sei die Einschätzung der Kommission über den Beitrag der GAP zu den Klima- und Naturschutzzielen unrealistisch. Die Ziele der GAP sollten eindeutig an Outputs, Ergebnisse und Auswirkungen geknüpft sein, worauf auch der Europäische Rechnungshof hingewiesen habe. Das Zwei-Säulen-System sei inzwischen überholt und weder der Gesellschaft zu vermitteln noch innerhalb der Landwirtschaft fair. 80 % der Mittel würden an 20 % der Betriebe gehen und diese Steuergelder würden häufig in die Vermögensbildung einzelner außerlandwirtschaftlicher Flächeneigentümer*innen bzw. Investoren fließen. Die aktuelle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik müsse genutzt werden, um die Agrarpolitik umzusteuern. Die Gefahr, dass der Agrarhaushalt massiv gekürzt werde, sei groß und deshalb ein breiter Konsens sowie ein allgemein anerkannter Gesellschaftsvertrag notwendig.

„Für die Landwirtschaft stellt sich die Frage, ob sie neue gesellschaftliche Diskussionsprozesse anstoßen kann, die nicht länger unterkomplex sind und Zielkonflikte benennen. Daneben wird wesentlich sein, dass sich die Zivilgesellschaft davon löst, der Landwirtschaft Lösungsvorgaben zu machen, sondern sich auf die Formulierung von Zielbündeln und einem allgemeinen Rahmen beschränkt.“

Prof. Dr. Alfons Balmann
Leibnitz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO)

Prof. Dr. Alfons Balmann verdeutlichte anhand von vier Thesen die Herausforderungen, vor denen Landwirtschaft und Gesellschaft stünden. Erstens müsse sich die Landwirtschaft verändern. Es gäbe jedoch enorme Zielkonflikte, etwa zwischen Umweltschutz und Ernährungssicherung. Daneben bestünden nicht nur innerhalb der Landwirtschaft, sondern auch in großen Teilen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft unterschiedliche Vorstellungen, ob sich die Zielkonflikte eher im Rahmen einer ökologischen Agrarwende oder durch eine nachhaltige Intensivierung bewältigen ließen. Zweitens werde sich die Landwirtschaft aufgrund einer Reihe von Treibern wie der Digitalisierung, biotechnologischer Entwicklungen, sich ändernder Konsummuster und des Klimawandels verändern. Dabei befände sich die Landwirtschaft im globalen Wettbewerb um knappe Ressourcen sowie um Absatzmärkte, dem sich niemand entziehen könne. Zudem werde zunehmend um knapper werdende Arbeitskräfte konkurriert und in vielen Regionen spielten traditionelle

Muster, wie das der rein familienbetriebenen Landwirtschaft bereits eine untergeordnete Rolle. Drittens brauche nachhaltiger Wandel Kohärenz. Landwirtschaft sei nur als Teil der Gesellschaft wandelbar. Viele Forderungen erweckten den Eindruck, dass sich zukunftsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft an einem Leitbild orientieren müsse, das von Prinzipien wie Ganzheitlichkeit, Suffizienz und Regionalität geprägt sei. Umgeben sei die Landwirtschaft jedoch von einer Gesellschaft, die nach wie vor auf Wachstum und Innovationen setze. Diese Inkonsistenzen behinderten die Landwirtschaft nicht nur in ihren Möglichkeiten, reale Probleme zu lösen, sondern führten zu Orientierungslosigkeit und Verunsicherung. Viertens konstatierte Professor Balmann ein Diskursversagen auf verschiedenen Ebenen. Innerhalb der Gesellschaft würden die erwähnten Inkonsistenzen kaum diskutiert. Allerdings deute sich auch eine Radikalisierung in der Landwirtschaft an, wie etwa ein zunehmendes Leugnen von Umwelt- und Klimaproblemen oder eine steigende Nähe zu Akteuren, die bestehende Probleme leugneten.

Diskussion

In der Diskussion, wer eigentlich die Gesellschaft sei, konstatierte Ulrike Rodust, dass die Gesellschaft in einer Demokratie von der Mehrheit in den Parlamenten repräsentiert werde und diese die Politik bestimme. Die Forderung aus Gesellschaft und Wissenschaft, die Mittel aus der 1. in die 2. Säule umzuschichten kritisierte Achim Hübner, Landvolk Göttingen. Diese führe dazu, dass sich zwar die Tierschutz- oder Umweltleistungen der Betriebe erhöhten, nicht jedoch ihr Einkommen, da 2.-Säule-Maßnahmen keine Einkommenseffekte haben dürfen. Dr. Kathrin Naumann, GGAB Agrarbetrieb Groß Grenz GmbH, ergänzte hierzu, dass die Produktionskosten oft höher als die Erlöse seien. Beim Getreide müsse mit Betrieben in der Ukraine konkurriert werden, die deutlich geringere Umwelt- und Sozialstandards erfüllten. Beiden widersprach Professor Balmann: Schon heute seien durch die 2. Säule Einkommenseffekte feststellbar und auch die Konkurrenzvorteile seitens der ukrainischen Getreideproduktion sah er nur als gering an. Allein die Transportkosten zum Hafen betrügen dort 2 – 3 € pro 100 kg, während deutsche Betriebe von einer besseren Infrastruktur und der besseren Bildung der Beschäftigten profitierten. Das Argument, dass die Flucht des Kapitals in den Boden zu unverträglich hohen Pacht- und Kaufpreisen führe, bezeichnete er ebenfalls als falsch. Solange positive Pachtpreise gezahlt würden, werde offensichtlich auch Einkommen erwirtschaftet.

Im Zusammenhang mit seiner Forderung, im Zuge eines Systemwechsels von der Flächenprämie zur Honorierung von sozialen und ökologischen Leistungen zu kommen, schlug Staatssekretär Dr. Weber vor, auch über die Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Weltmarkt zu diskutieren, obwohl dieser keineswegs einfach sein würde.

Veränderung der Kommunikation oder der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen?

Umfragen belegten, dass das Gros der Menschen Landwirt*innen möge, so Olaf Hermann. Die Deutschen hielten sie für innovationsfreudig, gut gebildet und fortschrittlich. Sie wüssten, welchen Löwenanteil Landwirt*innen daran trügen, dass die Ladenregale voll mit hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln seien. Die Wertschätzung nehme jedoch ab, je abstrakter es werde. Die „moderne Landwirtschaft“ werde mit Skepsis gesehen, viele Menschen könnten sich darunter nichts vorstellen – und wenn doch, dann hätten sie keine schönen Bilder vor Augen.

„Zwischen Landwirten und der städtischen Bevölkerung fehlt es an Kommunikation. Das Forum Moderne Landwirtschaft stellt Verbindungen her.“

Olaf Hermann
Leiter Online-Kommunikation, Forum Moderne Landwirtschaft

Gerade die städtische Bevölkerung wüsste häufig nicht, unter welchen Rahmenbedingungen Lebensmittel erzeugt werden. Gleichzeitig wachse aber ihre Anspruchshaltung. Die Menschen erwarteten, dass ihre Sorgen um das Ökosystem ernst genommen und ihre ethischen Vorstellungen in der Nutztierhaltung umgesetzt würden. Damit werde das „wie“ der Produktion zur Kernherausforderung erhoben. Die städtische Bevölkerung sei meinungsbildend und trendsetzend. Deshalb unterstütze das Forum Moderne Landwirtschaft Landwirt*innen, die in Supermärkten einen Austausch auf Augenhöhe führten. Authentisch, transparent und persönlich würden viele ehrenamtliche Agrarscouts in Blogs, Fernsehbeiträgen und Diskussionsrunden Einblicke in die moderne Landwirtschaft gegeben und so Vertrauen und Wertschätzung für die Branche herstellen.

Johannes Fankhauser beschrieb die im europäischen Vergleich mit durchschnittlich 20 ha eher kleinstrukturierte Landwirtschaft seines Landes. Fast zwei Drittel der Betriebe würden im Nebenerwerb geführt, allerdings habe Österreich innerhalb

„Die Landwirtschaft bildet das Rückgrat der Gesellschaft, doch die Zukunft der Landwirtinnen und Landwirte ist untrennbar mit dem Konsumverhalten und dem Nachhaltigkeitsgedanken unserer Gesellschaft verbunden.“

Johannes Fankhauser
Sektionsleiter Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Österreich

der EU die jüngsten Landwirt*innen. Seit dem EU-Beitritt 1995 seien alle in der EU für die ländliche Entwicklung zur Verfügung stehenden Mittel genutzt und durch Kofinanzierung verdoppelt worden. Auch durch die Umschichtung könnten in der aktuellen GAP-Periode 60 % des Budgets im Rahmen der 2. Säule ausgegeben werden. Gezielt würden regionale Impulse gesetzt, um eine moderne und nachhaltig produzierende Landwirtschaft zu fördern, die auch soziale Akzente setze. Mit dem Agrarumweltprogramm ÖPUL sei 1995 ein bis heute attraktives Kernelement der österreichischen Agrarpolitik geschaffen worden, das mit einem flächendeckenden Ansatz eine umweltgerechte, extensive und die natürlichen Ressourcen schonende Landbewirtschaftung sowie tierfreundliche Haltungsformen fördere. Als besondere Erfolgsgeschichte nannte Fankhauser die Entwicklung des biologischen Landbaus: 2018 seien bereits 25 % der Fläche von Biobetrieben bewirtschaftet worden. Aber auch andere Gütesiegel, die Herkunft, Qualität und höhere Produktionsstandards gewährleisteten, spielten in Österreich eine Rolle. Diesen Mehrwert gelte es zu kommunizieren. Die regionalen Spezialitäten und eine einzigartige Kulturlandschaft seien auch ein wichtiger Eckpfeiler für einen florierenden Tourismus, von dem umgekehrt die kleinstrukturierten Höfe profitierten, die sich mit touristischen Angeboten ein weiteres Standbein aufbauen könnten. Im Bereich Green Care, also Angeboten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales, werde ebenfalls ein hohes Potenzial gesehen. Die GAP 2020+ werde in einem breiten Beteiligungsprozess diskutiert. Hier sei die gegenseitige Wertschätzung der Schlüssel zum Erfolg.

„Unser aktueller Lebensstil und Ressourcenverbrauch überschreitet die planetaren Grenzen bei Weitem. Die Landwirtschaft spielt eine ambivalente Rolle, sie ist sowohl Verursacherin als auch Betroffene. Sie muss – und ich denke sie kann – von einer Ursache des Problems zu einem Teil der Lösung werden.“

Veikko Heintz
Geschäftsführender Vorstand Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

Die Solidarische Landwirtschaft, erläuterte Veikko Heintz, sei ein Modell, das dazu beitragen könne, Landwirtschaft und Verbraucher*innen wieder zusammenzubringen und landwirtschaftlichen Betrieben eine Zukunftsperspektive zu bieten (s. auch Artikel S. 42). Eine Agrarpolitik, die zu mehr Anerkennung der Landwirt*innen führen solle, müsse auf der Systemebene ansetzen, die gesellschaftlichen Herausforderungen berücksichtigen und gleichzeitig Bäuerinnen und Bauern eine bessere Existenzsicherung und langfristige Zukunftsperspektive ermöglichen. Kleine und mittlere bäuerliche Betriebe müssten stärker gefördert, gesellschaftliche Leistungen honoriert und Anreize für den Umbau und die Anpassung der Landwirtschaft geschaffen werden. Dieser erfordere Maßnahmen für mehr artgerechte Tierhaltung, für mehr Natur- und Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt auf den Höfen und in der Agrarlandschaft. Auch Maßnahmen für den Erhalt einer vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft in einem lebendigen ländlichen Raum, für qualitätsorientierte regionale Wertschöpfungsketten und kurzkettige Vermarktungsmodelle seien erforderlich, so Heintz. Erreicht werden könne dies durch eine Stärkung der 2. Säule, eine ambitionierte Umsetzung der Eco Schemes, eine Kappung und degressive Gestaltung der Direktzahlungen sowie eine bessere Existenzgründungsförderung und verbesserte Möglichkeiten beim Zugang zu Land für neue Betriebe.

*„Die LANDWEGE-Idee soll auch für andere ein Vorbild sein und zeigen wie Brücken zwischen Landwirtschaft und Verbraucher*innen gebaut werden können.“*

Klaus Lorenzen
Geschäftsführender Vorstand der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft EVG LANDWEGE eG, Lübeck

Bundesweit sei LANDWEGE seit 1988 eines der wenigen ökologischen Modelle gelebter Regionalität, so Klaus Lorenzen. Bei der LANDWEGE eG bestimmten die Landwirt*innen mit – auf dem Feld, im Aufsichtsrat und in der Bauernversammlung. Rund 30 Biohöfe im Umkreis von maximal 100 km um Lübeck seien Mitglied, davon die meisten max. 30 km entfernt. Die LANDWEGE-Bioläden böten ein Vollsortiment und der Großteil der Regionalprodukte stamme von den Mitgliedshöfen.

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 seien Verbraucher*innen und Erzeuger*innen aus dem Lübecker Umfeld mit dem Wunsch nach unbelasteten ökologischen Lebensmitteln zusammengekommen. Zunächst hätten sich die Teilneh-

Foto: Michael Busch

mer*innen in einer Lübecker Garage getroffen, doch schon bald habe diese nicht mehr ausgereicht. Auch der erste, 1992 gegründete LANDWEGE-Laden habe sich rasch als zu klein erwiesen. Immer mehr Menschen seien LANDWEGE beigetreten und insgesamt vier Lübecker Biomärkte und einer in Bad Schwartau seien eröffnet worden. 2013 habe die Gemeinschaft ihre Verarbeitungsküche in Betrieb genommen, 2018 den Lieferservice gegründet und ab 2019 die Lübecker Bäckerei „Das Freibackhaus“ durch die Genossenschaft weitergeführt. LANDWEGE wolle sich nicht über das heutige Gebiet hinaus vergrößern, um die intensive regionale Vernetzung nicht zu gefährden.

„Heutzutage erinnert wenig an den Ursprung der Lebensmittel auf dem Acker und im Stall, wenn die Menschen sauber verpackte Fertigprodukte im Supermarkt kaufen.“

Petra Bentkämper
Präsidentin Deutscher LandFrauenverband

Der Deutsche LandFrauenverband setze sich schon seit gut 40 Jahren für Brücken zwischen Landwirtschaft und Verbraucher*innen ein, er sei ein Bindeglied zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft, erläuterte Petra Bentkämper. Im engen persönlichen Austausch vermittelten die LandFrauen ein realitätsnahes Bild der Lebensmittelproduktion in Deutschland. Angesichts der zunehmenden Spannungen und des wachsenden Unverständnisses zwischen Berufsstand und Gesellschaft seien sie als Mittlerinnen wichtiger denn je, da sie aus erster Hand über die Herstellung von heimischen Lebensmitteln – im Supermarkt, auf der Frankfurter Buchmesse oder in Schulen – berichten würden. Die Anfänge dieses Erzeuger-Verbraucher-Dialogs lägen in den 1970er Jahren, als vor allem im Süden Deutschlands Bauernfamilien mit der Vermietung von Gästezimmern begannen. Über Hofläden, Hofcafés sowie pädagogische Angebote gelänge es den Bäuerinnen bis heute, ein modernes Bild der Landwirtschaft zu vermitteln. Auf Bundesebene setze sich der Deutsche LandFrauenverband aktuell intensiv mit dem Thema „Gesellschaftsvertrag“ auseinander. Dieser solle ein gemeinsames, langfristiges Grundverständnis festschreiben und damit die Grundlage für eine kohärente Weiterentwicklung der deutschen Agrarpolitik liefern.

Diskussion

Kontrovers diskutiert wurden Form und Inhalt der Kommunikation seitens der landwirtschaftlichen Interessensvertretungen. Einige der Diskutierenden wünschten sich, dass Informationsdefizite in der Bevölkerung abgebaut und ein positives Bild der Landwirtschaft erzeugt werden sollte. Olaf Hermann zeigte auf, wie dies auch über die Medien möglich ist. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass Wissensvermittlung und Marketing kein Dialog und keine Kommunikation auf Augenhöhe seien. Ute Göpel beschrieb im Gegensatz dazu die persönlichen Gespräche mit Landwirt*innen als meist sehr offen und auch selbstkritisch. In eine ähnliche Richtung zielte Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, mit ihrer Aufforderung „Wir müssen nicht nur fragen, wie wir kommunizieren, sondern auch was wir tun“. Von anderer Seite wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Organisation wie das Forum Moderne Landwirtschaft, welches maßgeblich von Konzernen wie Bayer finanziert werde, überhaupt die Interessen der Landwirt*innen vertrete.

Bei allen Fragen zur Zukunft der Landwirtschaft sei die Einbindung der Zivilgesellschaft notwendig, betonte Petra Bentkämper. Hierzu erläuterte Johannes Fankhauser, dass in Österreich auch die Agrarkommunikation aus der 2. Säule finanziert werde, welche insgesamt sehr erfolgreich sei; 80 % der österreichischen Betriebe nähmen teil. Die Prämien in der 2. Säule seien durchaus so gestaltbar, dass sich Einkommenseffekte ergäben. Die Einschätzung, dass die Preise in Österreich für landwirtschaftliche Produkte höher und das Ansehen der Produzent*innen besser seien als in Deutschland, teilte er nicht. ■ Dagmar Babel

Ideen für ein besseres Miteinander zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft

Die Teilnehmer*innen der ASG-Herbsttagung hatten während der Pausen die Möglichkeit, Ideen und Gedanken zu drei Fragestellungen zu diskutieren und aufzuschreiben. Geleitet wurden diese aktiven Kaffeepausen von Dr. Susanne v. Münchhausen, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Bei den folgenden Vorschlägen handelt es sich um einen Auszug, die vollständigen Ergebnisse sind auf der ASG-Website zu finden.

Welche Brücken können Landwirt*innen bauen?

- „Selbst lernen“: Kommunikationsfähigkeit in Aus- und Weiterbildung
- Selbstkritik üben“: Bodenschutz, Tierwohl – eigene Werte hinterfragen und leben
- „Brücken schlagen“: Kritiker*innen einladen, Allmende-Fläche bereitstellen, Runde Tische in der Gemeinde etablieren, lokal engagieren, Transparenz, Vertrauensbildung
- „Marktplätze“ für Erzeuger*innen und Verbraucher*innen schaffen und nutzen

Was können Vertreter*innen von Verbänden und Vereinen leisten?

- „Ehrlichkeit wagen“: Landwirtschaft zeigen wie sie ist, nicht beschönigen
- „Pro-aktiv“: konstruktive Vorschläge statt defensiv und vorwurfsvoll
- Differenziert und faktenbasiert berichten (Medien)
- „Interne Prozesse“: Mitglieder mitnehmen, Forderungen erklären
- „Wer vertritt wen?“: Bauernverband vertritt nicht alle Landwirt*innen, neue Wege bei der Interessenvertretung der Landwirt*innen prüfen, Unabhängigkeit von der Industrie, Nebenerwerbsbetriebe haben Brückenfunktion, sind nicht vertreten
- „Konkretes“: Kinder einbeziehen, bessere Bilder/Videos vorhalten, Öko und konventionelle Netzwerke, Landfrauen – Stadtfrauen verbinden
- „Strategieprozesse einleiten“: Gesellschaftliche Herausforderungen

Welche Aufgabe hat die Politik? An welcher Stelle sollten sich Ministerien, Ämter, Bildungseinrichtungen usw. mehr engagieren?

- „Gesellschaftlichen Diskurs führen“: Verschiedene Sprachrohre der Landwirt*innen neben Bauernverband, Alternativen zur Wachstums-Wirtschaft entwickeln, Agrarwende mit allen – für alle, Kinder einbeziehen
- „Kommunikation“: Offenheit, Fakten präsentieren, Veranstaltungen mit Landwirt*innen organisieren, gute Reportagen um 20.15 Uhr in öffentlichen Sendern
- „Bildung“: Maßnahmen/Projekte fördern, die Landwirtschaft in die Schulen bringen, Landwirtschaftsministerium in Lawi-Berufsausbildung einbeziehen
- „Konkretes“: Ökokonten nicht sinnvoll, gebietsspezifisch fördern statt Flächenprämie (Schutz-, Berg-, Grünlandgebiete)
- „Grundsätzliches“: Zielgenauigkeit, Verantwortung nicht auf Verbraucher*innen abschieben, Entbürokratisierung, Planungssicherheit, Mut zur Gestaltung, Boden-/Flächenschutz, Vergütung für gesellschaftliche Leistungen, faire Rahmenbedingungen für Marktteilnehmer*innen, weniger Klein-Klein

Transparenz schaffen:

- Neue Wege der Kommunikation gehen – Politik sollte Führung zeigen und gleichzeitig als Moderator fungieren
- Politik fördert Agrarumweltmaßnahmen und spricht darüber
- Widersprüche der gesellschaftlichen Erwartungen erklären
- Kommunikation lehren (Lehrpläne, Aus- und Weiterbildung)

Gesellschaftlichen Diskurs etablieren:

- Politik und Verbände formulieren zusammen ein Leitbild Landwirtschaft 2030 bzw. Gesellschaftsvertrag

Verleihung des Tassilo Tröscher-Preises 2019

Aus insgesamt 64 Bewerbungen wählte die Jury dieses Jahr sieben Preisträger aus und vergab vier Hauptpreise und drei Sonderpreise. Die Ehrung der Preisträger erfolgte im Rahmen der ASG-Herbsttagung in Göttingen am 6. November 2019.

Schöpfungs- und Klimagarten „Wettermuseum Alte Schule Schreufa“

Preisträger: Wettermuseum Alte Schule Schreufa e.V.

Schreufa ist eine nördlich vom hessischen Frankenberg (Eder) gelegene Ortschaft im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Das Wettermuseum Alte Schule Schreufa wurde gegründet, nachdem ein Bürgerverein das leerstehende Schulgebäude 2011 erworben und in aufwändiger Eigenleistung saniert hatte. In dem historischen Gebäude, das 1836 als erstes Schulhaus der Ortschaft errichtet wurde und in dem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstmals in Deutschland Wetterkunde an Volksschulen unterrichtet wurde, wird ein besonderer Fokus auf den Klimawandel gelegt, seine Ursachen erläutert und aufgezeigt, was jede*r Einzelne tun kann, um ihm entgegenzuwirken.

Bisher wurden Projekte umgesetzt, die zeigen, wie sich die Durchschnittstemperatur in Deutschland in den letzten 120 Jahren verändert hat. Ein Phänologischer Garten gibt Auskunft darüber, wie sich die steigenden Temperaturen auf die Vegetation auswirken, darüber hinaus erhalten Besucher*innen Informationen über Extremwetterereignisse wie Starkregenfälle oder Dürreperioden. In einem Kita-Garten wird die Relevanz des Anbaus und Konsums regionaler Produkte erläutert.

Das Wettermuseum Alte Schule Schreufa bietet zudem Räumlichkeiten für Schulungen, Seminare, Ausstellungen und Führungen. Zu den Besucher*innen zählen bisher unter anderem Schulgruppen, Kindergärten, Wandergruppen, Seniorenclubs, Vereine und interessierte Bürger*innen.

Weitere Baumaßnahmen erweitern das bestehende Angebot um den Aspekt der Bewahrung der Schöpfung. An einem Schöpfungspfad in Form einer Fibonacci-Spirale werden Schöpfungsbilder den negativen Auswirkungen menschlichen Handelns wie z. B. Massentierhaltung, Monokulturen, Ozeanvermüllung, Luftverschmutzung, Artensterben bei Vögeln und Insekten, Urwaldabholzung usw. gegenüber gestellt. Auf einer großen Sonnenuhr können Besucher*innen Platz nehmen und beobachten, wie die Erde sich dreht. Darüber hinaus soll gezeigt werden, wie vielfältig Kulturflächen angelegt werden können und wie wichtig der Erhalt dieser Diversität ist. Als eine von vielen Maßnahmen sollen Blühwiesen und Blühsträucher angelegt werden.

www.wettermuseum-alte-schule-schreufa.de

Der Schöpfungs- und Klimagarten aus der Vogelperspektive

Bauernhoftiere bewegen Menschen

Preisträger: Bauernhoftiere bewegen Menschen e.V.

Andrea Göhring ist „Herzblutbäuerin“, Fachkraft für tiergestützte Therapie/Pädagogik sowie Bauernhofpädagogin und begleitet seit mehr als zehn Jahren mit ihren Bauernhoftieren Menschen mit Förderbedarf. Zwei Kühe, drei Esel, sieben Schafe, zwei Minischweine, zwei Ziegen und einige Hühner werden auf ihrem Hof im baden-württembergischen Rulfingen im Landkreis Sigmaringen ausschließlich für die pädagogische und therapeutische Arbeit gehalten.

Mit ihrem Team hat Andrea Göhring es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere Kindern und Jugendlichen, aber auch Älteren und Menschen mit Demenz den achtsamen und heilsamen Umgang mit Tieren in der Natur zu ermöglichen. Gut ausgebildet und richtig angeleitet können Bauernhoftiere das emotionale Befinden von Menschen verbessern und ihre sozialen, motorischen und kognitiven Fähigkeiten fördern. Dabei bringt jede Bauernhoftierart besondere Kompetenzen für die tiergestützte Arbeit und die Förderung von Menschen mit unterschiedlichem Unterstützungsbedarf mit. Die Interaktion der Teilnehmenden mit den Tieren umfasst das Füttern und Pflegen der Tiere sowie gezielte, individuell auf die jeweilige Person abgestimmte pädagogische bzw. therapeutische Interventionen mit Unterstützung der Bauernhoftiere.

Tiergestützte Therapie mit Bauernhoftieren ist im Gegensatz zu bereits etablierten Formen wie Reittherapie, der Arbeit mit Hunden oder Delphinen in Deutschland derzeit absolutes Neuland. Da das neuartige therapeutische Angebot bis auf Weiteres nicht von den Krankenkassen übernommen wird, gründete Andrea Göhring Anfang 2019 einen Förderverein, um mehr Menschen diese Form der Therapie ermöglichen zu können.

Neben der Arbeit mit betroffenen Kindern und Erwachsenen, den pädagogischen und therapeutischen Prozessen sowie Vorträgen und Workshops für interessierte Gruppen wird in Zusammenarbeit mit der Ellernhof Natur und Business Akademie auch eine berufsbegleitende Weiterbildung zur tiergestützten Intervention auf dem Bauernhof angeboten. Die Teilnehmer*innen lernen hierbei in aufeinander aufbauenden Modulen theoretische und praktische Grundlagen des tiergestützten Arbeitens, Stärken und Einsatzmöglichkeiten aller Bauernhoftierarten sowie die Ausbildung der Tiere kennen. Außerdem erhalten sie zahlreiche Arbeitsbeispiele und Tipps von der Praxis für die Praxis.

www.bauernhoftiere-bewegen-menschen.de

Entspannung auf dem Kuhrücken

Umnutzung und Revitalisierung einer alten Hofst

Preisträger: HOFLEBEN – Verein für soziales Miteinander im ländlichen Raum e.V. und

Selbst in einer vier Generationen umfassenden Großfamilie aufgewachsen, wollte Antje Petersen die geerbte elterliche Hofstelle wiederbeleben und zu einem generationenübergreifenden Ort des Zusammenlebens und der Begegnung umgestalten. 2017 wurde deshalb der Verein HOFLEBEN – Verein für soziales Miteinander im ländlichen Raum e.V. gegründet, der die Hofanlage samt zugehörigem Land in Lemgrabe, einem Ort im Flecken Dahlenburg im Landkreis Lüneburg erwarb. Das Mehrgenerationen-Projekt richtet sich an Menschen, die auf dem Land, mit der Natur und in einer Gemeinschaft leben möchten.

2017 begann die Sanierung von Haupthaus und Nebengebäuden. Es entstehen insgesamt 19 individuelle Wohnungen mit 50 bis 130 m^2 Wohnfläche, ausgerichtet auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Generationen und unter besonderer Berücksichtigung der Belange älterer Menschen. Nach Fertigstellung werden hier ca. 40 Menschen ein neues Zuhause finden. Die künftigen Bewohner*innen sind alle Mitglieder des Vereins und in Form einer Wohnungseigentümergemeinschaft organisiert. Sie erhalten vom Verein lediglich ein Erbbaurecht, so dass der Grund und Boden im Besitz des Vereins verbleibt. Die Erstellung der Wohnungen wird von den Eigentümer*innen privat finanziert.

Neben dem geschaffenen Wohnraum wurde in dem alten Haupthaus 2019 eine Hofküche eröffnet, die einen Gemeinschafts- und Begegnungsraum für das gesamte Dorf bieten soll, in dem alle Generationen zusammenkommen können. Auf diese Weise leistet der Verein auch einen Beitrag zur Erhaltung und Belebung der nachbarschaftlichen Dorfstruktur.

Dem Hof angegliedert ist seit 2019 der nach dem Modell der Solidarischen Landwirtschaft betriebene HOFGARTEN in Form eines kleinstrukturierten, biointensiven Gemüseanbaus mit Hühner- und Schafhaltung sowie Ackerbau. Die Tierhaltung orientiert sich am Archeprojekt der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen. Auf lange Sicht soll dieses Modell ca. 130 Personen das ganze Jahr über mit Gemüse, Kräutern, Eiern, Getreide- und Fleischprodukten versorgen. Die Erzeugnisse können auf dem Hof oder an einer Abholstation in Lüneburg abgeholt werden.

Mit seinem Projekt möchte der Verein zeigen, auf welche Art Hofanlagen genutzt werden können, die nicht mehr im Vollerwerb bewirtschaftet werden, um somit Leerstand und demografischem Wandel auf dem Land entgegenzuwirken.

hofgarten-lemgrabe.de und hof-leben.de

Projekttreffen im Inn

elle

HOFGARTEN Lemgrabe e.V.

enhof

medPJ+

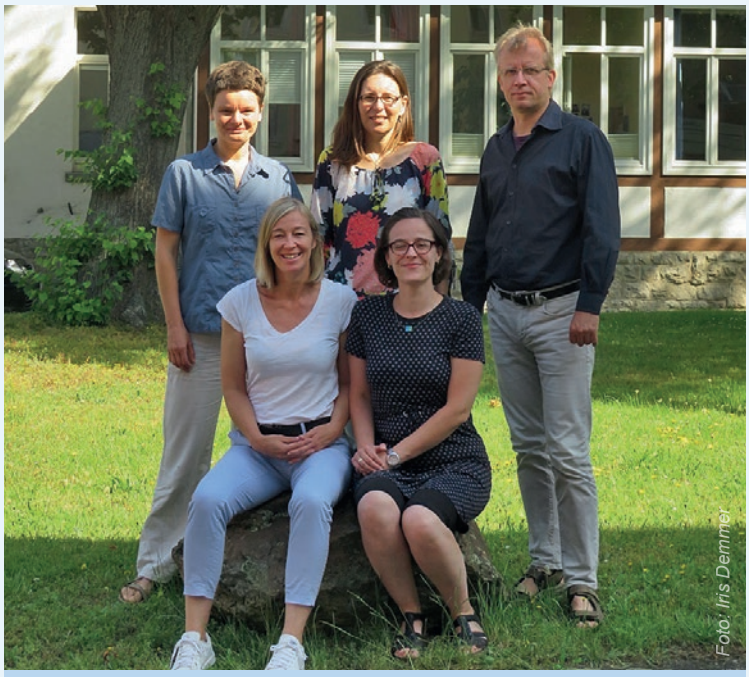
Preisträger: Institut für Allgemeinmedizin, Universitätsmedizin Göttingen

Mit dem Projekt medPJ+ reagiert das Institut für Allgemeinmedizin der Universitätsmedizin Göttingen auf den Mangel an ärztlichem Nachwuchs in ländlichen Gebieten Südniedersachsens: Einem hohen Nachbesetzungsbedarf aufgrund der Überalterung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte steht ein geringes Interesse des medizinischen Nachwuchses an einer Tätigkeit in der Allgemeinmedizin und im ländlichen Raum gegenüber.

Infolge des Masterplans Medizinstudium 2020, der von den Bundesministerien für Bildung und Forschung und Gesundheit, Vertreter*innen der Gesundheits- und der Kultusministerkonferenz der Länder und der Koalitionsfraktionen des Deutschen Bundestages angestoßen wurde, sollen Hausärzt*innen als akademisches Ausbildungsfeld in den Fokus rücken. Vorgesehen ist, dass ein Pflichtquartal im Praktischen Jahr – dem letzten klinischen Studienabschnitt vor Erlangung der Approbation – in der ambulanten Medizin absolviert werden muss. Dies betrifft in der medizinischen Fakultät der Universitätsmedizin Göttingen ca. 300 Studierende pro Jahr.

Im Rahmen des Projektes ist es gelungen, in den Landkreisen Göttingen, Goslar, Northeim und Holzminden 40 hausärztliche Praxen als Lehrpraxen zu gewinnen und zu qualifizieren. Es wurde ein Webportal aufgebaut, das es Studierenden erleichtert, geeignete Praxen zu finden und zu kontaktieren. Über die regionale und digitale Vernetzung der verschiedenen Zielgruppen im Projekt medPJ+ wird darüber hinaus ein Austausch über etablierte und zukünftige Arbeitsvorstellungen und Arbeitsumfelder im Bereich der niedergelassenen Hausärzt*innen erreicht. Ärzt*innen erhalten Informationen über die Vorstellungen potenzieller Praxisnachfolger*innen von ihrer künftigen Tätigkeit (z. B. Anstellung vs. Niederlassung, Teilzeit vs. Vollzeit, Teamarbeit vs. Einzelarbeit). Medizinstudierende finden eine Ausbildungspraxis für das PJ, lernen die Regionen kennen und gewinnen einen realistischen Einblick in das hausärztliche Tätigkeitsfeld in einem ländlichen Umfeld. Kommunen als weiterer Profiteur erhalten Impulse und entwickeln Strategien zur Attraktivitätssteigerung ihrer Region als Standort. Zudem erhalten sie Feedback über die Wahrnehmung und Erwartungen der Medizinstudierenden an ihre Region als potenziellem Arbeits- und Lebensraum. Sie profitieren langfristig davon, dass Studierende eine Motivation entwickeln, in dieser Region ihre ärztliche Weiterbildung zu absolvieren, später dort zu verbleiben und (haus-)ärztlich tätig zu werden.

www.medpjplus.de



Das Team hinter medPJ+

Sonderpreis: Ackertaxi

Preisträger: Carsten Fedder, Gut Schirnau

Auf dem Kartoffelhof der Familie Fedder werden mitten in Schleswig-Holstein auf ca. 200 ha Weizen, Raps und Speisekartoffeln angebaut. Der Betrieb wird konventionell nach den Grundgedanken des integrierten Landbaus bewirtschaftet. Neben der schwerpunktmäßigen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen hat sich die Familie Fedder verschiedene Maßnahmen einfallen lassen, um in den Dialog mit den Verbraucher*innen zu treten und ihnen die Wirtschaftsweise der konventionellen Landwirtschaft näherzubringen.

Um die Öffentlichkeitsarbeit voranzutreiben, wurde bereits im Jahr 2011 eine Kochschule mit Seminarraum auf dem Hof der Familie eröffnet. Hier wird den Besucher*innen der Weg der Kartoffel vom Anbau bist in den Kochtopf gezeigt. Gleichzeitig will die Familie Fedder durch diverse Kochkurse das Verständnis bei Jung und Alt sowie den Kontakt zu Schulen in der Region stärken, um so ein Bewusstsein für eine gesunde Ernährung mit regionalen Produkten zu wecken. Um jedoch zu sehen, wie die Kartoffeln vom Feld auf den Teller kommen, mussten Besucher*innen ursprünglich den ca. 2 km langen, hofeigenen Weg zum Acker laufen.

Für ältere oder gehbehinderte Mensch
oder witterungsbedingt unmöglich.

Aus diesem Grund wurde 2017 das Pro
sich um einen absenkbaren Plattformw
und eine Rampe barrierefrei ist und mit
er von einem Traktor auf den privaten
Gruppen wie Schulklassen, Kindergärten,
sellschaften die Felder besuchen und
Einblicke in den Kartoffelanbau, die La
die Fedders ihre Gäste ein, die Ernte
alles zu Geschichte und den Vorzügen

gut-schirnau.de

Mit dem barrierefrei gebauten "Ackertaxi" können alle Besucher*innen des Hofes problemlos zu den Feldern gelangen.

Sonderpreis: Allmende Holzhausen e.V.

Preisträger: Allmende Holzhausen e.V.

Ernährung und Bildung sowie das Übertragen des Allmende-Gedankens auf die heutige Zeit sind die zentralen Themen des Vereins Allmende Holzhausen e.V. und seiner Gründer*innen Niels Noack und Ann-Marie Weber.

2016 zog das Paar mit seinen Kindern nach Holzhausen, einem ca. 30 Einwohner*innen zählenden Ortsteil der Gemeinde Fronhausen (Lahn) nahe Marburg. Dort erwarb die Familie Ackerland, um es mit dem Ziel der Selbstversorgung zu bewirtschaften. Als generationenübergreifendes Bildungsprojekt an einem landwirtschaftlichen Lernort wurde Ende 2016 der Verein Allmende Holzhausen e.V. gegründet.

Den Gedanken der Allmende übertragen die Initiator*innen auf weitere Gemeingüter wie Boden, Wasser und Luft mit der Frage, wie die Menschen als Nutzer dieser Ressourcen Verantwortung für deren intakten Fortbestand übernehmen können. Sie erproben u. a. einen klimaschonenden Lebensstil durch Re-Regionalisierung, d. h. die Stärkung regionaler Stoffkreisläufe und Netzwerke. Ein wichtiges Element ist hierbei die lokale Erzeugung, Weiterverarbeitung und das Haltbarmachen von Lebensmitteln. 2018 errichtete der Verein eine Einmachküche und beerntet im Rahmen von Nacherntevereinbarungen verschiedene Obstbäume im Umkreis von Holzhausen. Manche Lebensmittel werden auch von Privatpersonen oder anderen Erzeugern aus der Region gespendet. In gemeinsamen Aktionen werden die Früchte und Gemüse eingekocht und an alle Interessierten verteilt.

Als weiteres Projekt unter der Trägerschaft des Allmende Holzhausen e.V. wurde die Naturkindergarten Holzhausen gUG gegründet, der Kindergartenbetrieb startete im März 2018. Über dieses Projekt fanden viele junge Familien den Weg in das Kleinstdorf Holzhausen und die Kinder kommen in Kontakt mit den landwirtschaftlichen Abläufen im Jahreslauf.

In seiner Bildungsarbeit sensibilisiert der Verein für eine „pflegnutzende“ Haltung gegenüber Ressourcen und vermittelt Wissen über die Wechselbeziehungen innerhalb natürlicher Kreisläufe und Systeme.

Mit der Wiederbelebung des Allmendeansatzes wollen die Initiator*innen nicht nur Möglichkeiten für einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen aufzeigen, sondern auch Denkanstöße für eine neue Landkultur bieten und Impulse für die Gründung weiterer Allmende- oder Dorfvereine.

www.allmende-holzhausen.de

Teilnehmende eines Bildun
geernteten Kirschen wurde
die entstehenden Kirschke
Stoffresten verpackt.

en sowie kleine Kinder war dies oft zu beschwerlich

jekt „Ackertaxi“ ins Leben gerufen. Dabei handelt es
agen, der durch eine geringe Aufstiegshöhe von 20 cm
einem Wetterschutzdach versehen ist. Gezogen wird
Feldwegen des Betriebs. Hiermit können interessierte
Betriebe, Vereine, Seniorengruppen oder private Ge-
die Natur erkunden. Dabei erhalten sie unter anderem
gerung oder die Verpackung. Mit dem Ackertaxi laden
unmittelbar auf dem Feld zu erleben und vermitteln
der Kartoffel.

Foto: privat

Foto: Allmende Holzhausen e.V.

gsurlaubs helfen bei der Kirschen-Nachernte. Die
n danach eingekocht, solargetrocknet, vermust und
rne von einer Allmendista in Kirschkernsäckchen aus

Sonderpreis: DorfstattStadt

Preisträger: Tim Hartmann

Eigentlich sollte es eine Website zum Thema StadtstattDorf werden, mit Berichten über das Leben eines Dorfkindes in der großen Stadt. Das neue Leben in Hamburg dauerte jedoch nur drei Tage, dann zog Tim Hartmann zurück in sein Heimatdorf Mittelrode, einen knapp 300 Einwohner*innen zählenden Ortsteil der niedersächsischen Stadt Springe. Aus StadtstattDorf wurde 2015 DorfstattStadt mit Geschichten über Dorfkinder, das Landleben und Dinge, die es nur auf dem Dorf gibt und wegen denen es sich lohnt, dort zu leben. Seither nutzt Tim Hartmann neben seiner Website noch weitere digitale Formate, wie z. B. einen Blog, einen Podcast, Facebook und Instagram, um auf moderne Art und Weise Dinge anzusprechen, die Dörfer beschäftigen und Antworten auf aktuelle Probleme in den ländlichen Räumen zu finden. Er spricht Menschen an, die wie er eine starke emotionale Bindung zum Leben auf dem Land haben.

Aufbauend auf eigenen Recherchen und dem Dialog mit den Menschen vor Ort beschäftigt er sich in seinen Beiträgen außerdem mit den Herausforderungen, die die ländlichen Regionen in den kommenden Jahren bewältigen müssen. Welche Chancen und Risiken bestehen durch die Digitalisierung im ländlichen Raum? Welche Strukturen können durch ländliche Entwicklung für ein schönes Leben auf dem Land geschaffen werden? Inwieweit wird das Elektrofahrzeug für den ländlichen Raum nutzbar sein? Wie lassen sich moderne Arbeitsweisen wie Homeoffice und Coworking auf dem Land umsetzen?

Über Social Media werden dabei vor allem die jüngeren Generationen erreicht, die die Zukunft des ländlichen Raumes sind.

Blog: dorfstattstadt.de
Facebook: DorfstattStadt
Instagram: dorfstattstadt
Instagram: meindorfkindmoment
Youtube
Spotify

Foto: Tim Hartmann

Jana, Friederike und Tim bei einem Shooting für die DorfstattStadt-T-Shirts

Foto: Sina Hirschhausen

Tim und Ole Große-Loheide bei der Dokumentation der Maisernte

Neues aus Vorstand und Kuratorium

Am 6. November 2019 fanden während der Mitgliederversammlung turnusgemäß Wahlen zum Vorstand und zum Kuratorium statt.

Die Vorstandsmitglieder wurden bis auf **Steffi Trittel**, Bürgermeisterin Hohe Börde und Mitglied des Deutschen LandFrauenverbandes e.V. (dlv), in ihren Ämtern bestätigt. Als Nachfolgerin für Steffi Trittel, die nicht wieder kandidierte, wurde **Jutta Kuhles**, Präsidiumsmitglied des dlv und Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbandes e.V., neu in den Vorstand gewählt.

Dipl.-Ing. **Heinz Christian Bär**, der sein Amt als Präsident des ASG-Kuratoriums niederlegte, wurde von den Mitgliedern zum Ehrenpräsidenten des Kuratoriums gewählt. Die Mitgliederversammlung wählte **Werner Schwarz**, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes und Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, in das Kuratorium, das ihn anschließend als neuen Präsidenten des Kuratoriums wählte. Als Stellvertreterin wurde **Friedlinde Gurr-Hirsch**, Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, gewählt.

In das Kuratorium wurden wiedergewählt:

- **Ute Göpel**, BAG Familie und Betrieb e.V. – Bundesarbeitsgemeinschaft der Landwirtschaftlichen Familienberatungen und Sorgentelefone sowie Referentin der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel
- **Hans-Wernher von Löwenstein**, Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisen Waren GmbH Kurhessen-Thüringen, Jesberg
- **Harald Schaum**, stellvertretender Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
- **Gerhard Sehnert**, Geschäftsführer der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel
- **Stefan Zwoll**, Leiter DLG-Büro, Berlin

Als neue Mitglieder des Kuratoriums wurden gewählt:

- **Rolf Brauch**, Regionalbeauftragter des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande für Nordbaden, Mosbach
- **Dr. Marc Kaninke**, Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt a. M.
- **Dr. Kathrin Naumann**, GGAB Agrarbetrieb Groß Grenz GmbH, Benitz
- **Hans-Georg von der Marwitz, MdB**, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Berlin

Aus dem Kuratorium ausgeschieden sind **Jörg Hellmuth**, Wust-Fischbeck, sowie **Hans Bernhardt**, bis zu seinem Ruhestand im Frühjahr 2019 Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

ASG-Vorsitzende Dr. Juliane Rumpf würdigt die Leistungen von Heinz Christian Bär als Präsident

30 Jahre lang hat Heinz Christian Bär das ASG-Kuratorium geleitet. 1970 trat er der ASG als Mitglied bei, arbeitete von 1971 bis 1989 im Vorstand mit und wechselte 1989 in das ASG-Kuratorium. In seinen Positionen als Vorsitzender des Deutschen Landjugendverbandes, Präsident des Hessischen Bauernverbandes, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Vorstandsmitglied im Verband der europäischen Bauernverbände (COPA) und im Weltbauernverband (IFAP) stellte der 79-Jährige über viele Jahrzehnte eine Brücke zwischen ASG und dem landwirtschaftlichen Berufsstand dar. Als profunder Kenner der nationalen und internationalen Agrarmärkte hat er sein Wissen vielfältig in der ASG eingebracht. Viele Jahre wirkte er auch im Vorstand der Tassilo Tröscher-Stiftung mit. Die ASG wünscht Heinz Christian Bär alles Gute für die Zukunft und hofft, dass er der ASG als Ehrenpräsident des Kuratoriums mit seinem Wissen noch bei vielen Anlässen zur Seite stehen wird.

Die Zusammensetzung des ASG-Vorstandes und -Kuratoriums ist zu finden unter www.asg-goe.de/vorstand.shtml

Begleitveranstaltungen des BMEL-Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2020 mit Beteiligung von ASG und BAG LAG

Klimaneutralität 2050 – und wir auf dem Land!?

Mittwoch, 22.1.2020, 16.00 – 18.00 Uhr, CityCube Berlin

Europas Vision für den Weg zur Klimaneutralität nimmt unterschiedliche Politikbereiche, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die Pflicht. Bleibt es beim Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse oder sollen ländliche Räume den übermäßigen CO_2-Verbrauch urbaner Zentren kompensieren? Was beinhaltet der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft und welche Anpassungsprozesse werden erwartet? Welche Planungsansätze sind hilfreich? Wie wird die Wettbewerbsfähigkeit in den ländlichen Räumen gesichert? Welche Beiträge sind über den Lebensstil im Hinblick auf Ernährung, Energieeffizienz oder Mobilität zu leisten? Bleibt noch Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum? Wir wollen diskutieren, welche Konsequenzen für den nationalen GAP-Strategieplan entstehen.

Neue Akteure auf dem Land – Kultur, Kirche, Raumpioniere. LEADER als Ermöglichungsraum für kreative Ideen

Donnerstag, 23.1.2020, 10.00 – 12.00 Uhr, CityCube Berlin

Die Vielfalt der Akteure auf dem Land nimmt vielerorts zu. Inzwischen übernehmen auch „Kreative“, beispielsweise aus der Kultur und den Kirchen sowie sog. Raumpioniere, Verantwortung für die ländliche Entwicklung. LEADER kommt prinzipiell mit seiner Bottom-up-Orientierung als Förderinstrument für kreative Projekte infrage. In der Praxis sind jedoch viele Hürden zu überwinden.

Mit der Veranstaltung wollen wir zeigen, wie wichtig das Potenzial neuer Ideen und neuer (kreativer) Akteure für eine zukunftsträchtige Regionalentwicklung ist. Wir werden uns lösungsorientiert mit den Herausforderungen der LEADER-Förderung beschäftigen und alle Teilnehmenden ermutigen, kreative Lösungen zu entwickeln.

Was bringen Kunst- und Kulturprojekte in der Region? Kultur- und Regionalentwicklung zusammen denken!

Mittwoch, 22.1.2020, 13.30 – 15.30 Uhr, CityCube Berlin

Kunst und Kultur sind Akteure regionaler Entwicklungen. Immer mehr Themen, die aktuell diskutiert werden, betreffen die Kultur- und Regionalentwicklung ländlicher Regionen gleichermaßen: „Dritte Orte der Kultur und Begegnung“, „Regionalfonds für kleine Ehrenamtsprojekte“, „Partizipative Jugendprojekte“, „Kultur-Kümmerer in Kommunen und Landkreisen“ oder „Festivals auf dem Land“. Das Forum bringt Akteure der Regionalentwicklung und der Kultur zusammen, um diese Themen zu diskutieren und Beispiele aus der Praxis aufzuzeigen. Im Format „Ideen am Tisch“ tauschen sich Regionalmanager*innen, Künstler*innen, Vertreter*innen von Vereinen, Verwaltungen, Behörden, Kulturinitiativen und -einrichtungen in kleinen Diskussionsrunden aus. Interessierte sind eingeladen Platz zu nehmen, Ideen mitzunehmen oder einzubringen, Fragen zu stellen und von eigenen Erfahrungen zu berichten.

Anmeldungen unter www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Internationale Grüne Woche Berlin vom 17. bis 26. Januar 2020

Land in Sicht – heute und morgen!

Dieses Jahr in Halle 27 !

Bei der Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land“ ist alles vertreten, was in der medialen Berichterstattung über ländliche Räume des Öfteren zu kurz kommt: kluge Köpfe mit findigen Ideen, Entwürfe für eine solidarische und nachhaltige Zukunft, engagierte Menschen, starke Wirtschaftsregionen, Lebens- und Freizeitqualität, modernes Arbeiten. Alles „landgemacht“ und für’s Land gedacht. Noch mehr Informationen bietet das Bühnenprogramm der LandSchau mit den Moderatorinnen Heike Götz und Petra Schwarz sowie dem Circus UBUNTU, organisiert von der Agrarsozialen Gesellschaft.

Gutes Leben auf dem Land

Der Stand des **Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)** demonstriert, wie das BMEL mit dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land beiträgt. Spannende Projekte und Ideen zeigen, wie wir auch in Zukunft auf dem Land gut leben und arbeiten können. Herzstück des Messestandes ist der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, der sichtbar macht, dass Menschen mit kreativen Ideen und großem bürgerschaftlichen Engagement in vielen Dörfern ein attraktives Leben auf dem Land mitgestalten.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

An digitalen Landkarten des **Thünen-Institutes** können Besucher interaktiv Zahlen und Fakten zu Deutschlands ländlichen Regionen selbst entdecken. Die **Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS)** lädt Fachpublikum und Akteure dazu ein, sich über die Fördermöglichkeiten des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu informieren. Außerdem stellt die DVS ihr breites mediales Angebot und aktuelle Publikationen vor.

THÜNEN

dvs Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Die **Katholische Landvolkbewegung Deutschland** und der **Evangelische Dienst auf dem Land** laden die Besucher*innen ein, die Vielfalt kirchlichen Engagements auf dem Land kennenzulernen und sich im Gespräch bewusst zu werden, was es braucht, um sich auf dem Land wohl und heimisch zu fühlen.

KLB

Fernab von Großstädten und Metropolregionen sind im Kreis Höxter Partizipationsmodelle und exemplarische Projekte zur Daseinsvorsorge und Attraktivitätssteigerung im Rahmen des Modellvorhabens Land(auf)Schwung erprobt worden. Dass das Landleben aber nicht als ideologischer Gegenentwurf zum Stadtleben stehen muss und dass das Land den Menschen gleichwertige Perspektiven gibt, zeigt der Stand der **Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Höxter mbH**.

GfW Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Höxter mbH

Am Stand des **Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)** dreht sich alles um die Zukunft des Engagements – in Themenfeldern wie Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Klimaschutz, Digitalisierung und mehr. Im Zukunftslabor können in verschiedenen „Laborgesprächen“ Fragen rund um das Engagement nicht nur, aber besonders in ländlichen Räumen diskutiert werden.

BBE Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Die „Werkstätten des guten Lebens“ des **Thünen-Instituts für Regionalentwicklung e.V.** und **Neuland gewinnen e.V.** sind Reallabore für gesellschaftliche Veränderungen. „Neulandgewinner“ experimentieren mit konkreten Lösungen für Herausforderungen in der Entwicklung ländlicher Räume. Erstmals werden auch Lernreisen zu Orten des guten Lebens vorgestellt, die erlebt werden können: radikal miteinander und wild entschlossen.

Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. www.thuenen-institut.de

Neulandgewinner.

Die Digitalisierung wird alles verändern! Auch bei uns auf dem Dorf? Besucher*innen erleben am Stand von **DENKSTRUKTUREN** das „Dorfleben digital“ und erfahren, wie mit digitalen Anwendungen auf die aktuellen Handlungsbedarfe ländlicher Regionen geantwortet werden kann.

DENKSTRUKTUREN

Jung, aktiv und digital? Beim Messeauftritt der **Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands** steht sprichwörtlich die Bewegung im Fokus, denn in einem interaktiven Videospiel können Besucher*innen sich live auf ein Rennen durch die ländlichen Räume begeben.

Wie nachhaltige und beteiligungsorientierte Jugendarbeit in ländlichen Räumen aussieht, wird die **Evangelische Jugend in ländlichen Räumen** präsentieren und mit den Besucher*innen diskutieren. Die Arbeit zu den Themen Gruppenverpflegung, Freizeit, Entwicklung von Dörfern und Regionen wird in Bezug zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen gesetzt.

Die **Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins (ALR)** und das **Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg** laden als Vertreter der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Länderakademien (ArGeLR) unter dem Motto LandBewegt! dazu ein, sich über die Themen „Mobilität“, „Digitalisierung“ und „Bildung und Kultur im ländlichen Raum“ zu informieren und sich mit Expert*innen aus verschiedenen Bundesländern auszutauschen.

Die **Landesarbeitsgemeinschaft Urlaub und Freizeit auf dem Lande Sachsen-Anhalt e.V.** präsentiert vielfältige Angebote für Familien mit Kindern sowie Rad-, Wander- und Reitangebote im ländlichen Raum. Darüber hinaus gibt es verstärkt auch Angebote aus den Bereichen der Landwirtschaft, dem Gesundheitstourismus, den Gartenträumen u. v. a. m.

Starke Wirtschaft auf dem Land

Silicon Vilstal ist eine Mitmachinitiative aus Niederbayern, die unter dem Motto „Heimat für Neues“ offene gesellschaftliche Innovation fördert. Der Stand von Silicon Vilstal bietet spannende „Microevents“ mit erlebbaren ländlichen Innovationen, Tradition gemischt mit Digital und Design, eine Ideenwerkstatt mit MINT- und Makerangeboten oder auch Coaching- und Coworking-Programm „Bauer sucht Startup“.

Starke ländliche Regionen zeigen sich am Stand der **Wachstumsregion Ems-Achse**. Nordseeküste, Mittelrhein, Bodensee, Thüringen, Sauerland, Vorpommern und Allgäu – quer durch Deutschland gibt es ländliche Regionen, die sich wirtschaftlich sehr gut entwickelt haben. Es wird gezeigt, was diese Regionen ausmacht, was sie Überraschendes zu bieten haben und wie sie zusammenarbeiten.

Vom Apfel bis zum Zeischaer Pfeffer: Am Stand des durch Land(auf)Schwung geförderten **Landkreises Elbe-Elster** präsentieren sich wechselnde Projektträger der ländlichen Entwicklung wie z. B. die Naturerlebnisausstellung „erlebnisReich“, der Kerngehäuse e.V., das Marionettentheater-Museum Bad Liebenwerda oder die Baumschule Graeff aus Zeischa mit ihrem Pfefferanbau.

WIR – Wirtschaft Innovation Region – zwischen Rennsteig und Main e.V. und **Coburg Stadt und Land aktiv GmbH** präsentieren die Region Coburg-Rennsteig als eine attraktive Alternative zu überhitzten Ballungsräumen mit Großstadtfeeling direkt vor der Haustür sowie Lebens- und Freizeitqualität vom Feinsten – und dazu hochattraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze in vielen Zukunftsbranchen.

Der **Deutsche Tierschutzbund** informiert an seinem Stand Besucher*innen über das Tierschutzlabel „Für Mehr Tierschutz“ – eine transparente, glaubwürdige Kennzeichnung von tierischen Produkten. Das Tierschutzlabel garantiert Verbesserungen für die Tiere von der Haltung bis zur Schlachtung. Produkte mit dem Tierschutzlabel sind bei allen größeren Handelsketten erhältlich.

Die **Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe** informiert in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der privaten Ernährungsnotfallvorsorge. Es werden hilfreiche Empfehlungen und Tipps gegeben, welche Lebensmittel sich eignen, um einige Tage bei Versorgungsengpässen zu überbrücken. ■

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Neue Zeiten

Über Bauernproteste, die die Politik in Unruhe versetzen, den schwindenden Einfluss des Deutschen Bauernverbandes und andere Ursachen für bäuerliche Frustrationen

„Pakete“ haben in der Landwirtschaft, anders als im Rest der Bevölkerung, traditionell keinen guten Stand. Sei es das 1999 von der damaligen rot-grünen Regierung auf den Weg gebrachte „Sparpaket“, sei es das von der schwarz-roten Bundesregierung 20 Jahre später beschlossene „Agrarpaket“ – beide Male sahen und sehen sich Landwirte veranlasst, ihren Unmut gegen die zusammengeschnürten Regierungspläne auf die Straßen und in die Hauptstadt zu tragen. Neben einer deutlich gestiegenen Demonstrationsbereitschaft – 400 Traktoren und 3 000 Bauern einst, 5 000 Traktoren und bis zu 40 000 Bauern jetzt – gibt es einen weiteren wesentlichen Unterschied: War der Deutsche Bauernverband damals der Initiator, blieb ihm diesmal allenfalls die Rolle des Zuschauers an der Seitenlinie oder gar, wie böse Zunge argwöhnen – die des Trittbrettfahrers.

Für große Verwunderung sorgte und sorgt im politischen Berlin, dass die jüngsten Proteste der Bauern, anders als 20 Jahre zuvor, so gar nicht zu den großen Anstrengungen der Bundesregierung in diesem Bereich passen wollen. Rekordhaushalt und Rekordproteste – wie geht das zusammen? Immerhin steigt der Agrarhaushalt 2020 auf die nie dagewesene Summe von annähernd 6,7 Mrd. €. Ressortchefin Julia Klöckner bekommt im dritten Jahr ihres Ministerinnendaseins einen finanziellen Gestaltungsspielraum, von dem ihre Vorgänger nicht zu träumen wagten. Die Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur mit nunmehr deutlich mehr als 1 Mrd. € eröffnet neue Möglichkeiten für Fördermaßnahmen, um den vielzitierten veränderten gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft gerecht zu werden. Gut dotierte Bundesprogramme für Nutztierhaltung, Energieeffizienz, Ökolandbau und ländliche Entwicklung tun ihr Übriges, um Landwirtschaft und ländliche Räume in die gewünschte Richtung zu lenken. Allein in welche?

Um der Daseinsvorsorge für darbende ländliche Räume und nebenbei einem im Vier-Jahres-Rhythmus regelmäßig um seine Existenz besorgtes Bundeslandwirtschaftsministerium Genüge zu tun, bedürfte es einer breiteren Förderung über die GAK. Für die dafür notwendige Grundgesetzänderung konnte sich die Koalition trotz dringlicher Ministerinnenappelle nicht erwärmen. Wenig spricht dafür, dass sich das in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode ändern wird. Um die Tierhaltung auf einen zukunftsträchtigen Pfad zu führen, bedürfte es außer viel Geld Orientierung gebender Konzepte und verlässlicher Perspektiven. Zwar soll das von Klöckners Ministerahnen Jochen Borchert geleitete „Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung“ wegweisende Überlegungen für einen Umbau der Tierhaltung, die dabei anfallenden Kosten und vor allem deren Finanzierung anstellen. Für Vollzug, Bewertung und konkrete Schritte fehlte dem Gremium in seiner spät begonnenen und bislang gut sechs Monate währenden Arbeit die Zeit. Derweil tummeln sich Ministeriumsteile und interessierte Parlamentarier ausgiebig, höchst kontrovers und mittlerweile im vierten Jahr auf dem Nebenkriegsschauplatz „Tierwohlkennzeichnung“, ohne jedoch mit dem erreichten Ergebnis Freund und Feind auch nur halbwegs zufriedenzustellen.

Dürfte dies die Tierhalter unter den Landwirten und dabei vor allem die jüngeren erheblich irritieren, beschäftigt Tierhalter und Ackerbauern jeglichen Alters gleichermaßen die nunmehr Jahrzehnte andauernde Auseinandersetzung um die Umsetzung der Europäischen Nitratrichtlinie. Die 2017 nach zähem Ringen erreichte und von berufsständischer ebenso wie politischer Seite gefeierte Novelle der Düngeverordnung erwies sich bekanntlich nicht von Dauer und wurde bereits ein Jahr später von der EU-Kommission nach zwischenzeitlich ergangenem EuGH-Urteil gewogen und für zu leicht befunden. Das Bemühen von Bundeslandwirtschafts- und Bundesumweltministerium, nun doch erforderliche weitergehende Änderungen der Düngeregeln mit der Brüsseler Administration zunächst weitgehend unter sich und im Hinterzimmer auszuhandeln, erwies sich als wenig erfolgreich und nach Bekanntwerden gar als Bumerang, mögen doch Verbandsfürsten und Parlamentarier nichts weniger, als von wichtigen Verhandlungen aus der Presse zu erfahren. Dass es seither aus dem politischen Raum bis hinauf in die Führungsetage der Unionsfraktion immer wieder Versuche gab (und gibt), mit eigenen,

ebenso durchschaubaren wie aussichtslosen Vorschlägen konträr zur Regierungslinie an der bäuerlichen Basis zu punkten, hat sowohl die Kompromisssuche mit der zunehmend ungeduldigeren Kommission erschwert, als auch dem verständlichen Ärger der ohnehin in Sachen „Düngung“ unter dem „gemeinschaftlichen Politik- und Lobbyversagen“ leidenden Landwirte neues Futter gegeben. Auch unter Christdemokraten ist die Steigerung „Freund, Feind, Parteifreund“ nicht gänzlich unbekannt!

Das bäuerliche Fass zum Überlaufen brachte schließlich das im Rahmen des „Agrarpakets“ vorgelegte Aktionsprogramm Insektenschutz. Obwohl nicht viel mehr als eine Absichtserklärung ohne rechtliche Unterfütterung hat das Aktionsprogramm die ohnehin vorhandene Frustration in der Bauernschaft weiter verstärkt. Daran konnte auch nicht ändern, dass es Ministerin Klöckner gelungen war, 50 Mio. € für einen Sonderrahmenplan im Haushalt aufzutreiben, um den Landwirten den Insektenschutz schmackhaft zu machen. Den Hauptschuldigen für den seit Monaten anschwellenden Bocksgesang wähnen Spitzenvertreter des Agrarressorts im Deutschen Bauernverband. Immerhin hatte dessen Präsident Joachim Rukwied das Aktionsprogramm als „toxisch“ bezeichnet und den Wertverlust für die landwirtschaftlichen Flächen durch die angekündigten Bewirtschaftungseinschränkungen in Schutzgebieten in aller Öffentlichkeit auf sagenhafte 30 Mrd. € veranschlagt. Der für seine norddeutsche Gelassenheit bekannte Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens hatte Rukwied daraufhin ebenfalls auf offener Bühne Falschaussagen und groteske Übertreibungen vorgeworfen.

Allerdings lassen Art und Zustandekommen der bäuerlichen Proteste diesmal zumindest Zweifel an der unsichtbaren und steuernden Hand des Bauernverbandes aufkommen. Der von hohen Regierungsstellen öffentlich und lautstark erhobene Vorwurf an die Adresse des Verbandes, zunächst treibe er „die Leute auf die Bäume“, dann wisse er nicht, „wie er sie wieder herunter bekommen soll“, scheint angesichts der bewussten Distanzierung der Initiatoren von jeglicher organisierter Interessenvertretung nicht sehr stichhaltig zu sein. Ist das allein schon keine gute Nachricht für den DBV, stellt sich die tatsächliche Lage für einen der durchsetzungsfähigsten und am meisten beneideten Interessenverbände der Nachkriegszeit noch viele schlimmer dar: Die Leute klettern von allein auf die Bäume und Traktoren und entscheiden selbst oder nach Absprache mit Freunden in ihrer Facebook-, Whatsapp- oder sonstigen Gruppe, ob und wann sie wieder herunter kommen und wie und wohin sie fahren.

Auch für die Regierenden ist diese unübersichtliche Situation weit weniger komfortabel, als es auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Genügten bei Protesten wie denen Ende des vergangenen Jahrtausends im Normalfall Raum und Tisch im Wohnzimmerformat, um dem zuständigen Minister die verheerenden Folgen seines Tuns vor Augen zu führen und in der Regel mit guten Erfolgsaussichten Vorschläge zur Güte zu unterbreiten, muss jetzt der große Konferenzraum im Kanzleramt mit rundem Tisch in Festsaaldimension herhalten, um unter Beteiligung von Hausherrin, Ministern, Staatssekretären, Ministerialbeamten und Koalitionsparlamentariern den Vertretern von 40 landwirtschaftlichen Verbänden, Organisationen, Initiativen sowie Einzelkämpfern Raum und Zeit zu geben, ihre Sicht der Dinge ausführlich darzulegen. Im Ergebnis will man reden, reden und noch mal reden, mit sich, der Gesellschaft, dem Handel und den ungeliebten Nichtregierungsorganisationen. Kein Zweifel – die Landwirtschaft ist in der Mitte der Berliner Republik angekommen!

Fehlt nur noch die Rückkehr in die vielzitierte „Mitte der Gesellschaft“. Den Weg dorthin soll, so ein weiteres Ergebnis des „Agrargipfels“, eine Zukunftskommission Landwirtschaft beschreiben, für die die Spitzen von Bauernverband und der im Zuge der Proteste zu einiger Bekanntheit gekommenen Graswurzelbewegung „Land schafft Verbindung“ der Regierung alsbald ein Konzept vorlegen sollen. Das wiederum ist eine echte Neuerung: Die Politik erteilt dem landwirtschaftlichen Berufsstand den Auftrag, sich Gedanken über seine eigene Zukunft zu machen. Da muss man erst einmal drauf kommen! Um sich die Arbeit nicht unnötig schwer zu machen und den Erwartungen des Kanzleramts gerecht zu werden, hilft dem Bauernverband womöglich ein Blick in die eigenen Archive. Es war der Bauerntag anno 2011 in Koblenz, auf dem sich der Verband ein Leitbild gegeben hatte, um seinem Anspruch als „Unternehmerverband und gesellschaftliche Kraft“ gerecht zu werden, wie es damals hieß. Zumindest Letzteres steht nicht im Verdacht, die berufsständischen Diskussionen der vergangenen acht Jahre über alle Maßen strapaziert zu haben. Zugegeben, eine Standortbestimmung im vielstimmigen Konzert der Verbände und Organisationen verhindert keine kostenpflichtigen Auflagen und überzogenen Angriffe. Allerdings – sie erleichtert den Dialog darüber! Dies könnte auch für einen geradezu revolutionären Schritt gelten, um als Verband allmählich im fortschreitenden 21. Jahrhundert anzukommen: Wie wäre es, jünger und wenigstens ein bisschen weiblich zu werden?

Rainer Münch

Wir haben etliches bewegen können

Der scheidende Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Hermann Onko Aeikens, über seine Enttäuschung über den Bauernverband, den Handlungsbedarf auf dem Bodenmarkt und die Zukunft der ASG

Ihre Nominierung zum Staatssekretär im Sommer 2016 fand große Zustimmung, auch im Berufsstand. Zuletzt gab es zunehmend kritischere Töne, insbesondere im Zusammenhang mit dem Agrarpaket der Bundesregierung, zuvor bereits zum Umgang mit der Düngeverordnung und den Dürrehilfen. Fühlen Sie sich als Buhmann?

Nein. Ich fühle mich keineswegs als Buhmann. Forderungen aus dem Berufsstand gehören zum Geschäft. Damit gehe ich professionell um.

Gilt das auch für Vorwürfe, Sie hätten etwa beim Aktionsprogramm Insektenschutz oder in der Auseinandersetzung um das Düngerecht schlecht verhandelt?

Auch damit kann ich leben, auch wenn die Vorwürfe unzutreffend sind. Deshalb nehme ich für mich das Recht in Anspruch, Vorwürfe zurückzuweisen, wenn sie über das Ziel hinausschießen. Das gilt für die vom Deutschen Bauernverband übertrieben dargestellten Folgen des Aktionsprogramms Insektenschutz ebenso wie für Hinweise auf vermeintliche Handlungsspielräume der Bundesregierung im Düngerecht, die es in der Realität jedoch nie gab und nicht gibt. Da hätte ich mir an der einen oder anderen Stellen etwas mehr Redlichkeit und Realismus gewünscht.

Sie waren lange Landesbeamter und Landespolitiker. Sie kennen und kannten auch die Verhältnisse im Bund. Sind Sie überrascht von der Härte der Auseinandersetzung auf Bundesebene?

Ja, das war schon eine Umstellung. Dies gilt allerdings weniger für die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Interessenvertretungen, die auch in Ländern teilweise mit harten Bandagen geführt wird, als für den Umgang zwischen politischen Parteien, sogar innerhalb einer Regierung, manchmal sogar in einer Partei. Im Bund geht es einen Zacken schärfer zu als im Land. Auch das Presseumfeld ist aggressiver. Die Landesebene ist beschaulicher.

Gab es Situationen, in denen Sie gedacht haben, warum tue ich mir das an?

Nein. Es gab die eine oder andere schwierige Situation, aber das gehört dazu. Dass der Job nicht nur Vergnügen bereitet, wusste ich vorher. Ich habe die Herausforderung aber sehr gerne angenommen und habe mit beiden Ministern, sowohl Christian Schmidt als auch Julia Klöckner, sehr gut zusammengearbeitet. Ich war gerne hier im Ministerium tätig, mit einem hervorragenden Team in einem sehr angenehmen persönlichen Umfeld. Wir haben etliches bewegen können in diesen drei Jahren – denken Sie nur an den Rekordhaushalt 2020. Insofern bin ich zufrieden, dass ich diese Entscheidung getroffen habe.

Die Düngeverordnung und das Aktionsprogramm Insektenschutz spielen eine wichtige Rolle bei den Bauernprotesten. Wie erklären Sie sich den Umfang und die Intensität der Demonstrationen?

Zunächst ist festzustellen, dass wir es nicht wie in der Vergangenheit mit Aktionen zu tun haben, die von einem Verband organisiert werden. Vielmehr haben sich in den Sozialen Netzen Menschen zusammengefunden, die ihren Unmut artikulieren wollten und wollen. Die schlechte Stimmungslage in der Landwirtschaft führt dazu, dass diese Initiative eine so große Resonanz gefunden hat.

Woher rührt nach Ihrer Einschätzung diese Stimmung, zumal die Einkommensentwicklung dafür ja kaum Veranlassung gibt?

Meiner Auffassung nach tragen Entscheidungsträger im landwirtschaftlichen Berufsstand eine hohe Verantwortung. Einige Verantwortliche sollten selbstkritisch hinterfragen, wie sie über bestimmte Sachverhalte informieren, wie sie Aufklärung über komplizierte Zusammenhänge betreiben und wie wissenschaftlich sie an manche Dinge herangehen. Wir können Landwirtschaft weder von der Grundwasserverunreinigung noch vom Insektenschwund freisprechen. Ich hätte mir in diesen Fragen ein stärkeres gemeinsames Agieren zwischen dem Berufsstand und der Politik gewünscht, nach dem Motto, „wir erkennen an, dass es ein Problem gibt, wir wollen es gemeinsam mit der Politik lösen." Das ist leider nicht ausreichend erfolgt. Die schlechte Stimmung auf den Betrieben ist nach meiner Überzeugung auch ein Ergebnis der teilweise maßlosen Kritik an unserem Haus und an der Bundesregierung. Da ist verbal überzogen worden.

Vielen jungen Leuten, die vor der Hofübernahme stehen, fehlt das Zutrauen in die Verlässlichkeit politischer Zusagen. Braucht es einen „Gesellschaftsvertrag", um Rahmenbedingungen zu schaffen, die über Legislaturperioden hinaus Gültigkeit haben?

Ich würde es begrüßen, wenn z. B. Standards für Stallbauten partei-, verbände- und ebenenübergreifend für mehr als vier oder fünf Jahre festgeschrieben würden. Wer heute einen Stall mit einem bestimmten Standard baut, braucht die Sicherheit, dass dieser Standard 15 oder 20 Jahre Gültigkeit hat. Das zu erreichen, lohnt den Schweiß der Edlen. Ob man das dann Gesellschaftsvertrag nennt oder anders, ist zweitrangig.

Sie sind ein Verfechter der Direktzahlungen. Ein Teil der Zahlungen wird an die Bodeneigentümer weitergereicht. Eine Reduzierung könnte für Entlastung sorgen. Warum sperren Sie sich?

Wenn die Direktzahlungen schrumpfen, bedeutet das meines Erachtens nicht, dass die Pachtpreise sinken werden. Dieser Effekt wird zumindest kurzfristig nicht eintreten. Entscheidend für die Entwicklung der Pachtpreise ist vielmehr die hohe Flächenkonkurrenz, insbesondere in den Veredelungsregionen. Unter dem Strich bedeuten weniger Direktzahlungen Einkommensverluste für die Betriebe und möglicherweise eine Beschleunigung des Strukturwandels. Davor kann ich nur warnen.

Der Strukturwandel verläuft insgesamt relativ kontinuierlich. Sie plädieren dennoch für eine wieder aktivere Strukturpolitik. Warum?

Weil der Einstieg nicht-landwirtschaftlicher Investoren in einigen Teilen des Bundesgebiets – nicht nur in Ostdeutschland – die bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie kennen und erhalten wollen, mit erheblichen Folgen für die Vitalität des ländlichen Raumes bedroht. Der Boden ist für die Landwirtschaft das wichtigste Produktionsmittel. Die Politik ist daher gut beraten, im Bodenmarkt genau hinzuschauen. Da ist es schon wichtig zu hinterfragen, wie die rechtlichen Bedingungen für den Flächenkauf sind, wer die Flächen erwirbt und welche Folgen das hat. Ich begrüße ausdrücklich, dass dies auch auf Länderseite zunehmend so gesehen wird, wie zuletzt die Koalitionsvereinbarungen in Brandenburg und Sachsen gezeigt haben.

Sind Sie zufrieden mit dem auf dem Bodenmarkt Erreichten?

Nein.

Was hätten Sie sich gewünscht?

Eine größere und vor allem frühzeitigere Sensibilität in den Ländern für dieses Thema. Ich glaube, es ist für die Zukunft der Landwirtschaft entscheidend, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bodenmarkt sind und ob man außerlandwirtschaftlichen Investoren weiter das Feld in einer Weise überlassen will, wie wir es bislang tun. Aus meiner Sicht sind diese Fragen sogar wichtiger für die Zukunft der Landwirtschaft als das eine oder andere Thema, über das wir bis jetzt gesprochen haben. Hier geht es um Grundsätzliches.

Foto: BMEL/Photothek/Köhler

Dr. Hermann Onko Aeikens scheidet Ende des Jahres auf eigenen Wunsch als Staatssekretär aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium aus. Der 68-Jährige hatte sein Amt im Sommer 2016 angetreten. Zuvor war er jeweils sieben Jahre Landwirtschaftsminister und Agrarstaatssekretär in Sachsen-Anhalt gewesen. Aeikens stammt von einem Milchviehbetrieb in Ostfriesland. Er hat in Göttingen Agrarwissenschaften studiert. Am dortigen Institut für Agrarökonomie war er einige Jahre als Assistent tätig, nachdem er zwischenzeitlich noch ein wirtschaftswissenschaftliches Studium in den USA absolviert hatte. 1981 war Aeikens in die niedersächsische Landesverwaltung eingetreten. Nach der Wiedervereinigung ging er 1990 ins benachbarte Sachsen-Anhalt und leitete dort die Agrarabteilung im Landwirtschaftsministerium. Von 2004 bis 2016 gehörte Aeikens dem ASG-Vorstand an, dem er weiterhin als Ehrenmitglied verbunden bleibt.

Zum Schluss einige Fragen zur Agrarsozialen Gesellschaft und Ihrer persönlichen Zukunft. Wird die ASG noch gebraucht?

Ohne Einschränkung, ja!

Wofür?

Die Agrarsoziale Gesellschaft hat immer wieder wichtige Impulse für die Entwicklung ländlicher Räume gegeben, und sie tut dies weiter. Sie bildet eine einmalige Plattform für den breiten gesellschaftlichen Austausch mit und über Landwirtschaft und sie hat eine unverzichtbare Rolle als Anwalt der Menschen in den ländlichen Räumen. Zuletzt hat die Herbsttagung, die sich mit der Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft beschäftigt hat, gezeigt, dass die ASG das Ohr am Puls der Zeit hat. Die ASG greift in ihren Tagungen auch immer wieder Themen auf, die für andere noch nicht wichtig genug sind oder um die andere gern einen Bogen machen. Das hat immer den Charme der Agrarsozialen Gesellschaft ausgemacht.

Wird man Sie auf ASG-Tagungen antreffen?

Davon können Sie ausgehen.

Was erwartet das Bundeslandwirtschaftsministerium von den Workshops zur Zukunft der ASG?

Dass eine verdienstvolle Gesellschaft, deren Arbeit für die Ländlichen Räume und die Agrarpolitik in Deutschland von erheblicher Bedeutung war und ist, auf solider Basis Zukunftsperspektiven haben wird.

Was überwiegt angesichts des bevorstehenden Abschieds – Erleichterung, dass die 16-Stunden-Tage vorbeigehen oder Unzufriedenheit, dass einiges unvollendet bleibt?

Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das lachende Auge sieht den selbstbestimmten Kalender, das weinende Auge könnte darauf zurückzuführen sein, dass mir meine Tätigkeit über all die Jahrzehnte sehr viel Freude bereitet hat und ich sie sicherlich etwas vermissen werde. Mit 68 Jahren ist es, glaube ich, aber auch Zeit, einen Schlusspunkt zu setzen.

Leistungssportlern wird geraten, es allmählich ausklingen zu lassen. Was wird Ihr Abklingbecken sein?

Auf mich warten zu Hause viele Aufgaben. Das fängt im Garten an. Und vor allem habe ich mehr Zeit für meine Familie, was mir sehr wichtig ist. Im Übrigen liegen die ersten Vortragsanfragen vor. Also insofern wird es nicht mit einem 16-Stunden-Tag weitergehen, aber ich werde der Agrarpolitik verbunden bleiben und sie weiter mit Interesse verfolgen.

Rainer Münch

Klimagerechte Landwirtschaft – warum weniger vom Schlechten nicht gut ist

Dr. Andrea Beste

Auf das System kommt es an

Im Vergleich zum Ausmaß der Klimaschädigung durch das Abholzen von Wald oder den Umbruch von Grasland ist die Größenordnung der Freisetzung von Treibhausgasen (THG) bei verschiedenen Ackerbaupraktiken relativ gesehen um ein Vielfaches geringer. Dies ist aber nur innerhalb des landwirtschaftlichen Kreislaufs der Fall – ohne externen Input von synthetisch-mineralischen Düngemitteln und Pestiziden, die zum industriellen THG-Komplex gerechnet werden (IAASTD 2009). Rechnet man diesen externen Input hinzu, stellt sich die Situation anders dar. Mit externen Emissionen sind diejenigen gemeint, die nicht direkt auf dem Acker oder bei der landwirtschaftlichen Arbeit entstehen und in allen Klimamodellen außen vor bleiben, aber dennoch der Landwirtschaft hinzugerechnet werden müssten. Da die aktuellen Ackerbausysteme einen großen Teil ihrer Produktivität nicht mehr aus dem landwirtschaftlichen Kreislauf, sondern aus dem industriellen Bereich (Mineraldünger, Pestizide) steuern, muss die Freisetzung der Treibhausgase bei der Produktion dieser Betriebsmittel ehrlicherweise dazugerechnet werden.

Foto: privat

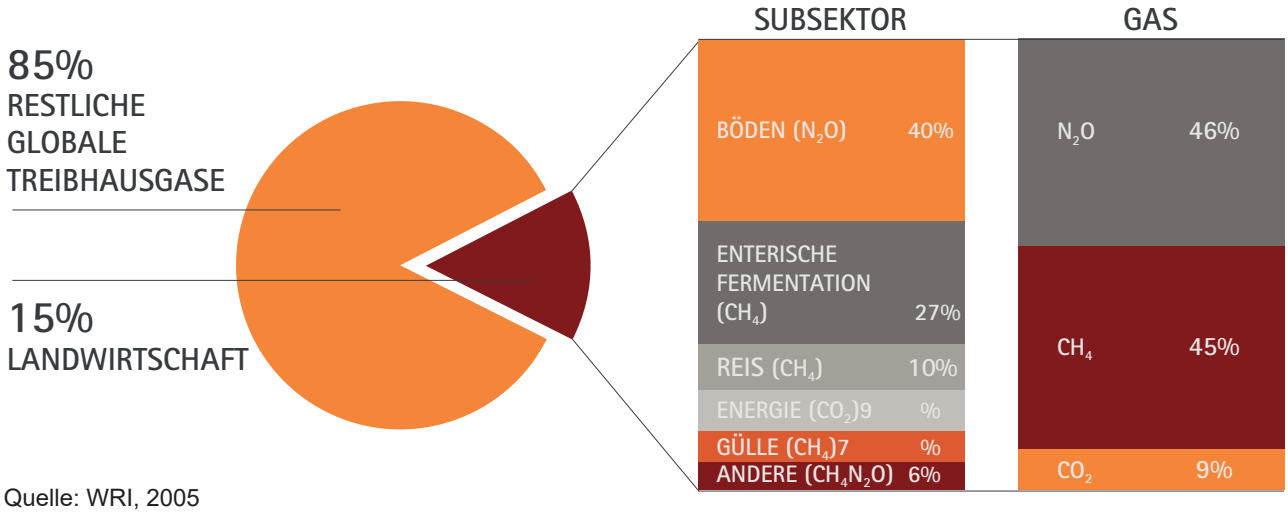
Dr. Andrea Beste

Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur. Analyse, Beratung, Fortbildung, Mainz

a.beste@posteo.de
www.gesunde-erde.net

Ungefähr 1,2 % des weltweiten Energiebedarfs benötigt die Haber-Bosch-Synthese für die Herstellung von Ammoniak aus Luftstickstoff (Sutton et al. 2011). Mehr als 90 % des Energiebedarfs innerhalb der Düngemittelindustrie werden für die Produktion von mineralischem Stickstoff verbraucht (Bernstein et al. 2007). Bei vielen Feldfrüchten sowie Obst- und Gemüsearten entfällt mehr als ein Drittel der in der

Abbildung 1: Anteil der Landwirtschaft an den globalen Treibhausgasen sowie deren Herkunft und Erscheinungsform



Quelle: WRI, 2005

Landwirtschaft verbrauchten Energie auf die Produktion von Agrochemikalien (Düngemittel und Pestizide) (Clausing 2014). Wird dies in die Treibhausgasbilanz mit eingerechnet, beträgt beispielsweise der Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2011 in Deutschland nicht 6,3 % sondern 16 % (UBA 2011). Und da sind die THG, die beispielsweise durch die Sojaproduktion für Futtermittel in Südamerika entstehen (und bei uns ebenfalls als Dünger auf die Äcker kommen) noch nicht einmal eingerechnet, denn diese THG werden Südamerikas Landwirtschaft angerechnet. Durch diese energieintensiven externen Inputs ergeben sich völlig andere Größenordnungen der Freisetzung von Treibhausgasen für nicht geschlossene landwirtschaftliche Systeme. Daher muss bei der Klimarelevanz sehr stark zwischen von außen gedüngten Ackerbausystemen und denen, die weitgehend innerhalb des landwirtschaftlichen Kreislaufs arbeiten, unterschieden werden. Oder anders gesagt: Bei der Auswirkung auf das Klima und auch bei der Anpassung an den Klimawandel spielt eine wesentliche Rolle, welches Agrarsystem betrachtet wird, denn die Auswirkungen können völlig gegensätzlich sein. In fast allen Klimamodellen findet dies jedoch keine Berücksichtigung.

Hohe Klimabelastung durch Lachgas aus intensiver Stickstoffdüngung

Die größte Rolle spielt der externe Stickstoff. Böden mit intensiver Stickstoffdüngung zeigen beispielsweise einen deutlich schnelleren Humusabbau und können Nährstoffe und Kohlenstoff weniger gut speichern als Böden unter weniger intensiver Bewirtschaftung (SOILSERVICE 2012). So kommt es in ihnen zu hohen CO_2- und vor allem Lachgasemissionen (N_2O), wobei Lachgas etwa 300 mal klimawirksamer als CO_2 ist. Lachgas, nicht Methan, stellt den größten Anteil der klimawirksamen Emissionen im Landwirtschaftsbereich. Das World Ressource Institute (WRI) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) beziffern weltweit für Lachgasemissionen den höchsten Anteil bei den klimarelevanten Gasen im Bereich Landwirtschaft, und zwar 46 % (s. Abb. 1). Für Europa werden 43 % genannt. Generell werden die Lachgasemissionen in den Berechnungen höher eingeschätzt als die Methanemissionen (CH_4), stehen aber kurioserweise deutlich weniger zur Debatte, was die dann folgenden Lösungsansätze häufig völlig verzerrt.

Climate-Smart-Agriculture? Hier ist nicht drin, was drauf steht

In den letzten Jahren taucht ein bestimmter Begriff in diesem Zusammenhang immer wieder auf: Die sog. „Climate-Smart-Agriculture (CSA)“[1]. Dieses „Konzept“ setzt in erster Linie auf die sog. Präzisionslandwirtschaft (precision farming) und die Mulch- oder Direktsaat (die inzwischen international als nicht klimaschonend bewertet wurde (Jacobs et al. 2018; Luo et al. 2010). Auch Gentechnik gehört in einigen Projekten mit zur sog. CSA. Agroforstwirtschaft kommt zwar auch hier und da vor, insgesamt wirkt der Ansatz aber beliebig. Eine richtige Definition ist, neben viel Klimaschutz- und

[1] Nicht zu verwechseln mit der „Community Supported Agriculture“, die auch CSA abgekürzt wird.

Nachhaltigkeitsrhetorik, nirgends zu finden. Die Global Alliance for Climate Smart Agriculture (GACSA) gibt allerdings einen Eindruck davon, in welche Richtung es geht: Der GACSA gehören mehr als 20 Regierungen, 30 Organisationen und Unternehmen wie McDonald's und Kellogg, aber auch der weltgrößte Düngemittelhersteller Yara sowie Syngenta an. In ihren Projekten setzt die Alliance überwiegend auf den intensiven Einsatz von synthetischer Mineraldüngung statt auf kohlenstoffspeichernde Methoden wie Mist und Kompostanwendung, Artenvielfalt, Leguminosenanbau, Agroforstsysteme und Humusaufbau. Das ist nachvollziehbar, da die Mitglieder mit der Förderung agrarökologischer Methoden ihren eigenen Geschäftsinteressen (Dünger- und Pestizidabsatz bei Yara und Syngenta) schaden würden. Agrarsysteme, die mit Leguminosen Stickstoff binden, sind für Düngemittelhersteller äußerst unattraktiv.

Nicht ohne Grund warnte daher Brot für die Welt, zusammen mit mehr als 300 weiteren Entwicklungs- und Kleinbauernorganisationen, in einer gemeinsamen Stellungnahme vor dem Klimagipfel in Paris 2015 ausdrücklich davor, „Climate Smart Agriculture" als Lösungsansatz im Kampf gegen den Klimawandel zu präsentieren. Die Ausrichtung des Labels zielt vor allem auf die agrarindustrielle Produktion und es gibt in diesem Ansatz nirgends belegte Kriterien, welche landwirtschaftlichen Praktiken sich aus ökologischer Sicht als „klimaintelligent" qualifizieren – und vor allem, welche nicht[2]. Viele der beteiligten Institutionen und Regierungen praktizieren oder erzeugen mit ihrer Politik auch direkt Landgrabbing – also die Aneignung großer Landflächen durch globale, nicht lokal ansässige Kapitalgeber – und unterlaufen damit Entwicklungen für mehr regionale Ernährungssouveränität. Pat Mooney von der ETC Group[3] hat es so formuliert: „Climate Smart Agriculture" ist der neue Slogan für Agrarforschungsunternehmen und Konzerne, sich als Lösung für die Nahrungsmittel- und Klimakrise zu positionieren. Für die Kleinbauern der Welt ist das nicht „smart". Es ist nur ein weiterer Weg, unternehmenskontrollierte Technologien auf ihre Felder loszulassen und sie ihres Landes zu berauben." Dass Mooney damit nicht falsch liegt, zeigt das Zitat des Präsidenten der „Agriculture and Turf-Division" von John Deere & Company, einem der großen Landtechnik-Player bei digitaler Präzisions-Farmtechnik, der aktuell in die Datensammlung und -verarbeitung einsteigt. Dieser sieht Landwirtschaft so: „Eine Farm ist eine Fabrik auf dem Land ohne Dach" (Nürnberger 2018).

Digitalisierung an sich bewirkt keinen Klimaschutz

Mit „Präzisionslandwirtschaft" sollen Inputs wie Dünger und Pestizide zielgenauer und effizienter eingesetzt werden, um Treibhausgasemissionen zu verringern. Farblesetechnik führt beispielsweise über die Auswertung des Blattgrüns zu einem effizienteren Stickstoffdüngereinsatz und spart dem Landwirt so Geld. Die Messung des Blattgrüns ergibt allerdings nur eine höchst indirekte und grobe Information darüber, ob die Pflanze ausgewogen ernährt wird, sie bezieht sich ja – und auch das nur indirekt – auf den Stickstoff. Um die Widerstandsfähigkeit, die optimale Nährstoffversorgung oder Gesundheit der Pflanze zu messen, wären weitaus kompliziertere Messungen nötig (Dordas 2008). Für ökonomisch effiziente digitale „Messungen" braucht man außerdem sehr homogene Bestände, wobei Artenvielfalt im System, beispielsweise mit Mischkulturen und Bäumen oder Hecken, die Humusaufbau fördern, bisher eher störend bei der digitalen Datenaufnahme wirkt.

Doch ein effizient ausgebrachter Stickstoffdünger hilft ohnehin nicht wirklich beim wichtigen klimarelevanten Humusaufbau, wenn nach wie vor viel zu viel Stickstoff und kaum organischer Kohlenstoff auf den Acker kommt. Wenn die Mischung an Nährstoffen nicht stimmt, leidet die Pflanzen- und Bodenökologie auch dann an Mangelernährung, wenn die falsche Mischung genauer dosiert wird. Die negative Wirkung – Rückgang der biologischen Aktivität, Strukturverlust, Verdichtung – bleibt gleich. Den Gehalt an Humus im Boden kann man bis heute nicht zufriedenstellend flächendeckend messen – von der Humus-Qualität ganz zu schweigen. Ein weiteres Beispiel ist Phosphor: Auch hier liegen europaweit keine validen Messmethoden vor, die einer „präzisen" Ausbringung als Datengrundlage dienen könnten (Böcker 2018). So stellt sich die Frage, mit welchen Daten ein „präzises" satellitengesteuertes Düngesystem bei der Ermittlung eines wirklich nachhaltigen Düngemanagements arbeiten soll?

Mit Effizienzsteigerung ist es nicht getan, die Stickstoffdüngung müsste, würde man nach den wissen-

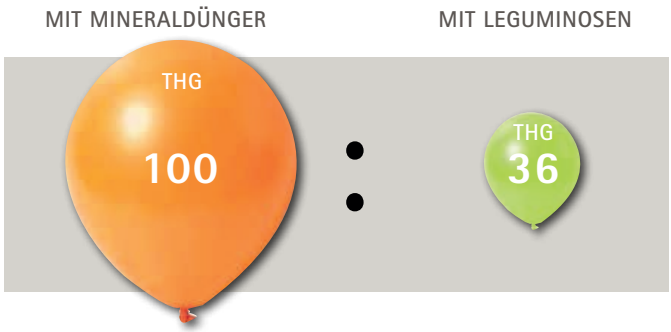
[2] www.climatesmartagconcerns.info/cop21-statement.html, letzter Zugriff 10.07.2018.

3 Die ETC Group ist eine internationale Organisation, die sich „der Erhaltung und nachhaltigen Förderung der kulturellen und ökologischen Vielfalt und der Menschenrechte" widmet. Der vollständige Name lautet „Action Group on Erosion, Technology and Concentration".

schaftlichen Erkenntnissen gehen, komplett geändert werden. Synthetischer Mineraldünger ist nicht nur der größte Klimagastreiber in der Landwirtschaft und der größte Humusfresser, sondern er schadet außerdem Mykorrhiza-Pilzen. Bindet man den Stickstoff mit Leguminosen, erreicht man wesentlich höhere Werte der THG-Verringerung als mit digitaler Präzision. Ein Ackerbohnenertrag von 4 t/ha liefert dem Boden über die Stickstofffixierung aus der Luft beispielsweise eine Stickstoffmenge entsprechend 180 kg mineralischem Stickstoff. Damit können umgerechnet die Energie von 180 l Benzin oder Diesel bereitgestellt und 480 kg CO_2-Emissionen eingespart werden, die zur Herstellung dieser Menge Mineraldünger nötig wären. Vergleicht man das gesamte Einsparpotenzial an Treibhausgasen (Kohlendioxid-, Lachgas- und Methan-Emissionen) einer leguminosenbasierten Fruchtfolge mit einer mineraldüngerbasierten Fruchtfolge, so setzt die mineraldüngerfreie Variante nur 36 % der THG frei, also deutlich weniger als die Hälfte und bildet darüber hinaus zusätzlich Humus (Köpke und Nemecek 2010) (s. Abb. 2).

Bisher werden die Möglichkeiten der Präzisionslandwirtschaft, Agrarsysteme leistungsfähiger und effizienter für den Klimawandel zu machen, generell deutlich übertrieben dargestellt. Dabei sind Fragen des Netzzugangs (Deutschland steht bei der Digitalisierung beispielsweise an 11. Stelle der 28 evaluierten Mitgliedstaaten) und der Hoheit über die Betriebsdaten (wer hat die Rechte daran und wer bekommt sie letztendlich?) noch nicht einmal angesprochen. Digitalisierung an sich bewirkt keinen Klimaschutz, wenn die Agrarsysteme nicht insgesamt klimafreundlicher werden.

Abbildung 2: Einsparpotenzial einer leguminosenbasierten gegenüber einer mineraldüngerbasierten Fruchtfolge



Quelle: eigene Darstellung

Sind Agrarsysteme agrarökologisch ausgerichtet, kann es durchaus sinnvoll sein, Nützlinge (z. B. Schlupfwespen) mit Drohnen auszubringen oder Unkraut mit Robotern ohne Chemie zu beseitigen. Es ist dann allerdings nicht die Digitalisierung, die die Klimaanpassung bewirkt, sondern die Agrarökologie. Auch digitale, frei abrufbare Datenbanken zu Anbautechniken, Zeigerpflanzen, lokal angepassten Sorten oder symbiotischen Wirkungen von Mischkulturen sind positive digitale Einsatzmöglichkeiten. Potenziale einer bedarfsgerechten Digitalisierung für den Ökolandbau sollten daher besser erforscht und entwickelt werden (z. B. Einsatz von autonomen Feldrobotern zur Pflege von Mischkulturen). Außerdem brauchen wir Vorgaben zur Datenhoheit und zum Datenschutz sowie einheitliche Standards für Schnittstellen und Kompatibilität von Systemen verschiedener Anbieter, um die Marktbeherrschung durch einzelne Unternehmen zu vermeiden.

Biogasnutzung lässt keine Gülleseen verschwinden

Im Klimapaket der Bundesregierung[4] wird u. a. die Biogasproduktion besonders betont, doch die viel zu hohen Tierzahlen bleiben gleichzeitig unangetastet. Mal abgesehen davon, dass eine nachgeschaltete Biogasproduktion eine industrielle Tierhaltung nicht nachhaltig macht, wird so auch der Gülle-Output nicht weniger. Und bei großmaßstäblicher Biogasproduktion mit Gülle muss berücksichtigt werden, dass Kohlenstoff aus der Gülle entnommen wird („Biogas“ = CH_4), der dann über die C-reduzierten Gärreste nicht wieder in den Boden zurückkommt. Ohne besonders weite Fruchtfolgen als Ausgleich bedingt das auf dem Acker Humusverluste.

Pflanzenkohle – Terra-Preta – Biochar

Die Boden verbessernde Eigenschaft von Pflanzenkohle oder Biochar ist bisher nicht eindeutig geklärt. Sie wird oft darauf zurückgeführt, dass die Kohlepartikel eine sehr große Oberfläche aufweisen und so Humus, Nährstoffe und Wasser besonders gut binden können. Das ist sicher richtig und deswegen ist der ertragssteigernde Effekt der Pyrolysekohle besonders in sandigen Böden (oder auch in Tropenböden), die nur über ein geringes Wasser- und Nährstoffaustauschvermögen verfügen, besonders gut erkennbar. Lehmige Böden Mitteleuropas haben verwitterungsbedingt hervorragende Nährstoffaus-

[4] www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1; letzter Zugriff 15.12.2019

tauscheigenschaften und brauchen daher eine diesbezügliche Verbesserung nicht (Jacobs et al. 2018). Letztendlich kann es auch nicht darum gehen, aus Klimaschutzgründen so viel toten Kohlenstoff wie möglich in die Böden zu bringen und sie zu Kohlenstofflagerstätten zu machen. Humusaufbau muss in erster Linie dem Aufbau des Bodenlebens und dem langfristig nachhaltig zu erwirtschaftenden Ertrag gelten. Dabei können geringe Mengen an Pflanzenkohle – vorausgesetzt sie kann schadstofffrei produziert werden[5] – ähnlich wie verschiedene andere Bodenhilfsstoffe (beispielsweise effektive Mikroorganismen oder Komposttee) in einigen Fällen sicher eine gute Regenerations- oder Starthilfe sein. Ein dauerhaftes Einbringen nennenswerter Mengen an Pflanzenkohle in Böden aus Klimaschutzgründen scheint jedoch weder möglich, da die Rohstoffe extrem begrenzt sind, noch sinnvoll für das Bodenleben, da Pflanzenkohle diesem keine Nahrung bietet.

Mehr Forschung für den Ökolandbau – Klimaschutz mit System!

Für die praktische Landwirtschaft ist es existenziell, gute Anpassungssysteme zu entwickeln – oder wiederzuentdecken –, die eine Minimierung der Risiken durch den Klimawandel mit sich bringen. Eine Absage sollte die Landwirtschaft allerdings jeder einseitigen Maximierung der CO_2-Speicherung für den Emissionshandel erteilen, der andere Branchen entlasten soll. Humusaufbau und Bodenfruchtbarkeit sind nicht gleichzusetzen mit einem unterirdischen Kohlenstoff-Sparbuch. Generell droht die Gefahr, durch einseitige Forschungsansätze und Scheuklappen-Klimaschutzmaßnahmen negative Umweltwirkungen zu erzeugen, so wie es bei der Agroenergie, ganz besonders bei Agrokraftstoffen, der Fall ist. In Europa, und besonders in Deutschland, wurden viele Grasflächen umgebrochen, um Mais für Biogas oder Raps für Agrosprit anzubauen. Diese verengte Fokussierung auf Klimaschutz in der Landwirtschaft hat anderen Umweltmedien, wie dem Boden, sogar geschadet. Eine Klimaanpassung in der Landwirtschaft darf jedoch die angemessene Berücksichtigung anderer Aspekte der Nachhaltigkeit nicht konterkarieren.

Wir brauchen stabile Agrarökosysteme mit konsequent klimafreundlichen Ackerbautechniken. Dazu gehören eine hochwertige organische Düngung, Fruchtfolgen, Zwischenfruchtbau, Humusaufbau, Agroforst- und Permakulturtechniken. Aber genau dafür wird seit Jahren in Forschung und Praxis viel zu wenig Geld ausgegeben. Agrarökologische Techniken sind wissensintensiv und erfordern eigenständige Beobachtung, Entscheidungsfähigkeit und Flexibilität. Dies alles lässt sich nicht so einfach digitalisieren, auch wenn digitale Medien zur Wissens- und Erfahrungsvermittlung beitragen und die Beobachtung erleichtern. Ökologisch bewirtschaftete Böden zeigen höhere Kohlenstoffgehalte und -vorräte sowie eine signifikant höhere Rückbindung von CO_2 aus der Atmosphäre. Sie emittieren weniger Lachgas (N_2O) und sind in der Lage, mehr als doppelt so viel Wasser aufzunehmen und zu speichern wie konventionelle (Kommission Bodenschutz beim UBA 2016). Das macht die Böden und ganze Ökosysteme widerstandsfähiger gegen Starkregen und Dürre und vermeidet Hochwasser. Dies alles gilt jetzt schon für den klassischen Ökolandbau in Europa. Noch besser wäre es, Agroforstsysteme und Permakultur zu integrieren und dem Ökolandbau ein Forschungsbudget zuzuweisen, das dessen konsequente Optimierung erlaubt. Bisher werden auf europäischer Ebene nur 2 % und in Deutschland gerade einmal 1,5 % der Forschungsausgaben im Agrarbereich in die ökologische Forschung investiert. Das ist gemessen an den Potenzialen, die sich für den Klimaschutz und alle Ökosystemdienstleistungen bieten deutlich zu wenig.

Der Text ist eine Kurzfassung des Beitrags von Dr. Andrea Beste aus der für den SALUS Medianpreis 2019 nominierten Studie:

Beste, A. und Idel, A. (3. Auflage 2018):

„Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist.“

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0419-Literatur-Beste.pdf

[5] Die Herstellung von Pyrolysekohle kann mit der Entstehung polyzyklischer Kohlenwasserstoffe (PAK) verbunden sein, die krebserregend, mutagen und teratogen sind. Schon aus ökotoxikologischer Sicht ist die Einbringung von mit PAK kontaminierter Pyrolyse-Pflanzenkohle abzulehnen (Beste und Faensen-Thiebes 2015).

Nahrungsgeographie – Produktion und Konsum von Nahrung unter Bedingungen der Globalisierung

Prof'in Dr. Doris Schmied

Alle Menschen essen und trinken, weshalb sich viele wissenschaftliche Disziplinen mit Nahrung/Ernährung beschäftigen. Die Nahrungsgeographie – die sich im Englischen griffiger mit *Food Geography* wiedergeben lässt – beschäftigt sich erst seit kurzem intensiver mit Themen der Nahrung von Produktion bis Konsum; sie untersucht die ablaufenden Prozesse, ihre Ursachen und Folgen ebenso wie die Beziehungen der wichtigen Akteure. Das Buch „Nahrungsgeographie" gibt einen ersten Überblick über nahrungsrelevante Themen aus geographischer Sicht, die um eine Synopse von ökonomischen, sozialen, demografischen, kulturellen, politischen und ökologischen Zusammenhängen bemüht ist und dabei einen Schwerpunkt auf räumliche Aspekte legt.

Den Hintergrund des Buches bildet die gegenwärtig ablaufende Globalisierung, die durch eine zunehmende, immer intensiver und schneller werdende weltweite Vernetzung charakterisiert ist, aber zu ungleichen regionalen Entwicklungen führt. Im Folgenden werden aus der Vielfalt der im Buch dargestellten Themen die Veränderungen in der Agrofood-Kette dargestellt und kurz anhand einer vereinfachenden Gegenüberstellung von Industrie- und Entwicklungsländern beleuchtet.

Veränderungen der Agrofood-Kette

Die Agrofood-Kette umfasst alle Aktivitäten, die (maximal) notwendig sind, damit Menschen an Nahrung gelangen; sie wird in der Regel als Stufen einer Sequenz dargestellt und vorwiegend unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Die Globalisierung hat zu starken Veränderungen in der Agrofood-Kette bzw. in deren Ausprägung bei verschiedenen Nahrungsmitteln geführt.

Besonders deutlich werden diese Veränderungen auf der Stufe der ***vorgelagerten Industrie***, bei der es bereits zu einer sehr starken Konzentration der Akteure gekommen ist. So bestimmten nach Einschätzung der ETC Group (2013) bereits 2011 die zehn größten Unternehmen in der Pestizidproduktion zu etwa 95 % den globalen Markt, im Bereich des Saatguts (einschließlich gentechnisch veränderten Saatguts) zu etwa 75 %. Erschwerend hinzu kommt, dass einige Unternehmen in beiden Bereichen tätig sind und der Konzentrationsprozess fortschreitet, wie das Beispiel der Übernahme von Monsanto durch Bayer zeigt. Bei den Düngemitteln war die Konzentration noch nicht so extrem, bei den Futtermitteln noch schwächer. Für die Herstellung von agrartechnischen Betriebsmitteln fehlen Schätzungen/Daten. Mit wenigen Ausnahmen (China, Thailand, Brasilien) gehören die Unternehmen der vorgelagerten Industrie den Ländern des Globalen Nordens an, was die Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens verdeutlicht. Deren Regierungen unterstützen z. T. die Einflussnahme sogar, indem sie die traditionelle „informelle" Saatgutbevorratung (*seed saving* und Austausch zwischen Bauern) kriminalisieren.

Auf der Stufe der ***agrarischen Produktion*** gibt es mit ca. 570 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben (FAO 2014) noch eine Vielzahl von wirtschaftlichen Akteuren. Doch verschärft sich der Gegensatz zwischen der Minderheit der Großbetriebe bzw. *corporate farms*, die für den (zunehmend globalen) Markt wirtschaften, und der Mehrheit von ca. 500 Mio. bäuerlichen Familienbetrieben, v. a. Klein(st)betrieben, durch die jeder siebte Mensch noch einen unmittelbaren Bezug zur Produktion seiner Nahrung hat. Dies äußert sich besonders deutlich im zunehmenden Wettbewerb um die knapper werdende Ressource Land und in der schwierigen ökonomischen Situation der kleinen Betriebe, die aus der Globalisierung aufgrund fehlender Skaleneffekte (*economies of scale*) kaum Vorteile ziehen können. Ihre Situation kann teilweise als Resilienz, teilweise aber auch als Resignation (ungewolltes Verharren in Semisubsistenz) beschrieben werden.

Im Zuge der Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat der ***internationale Handel*** mit Nahrungsmitteln, dessen Grundmuster z. T. bereits durch den Kolonialismus gelegt wurden, nochmals deutlich

Prof'in Dr. Doris Schmied

Lehrstuhl für Kulturgeographie, Institut für Geographie, Universität Bayreuth

doris.schmied@uni-bayreuth.de

Foto: privat

Verkauf von Saatgut für Gemüse auf einem ländlichen Markt in Guangdong/China

zugenommen, wobei aber der Güteraustausch innerhalb des Globalen Nordens, speziell zwischen Nordamerika und Europa, weiterhin am größten ist. Von deutlich steigender Bedeutung ist der Handel mit Teilen Südamerikas (als Nahrungsexporteur) und China (v. a. als Nahrungsimporteur). Bedenklich ist die Handelsbilanz vieler ärmerer Entwicklungsländer v. a. in Afrika, die sogar Grundnahrungsmittel importieren müssen. Auch auf dieser Stufe der Agrofood-Kette gibt es mit den sog. ABCD-Händlern (Archer Daniels Midland/ADM, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus) Unternehmen, die den Agrar-/Nahrungsmittelmarkt stark beeinflussen können, da sie bei vielen Agrar-Massengütern ein – zumindest regionales – Nachfrageoligopol besitzen; zudem vergrößern sie ihre Position, indem sie ihre Tätigkeiten auf andere Stufen der Agrofood-Kette, aber auch auf die Bereiche Finanzen und Versicherungen, Transport und Energie deutlich ausweiten. Allerdings gibt es auch Anzeichen für den Aufstieg von agrarischen Handelsunternehmen aus Schwellenländern, v. a. Brasilien und China.

Angehörige der chinesischen Mittelschicht beim Einkauf in einem Supermarkt in Shanghai

Ein steigender Anteil der weltweit landwirtschaftlich erzeugten Produkte wird von der ***Lebensmittel- bzw. Ernährungsindustrie*** verarbeitet. Zu den (schwer genauer fassbaren) globalen Riesen der Lebensmittelverarbeitung zählen eher breit aufgestellte Konzerne wie Nestlé, Mars, Mondelez International und eher einseitig orientierte Konzerne wie Coca-Cola und Pepsi-Cola (Getränke), JBS, Tyson Foods und Smithfield (Fleischprodukte) oder Danone (Milchprodukte). Die meisten Lebensmittelhersteller sind in der EU und den USA verortet und erweitern durch Übernahmen, Direktinvestitionen oder strategische Partnerschaften ihren Einfluss in den Ländern des Globalen Südens. Noch variiert die Bedeutung, die Größe und Art der nationalen Lebensmittelhersteller in den verschiedenen Ländern sehr stark, aber die Durchdringung mit großen internationalen Firmen wächst. In vielen Industrieländern verschwinden aufgrund des schwierigen Wettbewerbs mit den größeren Unternehmen und dem preisorientierten Kaufverhalten der meisten Kunden die handwerklich „vor Ort“ produzierten Lebensmittel und mit ihnen die Handwerksbetriebe (Bäckereien, Metzgereien).

Wichtigste Aspekte der Globalisierung auf der Stufe der ***Vermarktung*** sind der Rückgang der Bedeutung traditioneller „physischer“ Märkte und traditioneller Lebensmittelhändler bei gleichzeitiger Ausbreitung moderner Lebensmitteleinzelhandelsformen, was verkürzt als „Revolution der Supermärkte“ oder Supermarketisierung“ beschrieben worden ist. Große transnationale Einzelhandelsunternehmen haben sich in raum-zeitlichen Wellen über verschiedene Weltregionen ausgebreitet und dort eine immer größere Marktkonzentration erreicht. Sie haben inzwischen durch Marktanteile, Eigenmarken oder sogar Eigenproduktion sowie eine eigene Transportlogistik eine solche Machtstellung, dass von einer Steuerung der Agrofood-Kette vom Ende her gesprochen werden kann. Durch das Verschwinden kleinerer Einzelhändler und die profitorientierte Standortplanung der großen Supermarktketten ist eine räumliche Verteilung der Einzelhandelsstandorte entstanden, die vor allem benachteiligte Gruppen (Bevölkerung in ländlichen/peripheren und einkommensschwachen städtischen Gebieten) in Industrie- und Entwicklungsländern vor Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln stellt.

Immer größeren Einfluss auf die Gestaltung der globalen Agrofood-Kette haben die Phänomene der „Finanzialisierung“ und „Standardisierung“: ***Finanzialisierung*** ist die wachsende Bedeutung von Finanzmärkten, -institutionen, -eliten und finanziellem Gewinn als deren Handlungsmotiv. Diese zeigt sich im Agrofood-Bereich u. a. in der Landspekulation oder im Handel mit Agrarrohstoffen durch branchenfremde Finanzakteure und führt zu einer Steuerung durch Standort- und Produktionsentscheidungen „aus der Ferne“, die auf räumliche Zusammenhänge „vor Ort“ kaum oder keinen Wert legt. Die ***Standardisierung***, das Setzen von Standards für die Herstellung und die Eigenschaften von Nahrungsprodukten, liegt immer weniger in den Händen von öffentlichen Institutionen, sondern von privaten Akteuren, die mit Standards oft soziale oder ökologische „Qualität“ ausdrücken wollen, sie aber teilweise als Methode des Brandings ihrer Produkte einsetzen. Problematisch für Konsument*innen sind einerseits die – nur durch die explosionsartig angestiegene Auditbranche kontrollierte – Vielfalt privater Standards, für kleinere Produzenten, v. a. für Kleinbauern in Entwicklungsländern, andererseits die oft „marktausschließende“ Wirkung von derartigen Standards.

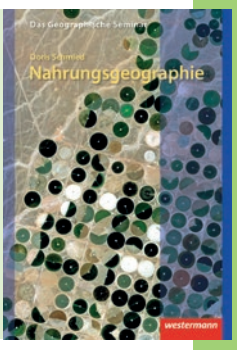
Global oder regional?

Veränderungen im Transportwesen (Cargoflugzeuge, Containerisierung) und in der Beschaffungslogistik (*lean retailing*, EPOS-Strichcode) waren die Voraussetzung, dass Agrofood-Produkte heute weiter, schneller und kostengünstiger befördert werden können und bilden daher eine wichtige Voraussetzung für das Global Sourcing der Nahrung. Lebensmittel werden für Konsument*innen so zunehmend ort- bzw. raumlos und aufgrund der ganzjährigen Verfügbarkeit (Verlust der Saisonalität) auch zeitlos.

Doch es gibt auch die Gegenbewegung der Lokalisierung/Regionalisierung, den Versuch, Transportwege klein zu halten und Produzent*innen und Konsument*innen einander – wieder – näherzubringen. Denn viele Verbraucher*innen werden sich zunehmend der ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten der Nahrungsglobalisierung bewusst und bevorzugen regionale Lebensmittel. So entstehen gerade in den Industrieländern sog. alternative Netzwerke (*alternative food networks* oder AFN), die sich für kurze Nahrungsmittelversorgungsketten (z. B. in Form von Direktvermarktung), aber auch für eine verbesserte soziale Interaktion zwischen den Akteuren entlang der Kette (z. B. bei der solidarischen Landwirtschaft) einsetzen. Nahrung wird dadurch wieder „verräumlicht“ und „verzeitlicht“. Es ist allerdings offen, wie erfolgreich diese alternativen Netzwerke als „Widerstand“ gegen die fortschreitenden Globalisierungsprozesse sein werden. ■

Regionalecke in einem Supermarkt mit Angebot von handwerklich produzierten Wurstwaren

Schmied, Doris (2018):
Nahrungsgeographie.
Das Geographische Seminar.
westermann, Braunschweig,
ISBN 978-3-14-160308-8



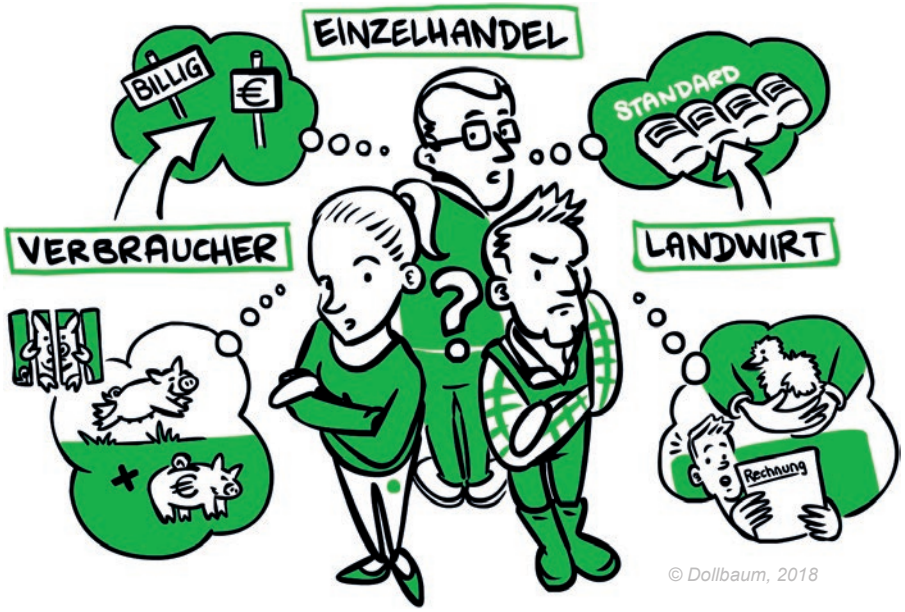
SocialLab – Nutztierhaltung im Spiegel der Gesellschaft

Dr. Inken Christoph-Schulz

Die gesellschaftlichen Vorstellungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung und die moderne landwirtschaftliche Praxis liegen teils weit auseinander. Als Folge sind die Haltung der Tiere sowie die agierenden Akteure in der Öffentlichkeit zunehmend unterschiedlichen Vorwürfen ausgesetzt:

1. Verbraucher*innen träumen vom Bilderbuchbauernhof und achten dennoch beim Einkauf vor allem auf den Preis,
2. Landwirt*innen werden mit den „schwarzen Schafen“ ihrer Branche gleichgesetzt,
3. der Handel drückt die Preise und lässt deshalb keinen Spielraum für mehr Tierwohl oder
4. Politiker*innen machen zu lasche Vorgaben und setzen diese dann nicht einmal durch.

Auch wenn die Kritikpunkte sehr unterschiedlich sind: Zufrieden mit dem Ist-Zustand sind nur wenige. Die geäußerte Kritik ist umfangreich, aber oft nur vage formuliert. Um eine bessere Basis für die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Deutschland zu schaffen, wurde 2012 das Forschungskonsortium SocialLab mit dem Ziel gebildet, die gesellschaftliche Sicht auf die Tierhaltung genauer zu untersuchen.



Vorgehensweise

Das Projekt bestand aus vier Arbeitspaketen (AP), die interdisziplinär und stets in Zusammenarbeit von mehreren Partnern bearbeitet wurden:

AP 1: Erhebung des Status quo der gesellschaftlichen Wahrnehmungen, Erwartungen und Akzeptanzbildung.

AP 2 und 3: Wissensvertiefung beispielsweise über die Darstellung der Tierhaltung in den Medien oder die Motivation der unterschiedlichen Akteure entlang der Wertschöpfungskette.

AP 4: Möglichkeiten zur Umsetzung der ermittelten gesellschaftlichen Ansprüche an die Tierhaltungsverfahren in der Praxis und Untersuchung, wie unterschiedliche Akteure und Akteurinnen innovative Tierhaltungsverfahren bewerten.

Daten und Methoden

Je nach Fragestellung wurden unterschiedliche Methoden eingesetzt und kombiniert. Das Spektrum reichte von qualitativen (z. B. leitfadengestützten Interviews und Gruppendiskussionen) und quantitativen Verfahren (z. B. schriftliche Befragungen mit vielen Teilnehmer*innen oder Erfassung von realen Einkaufsdaten) bis hin zu bildgebenden, neurowissenschaftlichen Verfahren (z. B. funktionale Magnetresonanztomographie und funktionale Nahinfrarot-Spektroskopie). Die Teilprojekte waren eng miteinander vernetzt, was gewährleistete, dass sich die verschiedenen Teilprojekte gegenseitig ergänzten.

Um keine relevanten Aspekte zu vernachlässigen, wurde das Projekt von einem Beirat begleitet. In diesem kamen NGOs und Verbände (u. a. aus den Bereichen

Weitere Informationen unter: www.sociallab-nutztiere.de

SocialLab

Dr. Inken Christoph-Schulz
Thünen-Institut für Marktanalyse, Braunschweig
inken.christoph@thuenen.de

Tierschutz, Verbraucherschutz, berufsständische landwirtschaftliche Interessenvertretungen), der Einzelhandel sowie Vertreter*innen des BMEL zu Wort. Zusätzlich wurden zu bestimmten Aspekten auch Personen aus den Nutztierwissenschaften hinzugezogen.

Das Projekt wurde 2015 – 2019 durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert. Beteiligt waren die Fachhochschule Südwestfalen, die Georg-August-Universität Göttingen, die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, das private Forschungs- und Beratungsinstitut für angewandte Ethik INSTET, die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, die Technische Universität München sowie das Thünen-Institut für Marktanalyse (Koordination).

Es folgen vier Berichte aus dem Projekt SocialLab. ■

Die Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Tierhaltung durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen im Diskurs

Dr. Inken Christoph-Schulz, Dr. Anja Rovers, Christiane Wildraut, Prof. Dr. Marcus Mergenthaler, Dr. Marie v. Meyer-Höfer, Dr. Winnie Sonntag

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wahrnehmungen, Erwartungen und unterschiedlichen Wissens von Landwirt*innen und Verbraucher*innen beschäftigte sich das Arbeitspaket 1 mit der Frage, wie Landwirt*innen und Verbraucher*innen über ausgewählte Themen der landwirtschaftlichen Tierhaltung miteinander kommunizieren, wenn sie sich im Rahmen von moderierten Gruppendiskussionen direkt treffen.

In gemischten Gruppen diskutierten Landwirt*innen und Verbrauchern*innen zur Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel. Die Diskussionsgruppen setzten sich jeweils aus der gleichen Anzahl Personen beider Gruppen zusammen. Vor und nach den Diskussionen wurde die Zustimmung zu unterschiedlichen Statements über verschiedene Aspekte der Tierhaltung standardisiert abgefragt.

Emotionale Diskussionen

Die Diskussionen sprachen oft emotional hoch sensible Punkte an und je nach Thema wurde unterschiedlich lang und intensiv diskutiert. Insgesamt war der Redeanteil der Landwirt*innen dominierend und sie nahmen gegenüber den Verbraucher*innen häufig die Rolle von erklärenden Fachleuten ein.

Ein Diskussionspunkt war, dass die Gesellschaft immer weniger Bezug zur Tierhaltung hat und Informationen über die Landwirtschaft hauptsächlich aus den Medien gewonnen werden. Als Informationsvermittler zwischen Landwirtschaft und Bevölkerung wurden Medien von beiden Seiten kritisch eingeschätzt. Landwirt*innen zeigten explizit ihre Frustration mit der derzeitig wahrgenommenen medialen Berichterstattung. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft verdeutlicht, Verbraucher*innen die heutige Landwirtschaft zu zeigen und zu erklären. Dabei wurde häufig davon ausgegangen, dass ein Mehr an „richtiger“ Information die Akzeptanz der intensiven landwirtschaftlichen Tierhaltung herstellen könnte. Direktvermarktung oder „Tage des offenen Hofes“ wurden als Beispiele für gelungene Konzepte vorgebracht. Dagegen gaben Verbraucher*innen häufig Zeitmangel als Grund an, solche Angebote nicht in Anspruch zu nehmen: *„Wir sind alle berufstätig und wenn wir jetzt alle so um vier, fünf Uhr nach Hause kommen und haben keine Lust mehr, uns nochmal ins Auto zu setzen, aufs Land zu fahren und irgendwelche Bauern aufzusuchen und die zu fragen, ob das wirklich stimmt oder nicht, was man im Fernsehen sieht“*. Verbraucher*innen reflektierten jedoch ihr eigenes Informations- und Medien-

SocialLab

Dr. Inken Christoph-Schulz und Dr. Anja Rovers
Thünen-Institut für Marktanalyse, Braunschweig

Christiane Wildraut und Prof. Dr. Marcus Mergenthaler
Fachhochschule Südwestfalen, Soest

Dr. Marie v. Meyer-Höfer und Dr. Winnie Sonntag
Georg-August-Universität Göttingen

inken.christoph@thuenen.de

nutzungsverhalten sowie Informationen in den Medien über landwirtschaftliche Tierhaltung kritisch: *„Ich glaube, es ist etwas primitiv, alles in den Medien zu glauben.“* oder *„Natürlich leben wir in einer Mediengesellschaft, die unsere Meinung vertritt und beeinflusst. Aber jeder hat die Möglichkeit, sich zu informieren, sogar Bauern und Produzenten direkt zu fragen.“*

Einigkeit bestand weitestgehend darüber, dass Nutztiere bessere Haltungsbedingungen erhalten sollten. Es war jedoch oft unklar, wer die zusätzlichen Kosten dafür tragen sollte. In diesem Zusammenhang wurde von Landwirt*innen primär betont, dass die derzeitigen Haltungsbedingungen in Deutschland im weltweiten Vergleich auf höchstem Niveau seien. Zudem wurde auf den vermeintlich eindeutigen Zusammenhang zwischen guten Haltungsbedingungen und erfolgreicher Tierproduktion verwiesen. *„Wir als Bauern sind um das Wohlergehen unserer Tiere besorgt. Wenn wir einen Stall bauen, konfigurieren wir ihn so, dass sich die Tiere wohl fühlen können, weil wir mit den Tieren einen Gewinn machen.“* Durch die derzeit niedrigen Preise für die Produkte sahen die Bauern und Bäuerinnen jedoch nur begrenzte Möglichkeiten für verbesserte Bedingungen, da höhere Produktionskosten mitunter nicht gedeckt werden könnten. Oft wurde auch auf den eigentlichen Anspruch der intensiven Tierhaltung verwiesen: ausreichend günstige Lebensmittel produzieren.Verbraucher*innen reagierten unterschiedlich auf diese Punkte: Einerseits sahen sie ihre Mitverantwortung für die derzeitigen Haltungsbedingungen aufgrund ihres eigenen Einkaufverhaltens, andererseits wurde das Interesse, bessere Haltungsbedingungen monetär wertzuschätzen, wenn diese glaubwürdig und verständlich kommuniziert würden, wiederholt betont.

Auch dass die heutigen Tierställe sehr technisiert bzw. automatisiert seien und dadurch die Arbeit der Landwirt*innen erleichtert sei, wurde diskutiert: Die Landwirt*innen erläuterten technologische Neuerungen wie den Melkroboter und automatisierte Fütterungen sowie deren Vorteile. Die Argumentation verlief dabei überwiegend normativ: Mit Hilfe der Technik würden die Haltungsbedingungen verbessert und es gebe mehr Zeit für die Pflege der Tiere. *„Weil ich nicht den ganzen Mist mit der Schubkarre rausbringen muss, habe ich mehr Zeit, mich um jedes einzelne Tier zu kümmern“* oder *„(....) gibt es ein Alarmsystem, das einen Alarm auslöst, wenn das Fütterungssystem nicht funktioniert oder die Tiere kein Wasser bekommen. Er ruft den Bauern auf seinem Handy an und sagt ihm, dass in der Scheune etwas nicht stimmt.“* Bei vielen Verbraucher*innen erzeugte ein vollautomatischer Stall dagegen Angst und Unbehagen. So wurde angemerkt, dass die Technisierung einen Verlust an Natürlichkeit bedeuten würde. Zudem wurde befürchtet, dass die Tiere aufgrund technischer Innovationen noch mehr ausgebeutet würden und die Mensch-Tier-Beziehung leide. Die Landwirt*innen vertraten die Ansicht, dass viele Vorteile, die die Technisierung der Tierhaltung mit sich bringe, nicht effektiv kommuniziert würden und dass eine gute Kommunikation der Vorteile zu einem besseren Verständnis führen könne. Letztendlich konnten viele Verbraucher*innen nachvollziehen, warum in der Landwirtschaft technische Innovationen genutzt werden: *„Es wäre dumm, die Technologie nicht zu nutzen.“*

Ein sehr intensiv diskutiertes Thema war der Medikamenteneinsatz in der Nutztierhaltung. Kritisch gesehen wurde von den Verbraucher*innen vor allem der Einsatz bei gesunden Tieren. Kranken Tieren zu helfen, sahen die Landwirt*innen dagegen als moralische Verpflichtung und berufliche Selbstverständlichkeit an: *„Wenn Tiere krank sind, müssen sie behandelt werden. Da gibt es gar keine Diskussion, das ist Tierschutz und Tierwohl“*. Die Verbraucher*innen teilen diese Einschätzung grundsätzlich, vermuteten jedoch, dass der Medikamenteneinsatz durch Änderungen der Haltungsbedingungen reduziert werden könne: *„Viele Erkrankungen entstehen ja dadurch, dass die Tiere so eng gehalten werden“*. In der weiteren Diskussion zu diesem Thema wiesen die Verbraucher*innen auf ihre Angst vor resistenten Keimen hin. Die Landwirt*innen zeigten hierfür Verständnis und beschrieben Gegenmaßnahmen wie Medikamentengaben nur für kranke Tiere, Antibiotikamonitoring, bestehende Überwachungssysteme u. ä. Dabei wurden vor allem Sachargumente genannt: *„Nun, Deutschland ist wirklich ein Pionier. (....) Wir haben sehr hohe Anforderungen an den Einsatz von Antibiotika.“* Das Unbehagen der Verbraucher*innen bezüglich des Einsatzes von Antibiotika konnte dennoch nicht vollständig ausgeräumt werden. *„Für mich als Verbraucher stellt sich die Frage, wie die Gabe von Medikamenten die Qualität von Fleisch beeinflusst.“*

Das Recht von Tieren auf Fürsorge und Verantwortung durch den Menschen, auch wenn sie vor allem zur Nahrungsmittelproduktion dienten, war der abschließende Diskussionspunkt. Hierzu erklärten die Landwirt*innen ihre Sicht auf die Notwendigkeit von Fleisch und tierischen Lebensmitteln in der menschlichen Ernährung. Zudem betonten sie, dass Nutztiere ausschließlich für diese Zwecke aufgezogen würden. Die Verbraucher*innen bestätigten, dass der Verzehr von tierischen Produkten ein Teil der allgemein akzeptierten Ernährung sei und nichts mit

moralischen Zwängen oder schlechtem Gewissen zu tun habe: *„Wenn wir über Nutztiere reden, weiß ich, dass das Leben kein Bett aus Rosen ist.“* Die Landwirt*innen bestätigten diese Aussage und wiesen darauf hin, dass es keine Grundlage für Kritik gebe, denn *„Die Grundlage unserer wirtschaftlichen Tätigkeit sind unsere Tiere und unser Boden.“* Wenn Verbraucher*innen dennoch Zweifel an der Angemessenheit der Behandlung äußerten, antworteten die Landwirt*innen häufig faktenbasiert und ließen keine Einwände oder Überlegungen im Hinblick auf Alternativen zu.

Einstellungsänderungen durch Kommunikation

Die Abfrage von Landwirt*innen und Verbraucher*innen hinsichtlich der Zustimmung zu verschiedenen Statements zeigt, dass weder Landwirt*innen noch Verbraucher*innen eine festgefahrene Wahrnehmung zur Tierhaltung haben und eine gemeinsame Diskussion ihre Einstellungen verändern konnte. Landwirt*innen und Verbraucher*innen unterschieden sich zu Beginn der Diskussion mitunter deutlich in ihrer Einschätzung. Dies veränderte sich jedoch teilweise während des Gesprächs: Während die Landwirt*innen insgesamt stärker an ihrer Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Tierhaltung festhielten, veränderten die Verbraucher*innen eher ihre Einstellungen. Die Veränderungen waren jeweils abhängig von den gewählten Argumenten und ihrer Argumentationsweise. So zeigte sich, dass die Verbraucher*innen der Argumentation der Landwirt*innen folgten, wenn die Informationen der Landwirt*innen ihnen glaubwürdig und vertrauenswürdig erschienen. Nahmen die Landwirt*innen jedoch die Sorgen der Verbraucher*innen nicht ernst, so dass bei diesen der Eindruck entstand, dass sie versuchten, den Verbraucher*innen „ihre Wahrheit“ aufzudrücken, änderten diese ihre Einstellung oder ihren Standpunkt nicht. Nachvollziehbare Sorgen und Befürchtungen der Verbraucher*innen bewirkten hingegen eine Einstellungsänderung der Landwirt*innen.

Daraus lässt sich folgern, dass es für eine gesellschaftlich besser akzeptierte Tierhaltung wichtig ist, dass beide Seiten offener aufeinander zugehen und sich in ihrer Argumentations bzw. Handlungsweise gegenseitig annähern. Davon können beide Seiten profitieren: Durch das Kennenlernen der Verbrauchervorstellungen von landwirtschaftlicher Tierhaltung können Landwirt*innen in Zukunft Möglichkeiten finden, zentrale Aspekte der intensiven Tierhaltung weiterzuentwickeln. Dann wäre es einfacher, diese so zu kommunizieren, dass Verbraucher*innen eine Zustimmung entwickeln. Die gesamte Branche könnte dann wirksamer auf die Bedenken der Verbraucher*innen reagieren und Tierproduktionssysteme entwickeln, die wirtschaftlich, ökologisch und hinsichtlich des Tierwohls von der allgemeinen Bevölkerung stärker getragen werden. Verbraucher*innen können durch den Austausch mit den Landwirt*innen fehlendes Verständnis oder Fehlinterpretationen reduzieren und somit ein verbessertes Verständnis für die Landwirt*innen erlangen. Aussagen darüber, wie lange eine solche Annäherung anhält, d. h. wie stabil die veränderte Wahrnehmung seitens der jeweiligen Akteure ist, sind derzeit nicht zu treffen. Auch ist noch nicht genau geklärt, wie genau Argumente ausgewählt und präsentiert werden müssen, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Insbesondere eine längerfristige Wirkung ist bisher noch nicht untersucht worden. ■

Zwischen Bullerbü und Tierfabrik

LESETIPP!

Warum wir einen anderen Blick auf die Landwirtschaft brauchen

Andreas Möller. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2018, 240 S., ISBN 978-3-579-08724-5 (Print), 20,00 €, ISBN 978-3-641-23281-8 (eBook), 15,99 €.

Landwirtschaft steht mehr als je zuvor im Konflikt zwischen urbanem Lebensgefühl und ländlicher Wirklichkeit. Auf der einen Seite stehen die Städter*innen, die auf der Suche nach dem Ursprünglichen sind und erschrocken auf die Bilder der „Agrarindustrie“ reagieren. Auf der anderen Seite fühlen sich die Landwirt*innen als Getriebene von Verbraucher*innen und Weltmarkt. Folglich kommt es zu einer Entfremdung zwischen Stadt und Land, die über die Landwirtschaft hinausgeht. Das Buch schafft eine Brücke zwischen Kritiker*innen und Kritisierten. Es erklärt, wie die Landwirtschaft heute arbeitet, welchen Zwängen sie unterliegt und auf welche Zukunft sie zusteuert. Gleichwohl wird auch aufgezeigt, welche Wünsche und Ängste der Bevölkerung sie ernster nehmen muss als zuvor. ■ st

Wie Medien ihre Rolle als Orientierungsgeber wahrnehmen (können)

Christina Kothe, Jenny Wolfram, Prof. Dr. Marcus Mergenthaler, Dr. Inken Christoph-Schulz, Dr. Nanke Brümmer

Medien informieren, kontrollieren und tragen meinungsbildend zum gesellschaftlichen Zusammenleben bei. Im stark urbanisierten Deutschland und bei anhaltendem landwirtschaftlichem Strukturwandel fehlen unmittelbare Berührungspunkte der Bevölkerung mit der Landwirtschaft und mit der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Menschen sind deshalb auf Medien als Orientierungsgeber und als Wegweiser angewiesen. Gemäß ihren Funktionen informieren Medien, machen als vierte Gewalt auf Missstände aufmerksam und transportieren dabei oft meinungsbildend ein bestimmtes Bild einer „Wirklichkeit der Landwirtschaft". Im Forschungsprojekt SocialLab wurde die Darstellung der landwirtschaftlichen Tierhaltung durch Medien analysiert.

Insgesamt wurde ein breites Spektrum an Medien für die Analyse ausgewählt: überregionale Tageszeitungen und Wochenmagazine, mehrere regionale Tageszeitungen aus Regionen mit konzentrierter Tierhaltung, landwirtschaftliche Fachmagazine sowie Publikationen von Tierschutzorganisationen. In den Online-Archiven der Medien wurde mit Hilfe einer Liste von Suchwörtern zur landwirtschaftlichen Tierhaltung die Berichterstattung im Zeitraum von 2010 bis 2015 möglichst vollständig erhoben. Aus mehr als 5 000 durch Stichwortsuche gefundenen Artikeln wurde eine geschichtete Zufallsstichprobe von 25 % der Artikel pro Halbjahr und Medium gezogen. Die Stichprobe von schließlich 1 281 Artikeln wurde inhaltsanalytisch untersucht. Mit einem umfangreichen Kodier-System und einer darauf aufbauenden Clusteranalyse wurden Medienbeiträge einem Frame zugeordnet. Neben formalen Eigenschaften der Medienbeiträge lag das Augenmerk besonders auf der Ermittlung der Frame-Elemente. Dazu wurden folgende Kategorien der Berichterstattung inhaltsanalytisch erfasst und kodiert:

- „Problem" bzw. „Nutzen"
- „Problem- bzw. Nutzenverursacher"
- „Forderung"
- „Adressat der Forderung"
- „Valenz" und „Tenor"

Abbildung 1 stellt die Frame-Dimensionen vereinfacht dar.

Mit der Clusteranalyse wurden neun unterschiedliche Medienframes identifiziert, die in der Berichterstattung über landwirtschaftliche Tierhaltung zum Tragen kommen (s. Abb. 2). „Framing" kann vereinfacht als das „Einbetten von Themen in bestimmte Bedeutungszusammenhänge" bezeichnet werden. Jeder Artikel wurde einem Frame zugeordnet (überlappungsfreie Clusterlösung). Allgemeine überregionale Medien verwenden beispielsweise häufig die Frames „Gesellschaft und Tierhaltung", „Tierschutz" und „Politische Debatte", während die Frames „Innovative Lebensmittelwirtschaft", „Gute Praxis" und „Schaden für die Landwirtschaft" in Fachmedien transportiert werden. Tierschutz-Organisationen hingegen nutzen die Frames „Tierschutz", „Verantwortung" oder „Politische Debatte" häufig.

Abwechslungsreiche Berichterstattung über landwirtschaftliche Tierhaltung

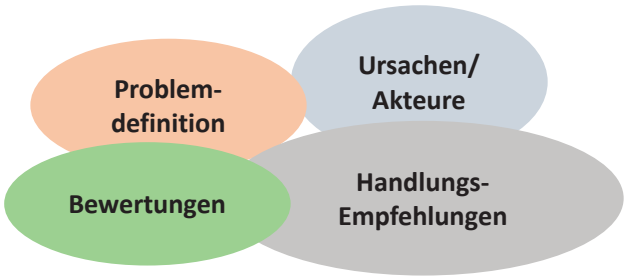
Die betrachteten Medien setzen sich in unterschiedlicher Art und Weise mit dem Thema Tierhaltung auseinander. Insgesamt kann die Berichterstattung als abwechslungsreich und verschieden gframed, aber keinesfalls als einseitig beschrieben werden. Da sich die betrachteten Medien an verschiedene Zielgruppen richten, ist das Thema „Landwirtschaftliche Tierhaltung" in unterschiedlichsten Kontexten eingebettet.

SocialLab

Christina Kothe, Jenny Wolfram, Prof. Dr. Marcus Mergenthaler
Fachhochschule Südwestfalen, Soest, Fachbereich Agrarwirtschaft, Agrarökonomie
mergenthaler.marcus@fh-swf.de
kothe.christina@fh-swf.de

Dr. Inken Christoph-Schulz, Dr. Nanke Brümmer
Thünen-Institut für Marktanalyse, Braunschweig
inken.christoph@thuenen.de
nanke.bruemmer@thuenen.de

Abbildung 1: Dimensionen der Medienframes



Quelle: Fachhochschule Südwestfalen, in Anlehnung an Dahinden (2006)

Allgemeine Zeitungen und Zeitschriften behandeln das Thema als eines unter vielen und ordnen es in einen größeren Zusammenhang mit anderen gesellschaftlich relevanten Themen wie beispielsweise Klimawandel oder gesunde Ernährung ein. Landwirtschaftliche Fachmedien verstehen sich als Ratgeber der Landwirt*innen und agieren als „Anwälte der Landwirtschaft". Sie behandeln das Thema Tierhaltung vorrangig im Sinne von „Tierproduktion". Allgemeine Zeitungen und landwirtschaftliche Fachmedien folgen zwar einem gemeinsamen journalistischen System, sind jedoch durch Inhalt, Ausrichtung und Zielgruppen sehr heterogen. NGO-Zeitschriften können als Sprachrohre der jeweiligen Organisationen gesehen werden und transportieren ihre Inhalte überwiegend interessengeleitet. Sie sollen die Sichtweise der jeweiligen Interessengruppen und deren Fachleute repräsentieren. Alle betrachteten Medientypen haben die Gemeinsamkeit, dass ein jeweils eigenes Verständnis von landwirtschaftlicher Tierhaltung mithilfe unterschiedlicher Medienframes transportiert wird.

Abbildung 2: Neun Medienframes zum Thema „Landwirtschaftliche Tierhaltung"

„Innovative Lebensmittelwirtschaft" • Themen: Vermarktung tierischer Produkte, Innovationen, Label • Ökonomischer Nutzen oder Nutzen für die Tiere betont, verursacht durch Akteure der Lebensmittelwirtschaft **Positive Tendenz**	**„Wirtschaftlicher Schaden für die Landwirtschaft"** • Themen: Erzeugerpreise, Export, Agrarpolitik • Ökonomischer Schaden für die Landwirtschaft, verursacht durch Lebensmittelwirtschaft • Forderung nach höheren Preisen **Neutral**	**„Gute Praxis der Tierhaltung"** • Thema: Haltungsbedingungen • Nutzen für Landwirtschaft und Tiere durch positive Fallbeispiele • Landwirte werden als Nutzenverursacher dargestellt **Positive Tendenz**
„Verantwortung der Verbraucher" • Themen: Fleischkonsum, Ressourcen, Tierethik • Problemursachen liegen sowohl in Landwirtschaft als auch bei Verhalten der Gesellschaft • Forderung nach verändertem Verbraucherverhalten (weniger tierische Produkte, höhere Preise) **Negative Tendenz**	**„Tierhaltung als Problemursache"** • Themen: resistente Keime, Umweltschäden • Schäden für Gesellschaft und Umwelt, die durch die Tierhaltung verursacht werden • Forderung nach Regulierung, Politik hat Lösungskompetenz **Negative Tendenz**	**„Tierschutz"** • Themen: Haltungsbedingungen, Tierethik • Tiere als Leidtragende dargestellt, Problemverursacher ist Landwirtschaft; gleichzeitig werden Verbesserungen gezeigt • Forderung nach Tierschutz, die Lösungskompetenz liegt bei Landwirtschaft und Politik **Negative Tendenz**
„Image der Tierhaltung" • Themen: gesellschaftliche Debatte, Öffentlichkeitsarbeit • Imageschaden für die Landwirtschaft • Forderung nach besserer Kommunikation • Lösungskompetenz wird bei Landwirten gesehen **Tendenz positiv oder negativ**	**„Politische Debatte"** • Themen: Gesetzgebung, Agrarpolitik • Politische Akteure werden als Problemverursacher dargestellt • Forderungen nach regulierenden Maßnahmen, Lösungskompetenz wird dafür auch bei Politik gesehen **Neutral**	**„Gesellschaft und Tierhaltung"** • Themen: Lebensmittelskandale, Neubau von Ställen, Demos, Entwicklung ländlicher Raum • Schäden für die Gesellschaft, Problemverursacher sind Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft • Keine Forderungen zur Lösung **Tendenz positiv oder negativ**

Quelle: Wolfram, Brümmer, Mergenthaler (2019)

Framing – ein aktuelles Phänomen

Einflüsse von Kultur, Ideologie, der Persönlichkeit der Journalist*innen oder auch Beeinflussungen von Dritten sind, neben weiteren Einflussgrößen, als Entstehungsfaktoren für Frames zu nennen. Framing wird jedoch nicht nur im Journalismus verwendet, auch Public Relations und Werbung machen sich die schnelle Bedeutungszuweisung durch Frames zunutze.

Der Journalismus ist einem stetigen Wandel ausgesetzt, der durch strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen einerseits und durch ein verändertes Mediennutzungsverhalten der Leser*innen und Nutzer*innen andererseits entsteht. Journalist*innen als Produzent*innen von Medienangeboten und Verwender*innen von Medienframes kann eine besonders verantwortungsvolle Rolle zugeschrieben werden. Insbesondere im Spannungsfeld Landwirtschaft, innerhalb dessen verschiedene Anspruchsgruppen mit kontroversen Interessen agieren, ist die Wirkung der Berichterstattung durch allgemeine Zeitungen und Fachmedien nicht zu unterschätzen.

Neue, digitale Plattformen, soziale Medien und knappe zeitliche Ressourcen der Mediennutzer*innen begünstigen zwar schnelle, komprimierte Informationen, erfordern aber umso mehr qualitativ hochwertige Medienangebote mit Leuchtturm-Funktion. Medienhäuser haben die Kraft von Framing erkannt und halten ihre Mitarbeiter*innen zur Selbstüberprüfung und zu neutralen Formulierungen an.

Da die journalistische Neugier stark durch lebensweltliche Einflüsse geprägt ist, scheint die Entfremdung von landwirtschaftlichen Themen für Journalist*innen allgemeiner Medien und von gesellschaftlichen Themen für landwirtschaftliche Fachjournalist*innen problematisch. Für Journalist*innen der allgemeinen Medien ist ihre Lebenswelt überwiegend großstädtisch geprägt. Für ihre Kolleg*innen der Fachmedien hingegen ist eine starke Verwurzelung mit der Lebenswelt Landwirtschaft vor- und nachteilig. Sie ermöglicht zwar die Kommunikation auf Augenhöhe mit den Leser*innen, die Einordnung in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang bleibt in den landwirtschaftlichen Fachmedien jedoch oft aus.

Für eine realistische Berichterstattung über landwirtschaftliche Tierhaltung müsste zunächst die Grundvoraussetzung für ein „sich Annähern" landwirtschaftlicher Anspruchsgruppen erfüllt sein: mehr Transparenz. Denn wenn der Standpunkt des jeweils anderen besser verstanden wird, könnten Missverständnisse leichter aufgelöst werden. Journalismus könnte dafür ein geeigneter Vermittler sein. ■

Literatur:

Wolfram, Brümmer, Mergenthaler (2019) „Das Bild der Nutztierhaltung in den Medien: Untersuchung von Medienframes", 29. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie (ÖGA), Innsbruck, 19–20. September 2019.

Foto: Ehrecke / Pixabay

Einstellungen der Landwirtschaft zur gesellschaftlichen Diskussion über landwirtschaftliche Tierhaltung

Christiane Wildraut und Prof. Dr. Marcus Mergenthaler

Landwirtschaftliche Tierhaltung steht zunehmend im öffentlichen Interesse und wird seitens der Gesellschaft teilweise massiv kritisiert. Auslöser der Kritik sind zum einen die mit der intensiven Tierhaltung verbundenen Emissionen. Daneben werden auch die Haltungsbedingungen der Tiere angeprangert, die als nicht tiergerecht angesehen werden. Die Gesellschaft möchte hier mitreden und stellt Ansprüche an die Weiterentwicklung der Tierhaltung auf den Betrieben. Im Projekt SocialLab sind Sichtweisen der Landwirtschaft auf die gesellschaftlichen Diskussionen um Tierhaltung untersucht worden.

Gesellschaftliche Kritik mit Forderungen

Schon seit einigen Jahren fordern Teile der Gesellschaft für die landwirtschaftliche Tierhaltung tiergerechtere Verfahren, etwa im Hinblick auf mehr Platz und Bewegungsmöglichkeiten für die Tiere oder auf das Angebot zusätzlicher Funktions- und Klimabereiche. Insgesamt wird ein Mehr an Tierwohl in der landwirtschaftlichen Tierhaltung verlangt. Der in den vergangenen Jahren seitens der Tierethik postulierte „Fair Deal“ mit den Tieren findet in der Gesellschaft eine breite Zustimmung. Danach dürfen Tiere geschlachtet und verzehrt werden, wenn sie zuvor ein „gutes Leben“ hatten. Mit diesem kontrakttheoretischen Argument wird die Landwirtschaft in eine Umsetzungspflicht genommen, da Landwirtinnen und Landwirte bzw. tierbetreuende Personen diejenigen sind, die die Lebensumwelt und die Haltungsbedingungen der Tiere gestalten.

Gesellschaftliche Diskussionen um die Tierhaltung und die Kritik an derzeitigen Haltungsverfahren sind in der Landwirtschaft ein sehr präsentes Thema. Teilweise wird die Kritik von Landwirtinnen und Landwirten als persönliche Kritik empfunden. Um näher zu analysieren, wie die gesellschaftlichen Diskussionen wahrgenommen werden und wie Tierhalter*innen darauf reagieren, sind in einem qualitativen Untersuchungsansatz Gruppendiskussionen mit Landwirt*innen in Schwerpunktregionen der Tierhaltung in Deutschland durchgeführt worden. Die Aussagen wurden inhaltsanalytisch ausgewertet und dienten als Grundlage für eine in 2018 durchgeführte bundesweite Online-Befragung, an der sich 285 Tierhalter*innen beteiligt haben.

Landwirtschaft will nicht allein im Fokus stehen

Die empirischen Untersuchungen zeigen, dass sich viele Landwirtinnen und Landwirte von der Öffentlichkeit zu Unrecht kritisiert fühlen. Unter dem Stichwort „Bauernbashing“ nehmen sie u. a. eine Diffamierung aktueller Tierhaltungsverfahren wahr. Menschen in der Landwirtschaft fühlen sich dabei persönlich von Kritik an der Tierhaltung betroffen, weil sie sich stark mit ihrer Arbeit identifizieren.

Unter den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen schätzen viele Tierhalter*innen die aktuell gängigen Haltungsverfahren allerdings als bestmöglich ein. Spielräume in der Weiterentwicklung der Verfahren sehen sie aufgrund fehlender Planungssicherheiten, fehlender etablierter Modelle in der Branche und mangelnder Zahlungsbereitschaften von Verbraucherinnen und Verbrauchern für Produkte mit mehr Tierwohl derzeit kaum. Die Verantwortung für bessere Tierhaltungsbedingungen sieht die Landwirtschaft damit nicht nur bei sich selbst, sondern gibt sie an die Wertschöpfungskette und an die Politik weiter.

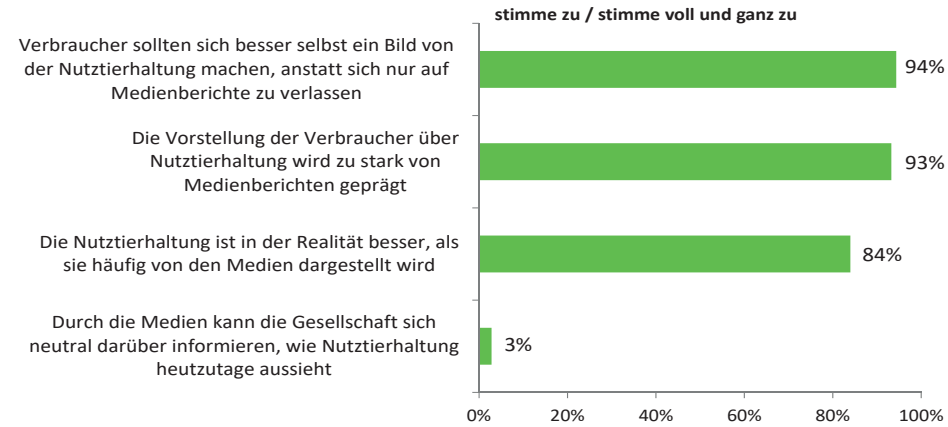
Christiane Wildraut und Prof Dr. Marcus Mergenthaler

Fachhochschule Südwestfalen, Fachbereich Agrarwirtschaft Soest, Agrarökonomie

wildraut.christiane@fh-swf.de

mergenthaler.marcus@fh-swf.de

Abbildung 1: Sicht von Tierhalterinnen und Tierhaltern auf die Medien



Erfasst sind die Nennungen 4 und 5 einer Skala von
1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu

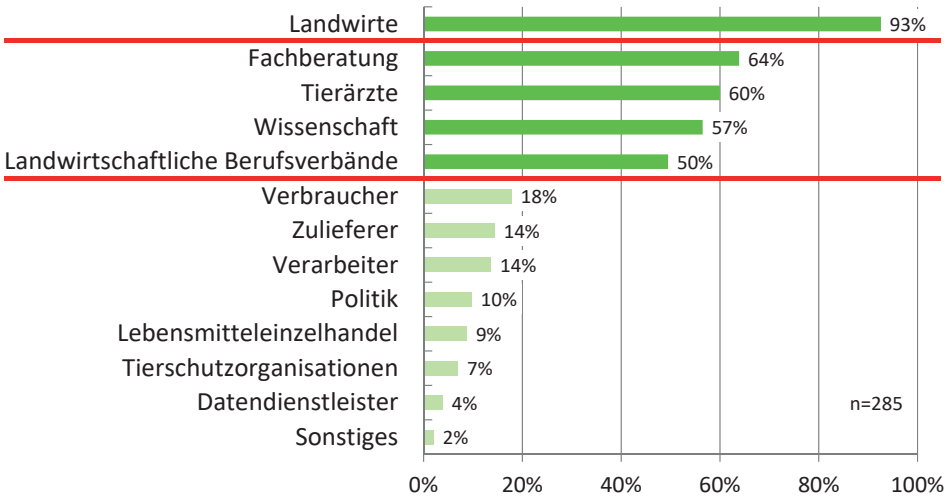
Quelle: Online-Befragung im Rahmen des Projektes SocialLab

Aussagen aus den Gruppendiskussionen zeigen, dass Teile der Landwirtschaft die gesellschaftliche Kritik an der Tierhaltung als überzogen betrachten und dass sie die Haltungs- und Lebensbedingungen ihrer Nutztiere als durchaus angemessen ansehen: Zitat: „Die Haltungsbedingungen, wenn man so die letzten Jahre, Jahrzehnte zurückgeht, die haben sich ja deutlich verbessert." Die ergänzende Online-Befragung mit Landwirt*innen zeigt, dass die Haltungsbedingungen für die Milchviehhaltung am tiergerechtesten eingeschätzt werden. Damit wehrt sich die Landwirtschaft auch inhaltlich gegen die Kritik an den Haltungsverfahren.

Ursachen der gesellschaftlichen Kritik werden auch bei Medien gesehen

In den Gruppendiskussionen ist weiterhin deutlich geworden, dass Landwirte und Landwirtinnen auch eine zu einseitige Medienberichterstattung für die kritische Sicht der Gesellschaft auf die Landwirtschaft verantwortlich machen. Zitat: „Ich bin manchmal enttäuscht, was der allgemeinen Bevölkerung von den Medien vermittelt wird." In der Online-Befragung wurde dieser Zusammenhang in einer größeren Stichprobe untersucht (s. Abb.1). Jeweils mehr als 90 % der befragten Tierhalter*innen würden es befürworten, dass die Gesellschaft sich ein eigenes Bild von der Tierhaltung macht und sehen die Bewertung der landwirtschaftlichen Tierhaltung als zu stark durch die Medien beeinflusst an. Mehr als 80 % der Befragten empfinden die tatsächlichen altungsverfahren als besser, als sie in den Medien dargestellt werden. Die Gesellschaft könne sich aus den Darstellungen in den Medien kein neutrales Bild von der Tierhaltung machen.

Abbildung 2: Mitsprache bei der künftigen Gestaltung von Tierhaltungsverfahren aus Sicht der Landwirtschaft



Quelle: Online-Befragung im Rahmen des Projektes SocialLab

Landwirtschaft wehrt sich gegen nicht-fachliche Einmischung

Landwirtinnen und Landwirte stellen eine zunehmende Distanz zur Bevölkerung fest. Zitat: „Die Verbindung zu den Verbrauchern ist irgendwo weggebrochen. Warum auch immer." Einer der Gründe dürfte der zunehmende Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe im näheren Umfeld von Verbraucherinnen und Verbrauchern sein. Es gibt aber auch gesellschaftliche Entwicklungen wie z. B. den Wunsch der Bevölkerung, den Klimawandel und den Artenschwund zu stoppen, die von Landwirtinnen und Landwirten nicht in derselben Geschwindigkeit nachvollzogen werden.

In den Gruppendiskussionen mit Landwirt*innen wird deutlich, dass ein unrealistisches Bild und mangelndes Wissen seitens der Gesellschaft über aktuelle Tierhaltungsverfahren wahrgenommen werden. Die gesellschaftlichen Forderungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung und insbesondere zum Tierwohl werden deshalb vielfach als nicht angemessen angesehen. Teilweise fühlt sich die Landwirtschaft von „Laien" bevormundet. Zitat: „Das sind alles Wunschgedanken. Die

haben sich Menschen ausgedacht, die eigentlich von Tuten und Blasen keine Ahnung haben."

In der Onlinebefragung wurde diese Einschätzung aufgegriffen. Die Befragten äußerten sich zu Personengruppen und Organisationen, die aus ihrer Sicht Mitsprache bei der Gestaltung von Tierhaltungsverfahren haben sollten (s. Abb. 2).

Im Durchschnitt nannten die Befragten vier Personengruppen oder Organisationen, die aus ihrer Sicht eine Mitsprache bei der Gestaltung der künftigen Tierhaltungsverfahren haben sollten. Am häufigsten wurde die Landwirtschaft selbst genannt. Eine Mitsprache wird auch bei der Beratung, der Wissenschaft und bei der berufsständischen Vertretung gesehen, die jeweils von mindestens 50 % genannt wurden. Bei diesen Gruppen werden fachliche Kompetenzen wahrgenommen. Fast jeder fünfte Befragte sieht auch bei der Verbraucherschaft ein Mitspracherecht, nur jeder Zehnte möchte der Politik Mitsprache einräumen. Gewünschte Mitsprache bei Tierhaltungsfragen wird damit hauptsächlich in brancheninternen Fachkreisen gesehen. Aus Sicht der meisten Tierhalter*innen sollte die Gesellschaft eher nicht bei der Gestaltung von Tierhaltungsverfahren mitsprechen.

Aufklärungsbereitschaft wird als Teil von Dialogbereitschaft gesehen

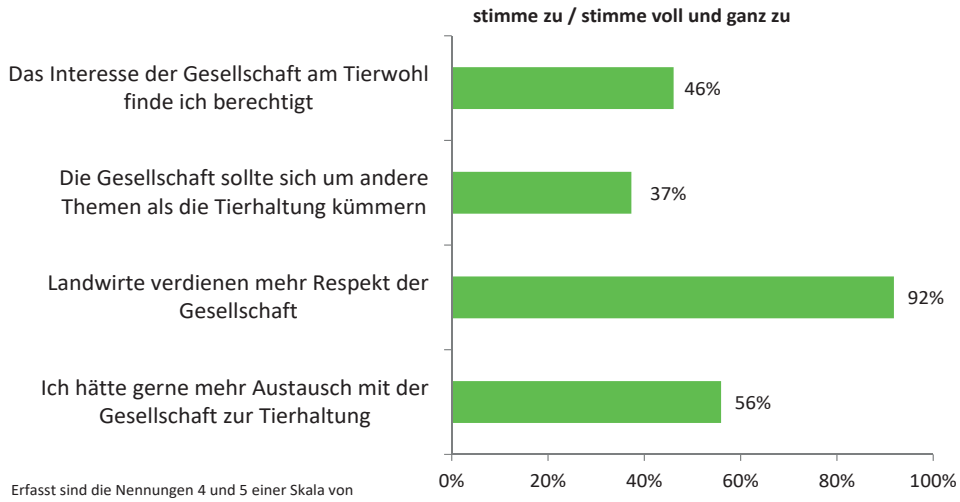
Dennoch sieht fast die Hälfte der Teilnehmer*innen der Online-Befragung ein berechtigtes Interesse der Gesellschaft an der Tierhaltung (s. Abb. 3). Mehr als die Hälfte der Befragten wünscht sich zudem einen stärkeren Austausch mit der Gesellschaft zu Tierhaltungsfragen. Im Fokus dürfte dabei allerdings Informations- und Aufklärungsarbeit der Branche an die Gesellschaft stehen, die unmittelbar als akzeptanzbildend eingeschätzt wird. Als Lösungsweg zu einem verbesserten Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft wird das Erklären der Produktionsweisen, der politischen und wirtschaftlichen Vorgaben sowie der Notwendigkeit einer Planungssicherheit bei der Umsetzung und Weiterentwicklung von Produktionsverfahren gesehen. Die Offenheit gegenüber der Verbraucherschaft zeigte sich auch in den Gruppendiskussionen. Zitat: „Wir sind gerne bereit unsere Ställe zu zeigen, unsere Ställe zu öffnen."

Ansprüche und Botschaften der Gesellschaft bleiben in vielen bisher praktizierten Kommunikationskonzepten der Branche eher außen vor, da der Gesellschaft und der Verbraucherschaft ein Mitspracherecht wegen fehlender Expertise zu Tierhaltungsfragen abgesprochen wird. Zitat: „Warum muss ich denn dem gerecht werden, muss ich sie nicht aufklären? Der Ansatz ist doch verkehrt. Ich möchte doch nicht dem Verbraucher gerecht werden."

Fazit: Geeignete Kommunikationsformen entwickeln

Die „Aufklärungsmentalität" seitens der Landwirtschaft dürfte künftig nicht ausreichen, um das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren, denn die Weiterentwicklung der Tierhaltung in Deutschland ist ein gesellschaftlich relevantes Thema. Gefragt ist deshalb eine echte Dialogbereitschaft zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft, bei der gesellschaftliche Ansprüche und landwirtschaftliche Interessen und Rahmenbedingungen gleichermaßen berücksichtigt werden. Dazu sind geeignete Kommunikationsformen zu entwickeln und zu erproben, die eine gegenseitige Verständigung fördern und aus denen gegenseitiges Verständnis erwächst. Neue Ansätze hierfür werden aktuell im Rahmen von ins-zu-eins-Begegnungen und Speed-Datings mit Personen aus der Landwirtschaft und aus der Gesellschaft am Soester Fachbereich Agrarwirtschaft erprobt. Mit diesen Formaten wird überprüft, inwieweit Einstellungsänderungen bei beiden Gruppen möglich sind. Ziel ist es weiterhin herauszufinden, ob mit diesen Instrumenten die landwirtschaftliche Tierhaltung weiterentwickelt und eher akzeptiert werden kann.

Abbildung 3: Einstellungen der Landwirtschaft zur Gesellschaft



Erfasst sind die Nennungen 4 und 5 einer Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu

Quelle: Online-Befragung im Rahmen des Projektes SocialLab

Tierische Lebensmittelproduktion:

Welchen Organisationen vertrauen Verbraucher*innen?

Prof'in Dr. Jutta Roosen und Sabine Groß

Vertrauen ist ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren von Märkten. Doch Vertrauen baut sich nur langsam auf und kann sehr leicht wieder zerstört werden. Das Verbrauchervertrauen wird dadurch bestimmt, dass bei Organisationen ähnliche Werthaltungen wahrgenommen werden, wie Verbraucher*innen sie für sich selbst als wichtig erachten. Nur dann erscheint ihnen integres Handeln von Unternehmen, staatlichen Einrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft glaubwürdig. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Produktion von Lebensmitteln tierischen Ursprungs erscheint diese Glaubwürdigkeit notwendig, um zu einer vertrauensvollen Basis zu kommen und Lösungswege für die Zukunft der Tierhaltung aufzuzeigen.

Viele Charakteristika von Nahrungsmitteln, wie die Lebensmittelsicherheit, die Produktionsweise oder auch die Art der Tierhaltung, sind Vertrauenseigenschaften, welche von den Verbraucher*innen ein Vertrauen in die Wahrhaftigkeit von Aussagen über die Herstellung und Qualität der Produkte verlangen. Gerade bezüglich Aussagen über die Landwirtschaft herrscht derzeit in der Gesellschaft eine umfassende Debatte, wem und welchen Aussagen man vertrauen kann. In Bereichen, in denen Menschen unvollständiges Wissen haben (Siegrist & Cvetkovich 2000), oder wenn eine Situation risikobehaftet ist (Mayer et al. 1995), erhält Vertrauen eine besondere Bedeutung. Dies trifft auch für typische Vertrauensattribute beim Kauf von Lebensmitteln zu. Verbraucher*innen sind auf Informationen angewiesen, die sie von Produzent*innen und Handel, von den Medien oder auch aus der Wissenschaft, von Verbraucherorganisationen oder staatlichen Akteure erhalten.

SocialLab

Prof'in Dr. Jutta Roosen, Sabine Groß

Lehrstuhl für Marketing und Konsumforschung,
Technische Universität München

JRoosen@tum.de, sabine.gross@tum.de

Vertrauen macht Verbraucher*innen in Situationen von Unsicherheit handlungsfähig

Vertrauen in die zur Verfügung stehenden Informationen ermöglicht es Verbraucher*innen, in durch Unsicherheit charakterisierten Situationen ohne die aufwendige Aufnahme und Verarbeitung von Wissen handlungsfähig zu bleiben. Zum einen ermöglicht ihnen das Vertrauen, sich einem Risiko auszusetzen, zum anderen ist Vertrauen auch notwendig, um Informationen einzuordnen, relevantes von weniger relevantem Wissen zu unterscheiden und eine Bewertung von Informationsquellen vorzunehmen.

Untersuchungen zeigen, dass im öffentlichen Bereich Informationsquellen als unterschiedlich vertrauenswürdig wahrgenommen werden (Chryssochoidis et al. 2009). Als relevant wurde hier die Kompetenz der Quelle in Bezug auf das jeweilige Handlungsfeld identifiziert. Um als vertrauenswürdig zu gelten, sollte eine Organisation auch als im Sinne der Verbraucher*innen handelnd und frei von Interessenskonflikten wahrgenommen werden. Rosati und Saba (2004) zeigen, dass die Befragten bei der Bewertung der Informationsquelle im Zusammenhang mit Lebensmittelrisiken Verbraucherorganisationen ein höheres Vertrauen entgegenbringen als der Regierung oder Produzentenorganisationen. Auch bei Gütesiegeln variiert das Vertrauen in Abhängigkeit davon, wer das Siegel vergibt (McKendree et al. 2013).

Umfassende Befragung zum Vertrauen in Organisationen und Landwirtschaft

Auch im Rahmen des Projektes SocialLab wurden Verbraucher*innen befragt, inwieweit sie unterschiedlichen Organisationen in Bezug auf Informationen und Kommunikation bezüglich tierischer Lebensmittel vertrauen. Auf Basis einer Befragung unter 1 600 Verbraucher*innen im Oktober 2016 wurde das Vertrauen in unterschiedliche Akteure, die im Bereich der Erzeugung von Lebensmitteln tierischer Herkunft handeln und kommunizieren, untersucht. Dazu wurden die Befragten gebeten anzugeben, inwieweit sie der jeweiligen Gruppe des Lebensmittelsektors bei Informationen und Kommunikation über tierische Lebensmittel vertrauen. Die Antwortmöglichkeiten

lagen zwischen 0 = „vertraue ich überhaupt nicht“ und 10 = „vertraue ich komplett“. Es zeigt sich, dass Verbraucher*innen insbesondere Verbraucherverbänden, Tierschutzorganisationen, praktizierenden Tierärzten, Wissenschaft und Forschung, dem Veterinäramt sowie dem Lebensmittelhandwerk vertrauen. Neben diesem Handwerk erhalten auf Seite der Lebensmittelproduzent*innen auch die Landwirt*innen und ihre Verbände relativ hohe Vertrauenswerte. Interessanterweise ist der Vertrauenswert für den Bauernverband niedriger als der für die Landwirt*innen als Einzelpersonen/-unternehmen oder als der für die Bioverbände (s. Abb. 1).

Integer, kompetent, fürsorglich

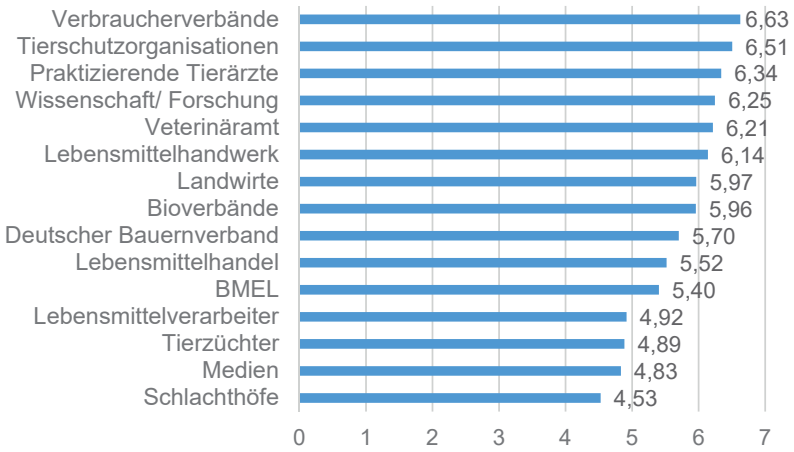
Um das Entstehen des Vertrauens besser verstehen zu können, wurden unterschiedliche Ebenen des Lebensmittelsystems (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Überwachung) dahingehend untersucht, in welchem Ausmaß diese als fürsorglich, kompetent und integer aufgefasst werden, denn die Literatur und die vorliegenden Daten zeigen, dass insbesondere diese drei Faktoren wichtige Determinanten des Vertrauens sind (s. Abb. 2).

Im Vergleich der Akteursgruppen erhalten Landwirt*innen in allen drei Dimensionen die höchsten Werte, was erklären kann, warum Verbraucher*innen insgesamt ein doch hohes Vertrauen in Landwirt*innen haben. Auch ein weiterer Faktor kann dies erklären: Der Grad, mit dem die Verbraucher*innen einer Gruppe von Akteuren wie den Landwirt*innen eine Werthaltung zuschreiben, die der eigenen ähnlich ist. Tatsächlich ist die Art, wie Verbraucher*innen die Werthaltungen der Landwirt*innen sehen, ein wesentlicher Faktor in der Erklärung des Vertrauens in die Landwirtschaft.

Kommunikation nutzen und Vertrauen aufbauen

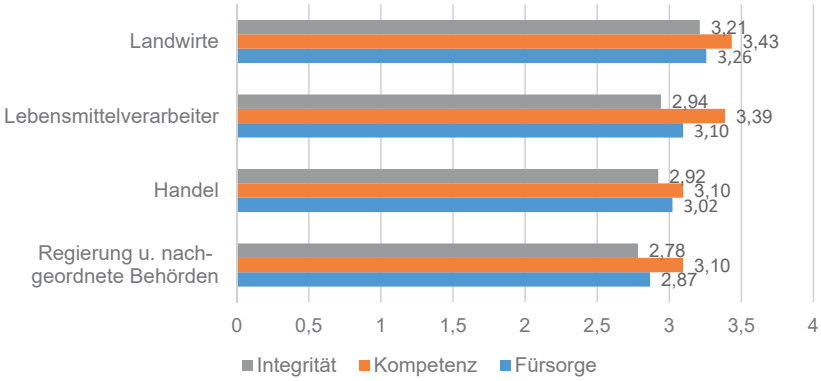
Es stellt sich also die Frage, wie die Landwirtschaft und andere Akteuren der Wertschöpfungskette Vertrauen aufbauen können

Abbildung 1: Vertrauen in die Informationen zu tierischen Lebensmitteln durch verschiedene Akteure von „Ich vertraue überhaupt nicht" (0) bis „Ich vertraue komplett" (10)



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 2: Vertrauensdimensionen Integrität, Kompetenz und Fürsorge unterschiedlicher Akteure des Lebensmittelsystems gemessen mit jeweils zwei Statements von „stimme ganz und gar nicht zu“ (1) bis „stimme voll und ganz zu“ (5)



Quelle: eigene Darstellung

und die Umstände der Produktion von Lebensmitteln tierischen Ursprungs kommunizieren können. Um das Vertrauen der Verbraucher*innen zu erwerben gilt es, ihnen zu zeigen, dass sie selber ähnliche Werthaltungen haben. Auch sollte mit der Fürsorge für die Interessen der Verbraucher*innen und die Integrität, also die Ehrlichkeit und die Aufgeschlossenheit gegenüber deren Themen, sehr sorgsam umgegangen werden. Denn grundsätzlich gilt, dass Vertrauen einem asymmetrischen Verhalten unterliegt: So kann es relativ leicht zerstört, jedoch nur langfristig (wieder) aufgebaut werden. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0419-Literatur-Roosen-Groß.pdf

CSA – Landwirtschaft und Verbraucher*innen gemeinsam

Dr. Marie Diekmann

In einer Community Supported Agriculture (CSA) schließen sich Landwirte und Verbraucher zusammen, um für die Gemeinschaft die Versorgung mit regionalen Produkten zu organisieren (s. Abb.1). Mit dem Konzept werden ökologische, ökonomische und auch soziale Vorteile verbunden. Der vorliegende Beitrag gibt eine Übersicht über die zentralen Merkmale.

Das innovative, sozial ausgerichtete Konzept der Community Supported Agriculture (CSA), häufig als „solidarische Landwirtschaft“ übersetzt, ist gegenwärtig eines der populärsten alternativen Lebensmittelnetzwerke. Die Verbraucher*innen sichern dem landwirtschaftlichen Betrieb vertraglich die Abnahme eines bestimmten Ernteanteils und die entsprechende Beteiligung an den Vollkosten der Produktion für den Zeitraum eines Jahres zu. Im Gegenzug produziert der Betrieb die Lebensmittel für die Gruppe nach bestimmten, gemeinschaftlich festgelegten Grundsätzen (Blättel-Mink et al. 2017). Das Produktangebot einer CSA umfasst überwiegend Gemüse und Obst, aber auch Milchprodukte, Fleischwaren, Honig oder Schnittblumen können in einer CSA angeboten werden. Neben frischen, regionalen Produkten schätzen viele Teilnehmer den direkten Kontakt zu den Landwirt*innen und zur Lebensmittelproduktion (Fieldhouse 1996).

Zahl der Betriebe in Deutschland steigt

Bereits in den 1960er Jahren wirtschafteten erste Betriebe in Deutschland und der Schweiz nach den Grundsätzen des CSA-Konzeptes. Die erste offizielle Gründung einer solidarischen Wirtschaftsgemeinschaft erfolgte 1988 auf dem Buschberghof in Fuhlenhagen, im Herzogtum Lauenburg, Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit dem etwa zehn Jahre später gegründeten Kattendorfer Hof im Landkreis Segeberg gilt der Buschberghof als Ausgangspunkt für die allmähliche Verbreitung von CSA in Deutschland (Kraiß und van Elsen 2008). Bis 2007 etablierten sich lediglich fünf weitere CSA-Betriebe. Insbesondere ab 2012 hat die Anzahl der an einer CSA beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland jedoch stark zugenommen (s. Abb. 2). 2017 waren deutschlandweit bereits 127 landwirtschaftliche Betriebe an einer CSA beteiligt, von denen die meisten in Baden-Württemberg zu finden sind (s. Abb. 3). Die hohe Anzahl der Initiativen, die sich in unterschiedlichen Stadien der Gründung befinden, lässt darauf schließen, dass die Anzahl der CSAs in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird (Wellner und Theuvsen 2017a), wobei sich CSAs vor allem im Umfeld von Ballungszentren ansiedeln.[1]

Ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit

CSA kann als eine „Graswurzelbewegung“ verstanden werden, die „von unten“, aus der Gesellschaft heraus, innovative Alternativen zu den vorherrschenden Strukturen der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung entwickelt. Als Teil der Neuen Sozialen Bewegungen bildet CSA den Kern eines Trends zu alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen sowie zur Relokalisierung der Lebensmittelerzeugung, dessen Befürworter*innen aus der engen Verknüpfung von Produktion und Konsum positive Auswirkungen auf Mensch und Umwelt erwarten. Dementsprechend fest ist der Nachhaltigkeitsgedanke im CSA-Konzept verankert: Durch die Entkopplung des landwirtschaftlichen Betriebseinkommens von der Erntemenge und -qualität wird erwartet, dass CSA in einer nachhaltigeren Lebensmittelproduktion resultiert, in der die übermäßige Nutzung der natürlichen Ressourcen verhindert wird. Aufgrund der Vereinbarung spezifischer Produktionsbedingungen können zudem moralische und ethische Aspekte Berücksichtigung finden und durch die Konsument*innen honoriert werden (Wellner und Theuvsen 2017b).

Der Konsum regionaler Produkte aus einer umwelt- und tierfreundlicheren Produktion ist ein wichtiges Motiv der Teilnehmer*innen. Etwa 85 % der teilnehmenden Betriebe wirtschaftet nach eigenen Angaben nach biologischen Standards. Zertifizierungen werden jedoch von vielen Gemeinschaften als nicht notwendig erachtet, da der direkte Kontakt zu dem Betrieb den Teilnehmer*innen erlaubt, sich vor Ort von der Einhaltung der vereinbarten Produktionsbedingungen zu

Foto: privat

Dr. Marie Diekmann

Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung (DARE), Georg-August-Universität Göttingen

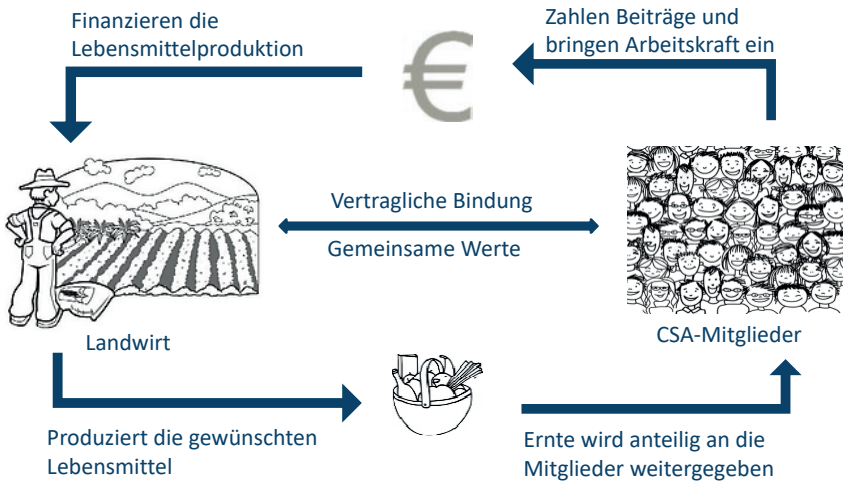
Marie.Diekmann@agr.uni-goettingen.de

[1] Laut Netzwerk Solidarische Landwirtschaft gibt es zzt. in Deutschland 260 CSA-Betriebe und 48 weitere befinden sich in Gründung. Anm. der Redaktion, www.solidarische-landwirtschaft.org/solawis-finden/auflistung/solawis (letzter Aufruf 14.12.2019).

überzeugen. Von den für die CSAs charakteristischen kleinstrukturierten Produktionseinheiten sowie dem mit dem Konzept einhergehenden Anbau unterschiedlichster Kulturarten werden zudem positive Effekte auf die Artenvielfalt erwartet. Positive Umweltauswirkungen sollen auch die kurzen Transportwege der regionalen Produkte und der Verzicht auf eine weitere Verarbeitung oder Verpackung haben (Wellner 2018). Die enge Verbindung zur Natur und Lebensmittelproduktion, die Konsument*innen in einer CSA erfahren können, wirkt sich außerdem vorteilhaft auf das Verhalten der Teilnehmer*innen aus. Sie empfinden Verantwortung für die Umwelt und sind sensibilisiert für ökologische Fragestellungen (MacMillan Uribe et al. 2012). Der tatsächliche ökologische Effekt einer CSA kann gegenwärtig jedoch noch nicht beziffert werden.

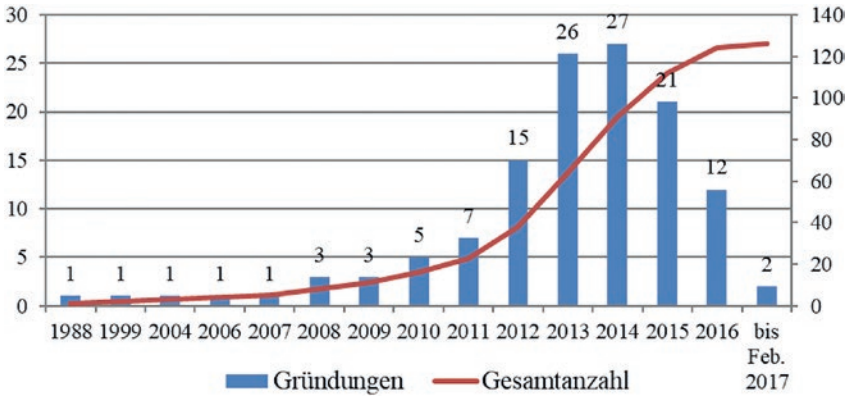
Indem die Vollkosten der Produktion von der Gemeinschaft getragen werden, wird das Ertrags- und Einkommensrisiko der einzelnen Landwirt*innen auf die Gemeinschaft, für die die Lebensmittel produziert werden, übertragen: Die teilnehmenden Konsument*innen erhalten während der Saison meist wöchentlich einen Anteil an der Erntemenge, dessen Umfang in Abhängigkeit von der gesamten geernteten Menge schwankt. Währenddessen erhält der Betrieb den vereinbarten Betrag, unabhängig von der erzielten Erntemenge. So sollen bessere ökonomische Bedingungen für (kleinstrukturierte) landwirtschaftliche Betriebe erzielt werden. Die Teilnahme an einer CSA kann somit für bestimmte Betriebe als Ausweg aus dem Dilemma des „Wachsen oder Weichen“ betrachtet werden. Das Konzept bietet einen innovativen Ansatz, eine interessante

Abbildung 1: Schematische Darstellung des CSA-Konzeptes



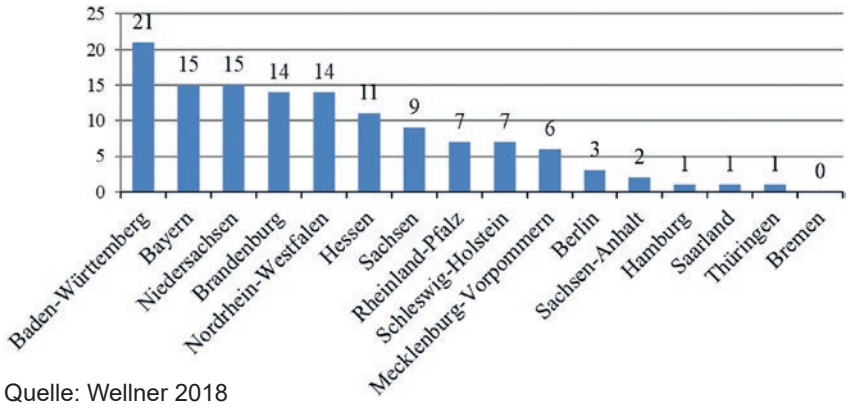
Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 2: Zahl der Gründungen und der CSA-Betriebe in Deutschland nach Jahren



Quelle: Wellner 2018

Abbildung 3: Anzahl der Betriebe je Bundesland



Quelle: Wellner 2018

Zielgruppe für das multifunktionale Gesamtkonzept „Landwirtschaft“ zu begeistern und so zum Erhalt einer vielfältigen Agrarlandschaft beizutragen (Wellner 2018).

Die Verwurzelung der Mitglieder in einer sozialen Gemeinschaft vor Ort ist ein weiteres wichtiges Element des CSA-Konzeptes, das u. a. mit Blick auf die steigende

Anzahl alleinstehender Personen an Bedeutung gewinnt. Die Gemeinschaft beruft sich auf gemeinsame, identitätsstiftende Werte, die sowohl das Miteinander innerhalb der Gruppe als auch die Produktionsweisen der Lebensmittel maßgeblich prägen. Beispielsweise ist die Integration sozial benachteiligter Personen in die Gemeinschaft ein zentraler Gedanke im CSA-Konzept. Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Nachhaltigkeit ist ferner bedeutsam, dass die CSA-Teilnehmer*innen durch den direkten Kontakt zu den Produzent*innen ihr Wissen über Landwirtschaft vertiefen und mehr Verständnis für die Situation der Landwirt*innen entwickeln. Zudem kann verlorengegangenes Vertrauen in die Lebensmittelproduktion zurückgewonnen werden, da die Umsetzung von ethischen Produktionspraktiken, etwa höheren Tierwohlstandards, für die CSA-Mitglieder jederzeit nachvollziehbar ist (Diekmann und Theuvsen 2019).

Fazit: Positiver Effekt durch soziales Netzwerk

CSA erlebt gegenwärtig einen Aufschwung in Deutschland und anderen Ländern der EU. Neben dem Trend zur Relokalisierung sind weitere Faktoren, wie das Bedürfnis nach umfassenderen Produktkenntnissen und einer engeren Verbindung zur Natur, wichtige Gründe für diese Entwicklung. Dem Konzept wird ein hohes transformatorisches Potenzial zugesprochen, das eine nachhaltigere, sozial eingebettete und an den Wünschen der Verbraucher*innen orientierte landwirtschaftliche Produktion begünstigt. Insbesondere für landwirtschaftliche Betriebe im Einzugsgebiet von Ballungsräumen bietet CSA eine interessante Nischenstrategie. Das entstehende soziale Netzwerk schlägt eine Brücke zwischen den urbanen und ruralen Lebensräumen, die die bestehende Kluft zwischen Landwirt*innen und Verbraucher*innen reduzieren und zu einem besseren Verhältnis zwischen beiden sorgen kann. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0419-Literatur-Diekmann.pdf

Wir fordern Planungssicherheit

Anmerkungen von Hermann Kroll-Schlüter

Diese Forderung der Landwirtschaft bleibt seit Jahren unerhört. So, wie die europäische Agrarpolitik angelegt ist, kann sie diese Forderung nicht einlösen. Je planwirtschaftlicher ein Politikbereich bestimmt wird, umso geringer die Planungssicherheit. Hier erkennen wir die Geburtsfehler der europäischen Agrarpolitik. Ludwig Erhard wollte sie auf eine ordnungspolitische Grundlage stellen, Adenauer aber gemeinsame Sache mit Frankreich machen, also keine Marktwirtschaft für die Landwirtschaft. Das bedeutet bis heute: Der Staat/die EU bestimmt nicht nur die Spielregeln, sondern ist auch Mitspieler. Er organisiert, interveniert, eine Agrarreform folgt der nächsten, Reformkommisionen und Grünbücher lösen sich ab, immer mit demselben Ziel: Die Politik bestimmt direkt einen großen Teil des Einkommens und auch den Weg dahin. Dabei orientiert sie sich und strebt an einen breit getragenen gesellschaftlichen Konsens.

Irgendwann werden wir sicherlich erfahren, was das ist, ein gesellschaftlicher Konsens, wer ihn festlegt und wer daran mit welcher Verbindlichkeit gebunden ist.

Gesellschaft können wir verstehen als eine durch unterschiedliche Merkmale zusammengefasste und abgegrenzte Anzahl von Personen, also die Gesamtheit der Menschen, die zusammen unter bestimmten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben. Diese Gesamtheit bildet aber keine Einheit, diese Gesellschaft handelt nicht, sie ist keine Persönlichkeit und hat auch keine Adresse. Es handeln Akteure in der Gesellschaft – und zwar sehr unterschiedlich, aus sehr verschiedenen Motiven, Erwartungen und Bedürfnissen. Und die sind oft grenzenlos. Der Mensch heute ist nicht mehr Mitglied einer Gesellschaft, sondern er gehört zu mehreren Teilsystemen, zu mehreren gesellschaftlichen Kreisen, die fast autonom agieren und kaum in einen Konsens integriert werden können.

Wenn von Gesellschaft und Landwirtschaft die Rede ist, was hören wir da aus der Gesellschaft, sogar aus der Agrarwissenschaft und der Agrarpolitik? Es gelte, auch die gesellschaftlichen Ansprüche mit der landwirtschaftlichen Praxis im Stall und auf dem Feld noch besser zu verknüpfen. … Landwirtinnen und Landwirte wollen nicht mehr hinnehmen, wie

Politik und Gesellschaft mit ihnen umspringen. … Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag. … Die Gesellschaft muss sich festlegen, welche Tierhaltung sie in Zukunft will und was sie dafür bereit ist zu zahlen. … Es muss das Ziel der Politik sein, die gesellschaftlichen Anliegen zu befriedigen. … Erbringung gesellschaftlicher Leistungen angemessen entlohnen. … Die Direktbeihilfen sind an die Interessen der Gesellschaft insgesamt zu koppeln. … Auf jeden Fall hängt die Akzeptanz der Agrarpolitik seitens der Gesellschaft davon ab, ob sie mit den Vorstellungen der Gesellschaft übereinstimmt. … Hier ist die Gesellschaft in der Pflicht. … Die Frage, wie dieses Spannungsfeld gelöst werden soll, hat die Gesellschaft bislang nicht beantwortet. … Die Anliegen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen miteinander in Einklang bringen. … Der gesellschaftlich geforderte Wandel in der Landwirtschaft usw.

Jetzt hören wir aber auch: Die Politik muss endlich Klarheit schaffen, welche Landwirtschaft in fünf, zehn und 20 Jahren überhaupt noch gewollt ist. Richtig, aber ein Leitbild wurde politisch nicht gewünscht, an diese Stelle trat der gesellschaftspolitisch gewünschte Dialog und die Erfüllung gesellschaftlicher Erwartungen.

Jetzt wird nach und nach erkannt, dass *„eine Gesellschaft, die sich zunehmend ungeduldiger, weniger regelmäßig, sondern anlass- und bedarfsgetrieben informiert, Gefahr läuft, ihr Urteil stärker unter dem Einfluss gesellschaftlicher Aufregungszyklen und Sonderereignisse zu bilden und nicht auf einem belastbaren Wissensfundament“*.
(Renate Köcher, Meinungsforscherin)

Und mehr und mehr wird aktuell gefordert: Alle Vorschriften und Auflagen müssen fachlich begründbar sein. Politik soll sich nicht von populären Forderungen treiben lassen, sondern Sachverstand bei ihren Entscheidungen einholen.

Das Ministerium lässt sich von der gesellschaftlichen Stimmungslage leiten, anstatt auf Wissenschaft zu setzen und Fachargumenten Geltung zu verschaffen. Also sollten wir z. B. das Wort von Martin Luther bedenken: dem Volk aufs Maul schauen, nicht nach dem Munde reden. Und handeln nach der Methode: Sehen – Urteilen – Handeln. Oder so: informieren, diskutieren, entscheiden. Begründet sachlich entscheiden, nach bestem Wissen und Gewissen. Das geschieht am besten auf marktwirtschaftlicher Grundlage, auf ordnungspolitischer Grundlage. Sie ist eine regelbasierte Grundlage.

Foto: Michael Busch

StS a.D. Hermann Kroll-Schlüter

Ehemaliger langjähriger Vorsitzender der Katholischen Landvolkbewegung (KLB) Deutschland und Präsident des Internationalen Ländlichen Entwicklungsdienstes (ILD)

kroll-schlueter@t-online.de

Ordnungspolitik stützt sich auf Regeln, nicht auf ständige politische Intervention. Das Dilemma dieser Tage liegt im Vertrauensverlust der Politik infolge zu vieler und zu weit reichender direkter politischer Entscheidungen.

Agrarmärkte werden sowohl lokaler als auch globaler – und unverzichtbarer für die Ernährung der Menschheit. Dabei kommt es entscheidend (für die Landwirtschaft besonders durch die Freihandelsverträge) auf den Ordnungsrahmen durch faire Regeln an. Sie müssen durchsetzbar sein – durch eines der wichtigsten Prinzipien der Marktwirtschaft: Das Haftungsprinzip.

„Marktwirtschaft ist notwendig, aber nur mit einem starken Staat, der den Rahmen setzt und bescheiden bleibt. Freie Preisbildung, Haftung und Wettbewerb …“.
(Walter Eucken, Ökonom)

Marktwirtschaft bedeutet regelbasiertes Wirtschaften. Der gerechte Preis ist ein regelgerechter Preis. Der Wettbewerb dient der Tauschgerechtigkeit. *„Das System einer marktwirtschaftlichen Koordinierung einzelwirtschaftlicher Aktivitäten ist jeder bekannten und brauchbaren System-Alternative überlegen, und zwar ökonomisch wie ethisch.“*
(Prof. Dr. Hermann Sautter, Ökonom)

Beate Kasch folgt Dr. Hermann Onko Aeikens als Staatssekretärin im BMEL

Ministerialdirektorin Beate Kasch soll zum 1. Januar 2020 zur Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ernannt werden. Die 60-jährige Agrarökonomin arbeitet seit 1992 im BMEL, hat ein vielfältiges Fach- und Ablaufwissen erworben und das BMEL auf EU-Ebene bei Verhandlungen für Freihandelsabkommen und im Bereich der Agrarmärkte vertreten. Zuletzt war sie Leiterin der Abteilung 6 „EU-Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit, Fischerei“. Dr. Hermann Onko Aeikens, der seit 2016 Staatssekretär im BMEL war, geht zum Ende des Jahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand (s. auch Interview und Vita auf S. 20 ff.).

Arnd Spahn neuer Vorsitzender der SVLFG

Neuer Vorsitzender der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) ist Arnd Spahn, der turnusgemäß die Nachfolge von Martin Empl angetreten hat. Weiterer alternierender Vorsitzender ist Walter Heidl. Spahn will den Schwerpunkt seines Engagements auf maßgeschneiderte Präventionsangebote für die Versicherten legen. Hier hat der Gewerkschafter digitale Gesundheitstrainings, eine UV-Schutzkampagne sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Organisationen zum Thema Prävention im Auge.

Franz Sauter verstorben

Am 7. Juli 2019 verstarb Franz Sauter, ASG-Vorstandsmitglied von 1989 bis 1998, im Alter von 91 Jahren. Der Landwirtschaftsmeister bewirtschaftete einen Betrieb im Schwarzwald und engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik. Ab 1972 war er 18 Jahre CDU-Bundestagsabgeordneter und leitete u. a. den Unterausschuss „Welternährung, Weltlandwirtschaft, Weltforstwirtschaft“. Darüber hinaus war er Mitglied in den Ausschüssen für „Agrarpolitik“ und „Entwicklungshilfe“. Seine christliche Überzeugung führte dazu, dass er zwölf Jahre Bundesvorsitzender der Katholischen Landvolkbewegung war. Für sein langjähriges politisches Engagement erhielt der Verstorbene anlässlich seines 70. Geburtstages das Bundesverdienstkreuz. Die ASG wird Franz Sauter, dessen Umgang stets von Sachbezogenheit und Menschlichkeit geprägt war, ein ehrendes Andenken bewahren.

Termin

Gerd-Sonnleitner-Preis der Rentenbank

rentenbank

Der Preis hat zum Ziel, Verdienste im Bereich ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum zu würdigen und ehrenamtlichen Nachwuchs zu fördern. Bewerben können sich Landwirt*innen unter 35 Jahren, die sich mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit für den lokalen Interessenausgleich einsetzen. Der Preis ist mit 3 000 € dotiert.

Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2020

Mehr Informationen unter: www.rentenbank.de/ueber-uns/gerd-sonnleitner-preis

Zukunftsfähige Landwirtschaft

Herausforderungen und Lösungsansätze

Ingrid Hemmer, Martin Trappe, Ina Limmer, Steven Mainka und Hubert Weiger (Hrsg.). oekom Verlag, München 2019, 256 Seiten, ISBN 978-3-96238-090-8, 22,00 € (Print), 17,99 € (eBook).

Artensterben, Boden- und Wasserbelastung, Klimaextreme, Tierhaltungsskandale auf der einen Seite, hohe Betriebskosten, niedrige Preise und Höfesterben auf der anderen Seite – die Herausforderungen in der Landwirtschaft nehmen dramatisch zu. Ein Wandel der Landnutzung erscheint unumgänglich. Welche wechselseitigen Einflüsse gibt es zwischen Landwirtschaft und regionalen wie globalen Umweltveränderungen? Kann eine nachhaltige Landwirtschaft die Welt ernähren? Welche Maßnahmen sollen wir ergreifen?

Expert*innen aus Agrarwissenschaft, Biologie, Geographie, Meteorologie und Tiermedizin stellen wissenschaftliche Ergebnisse zu zentralen Herausforderungen einer zukunftsfähigen Landnutzung vor und zeigen Lösungsansätze auf, die in Wissenschaft und Praxis diskutiert werden. Dabei spielen nationale wie globale Perspektiven eine Rolle. Den Abschluss bilden Handlungsempfehlungen für Landwirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Politik.

Völkische Landnahme

Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos

Andrea Röpke, Andreas Speit. Ch. Links Verlag, Berlin, 2. aktualisierte Auflage, November 2019, 208 S., ISBN 978-3-86153-986-5, 18,00 €.

Seit Jahren siedeln sich ideologisch gefestigte rechtsextreme Gruppen und Familien in dünn besiedelten Regionen wie dem Wendland oder Mecklenburg an, um dort ökologische Landwirtschaft oder altes Handwerk zu betreiben und völkisches Brauchtum zu pflegen. Sie organisieren Landkaufgruppen und bundesweit agierende Wirtschaftsnetzwerke und sind aktiv in Elternvertretungen und Feuerwehren bis sie schließlich das dörfliche Leben dominieren.

Die beiden ausgewiesenen Rechtsextremismus-Experten Andrea Röpke und Andreas Speit beschreiben die historischen Wurzeln und schildern das Netz der rechte Szene – von Identitären über Pegida-Anhänger und rechten Jugendbünden bis hin zu Öko-Faschisten – mit Detailkenntnis; die aktuellen Verbindungen reichen bis in die Parlamente. Dabei wird deutlich: Hier handelt es sich um eine unterschätzte Gefahr. ba

Nachhaltig wirtschaften mit KSNL

Umwelt-, wirtschafts-, sozial- und tierverträglich

Thorsten Breitschuh, Gerhard Breitschuh, Hans Eckert, Ulrich Gernand und Manuel Geyer. KTBL-Heft 128, Darmstadt 2019, 60 S., ISBN 978-3-945088-71-5, 9,00 € (Print), 7,00 € (PDF).

Das Kriteriensystem nachhaltige Landwirtschaft (KSNL) wurde bereits 2008 als Instrument zur Nachhaltigkeitsbewertung und -zertifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben entwickelt. Im KTBL Heft 128 wurden die Module Umwelt, Wirtschaft und Soziales aktualisiert und um die Kriterien der tierverträglichen Landwirtschaft und deren Anwendung in milchviehhaltenden Betrieben erweitert.

Das Instrument ist praktisch erprobt, einsatzfähig und gestattet, mit einem vertretbaren Aufwand, Landwirtschaftsbetriebe einer Prüfung zu unterziehen, inwieweit sie den Anforderungen einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Entwicklung entsprechen. Somit sind wissenschaftlich-technische Voraussetzungen gegeben, um in Landwirtschaftsbetrieben mit unterschiedlichen betriebsstrukturellen und standörtlichen Gegebenheiten Nachhaltigkeit und Tierverträglichkeit zu messen, zu analysieren und daraus notwendige Handlungen abzuleiten. st

Demografischer Wandel und die Entwicklung ländlicher Räume

Eine Zusammenfassung und Erweiterung der Schriftenreihe „anKommen – willKommen“, Dr. Andreas Siegert, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2019

2014 wurde das Projekt „anKommen – willKommen“ in Hettstedt, Sachsen-Anhalt, gestartet. Ziel war es, Antworten auf die Fragen zu finden, wie der Entvölkerung ländlicher Regionen entgegengewirkt werden kann, welche Konsequenzen es durch Abwanderung und Alterung für Kleinstädte und rurale Gebiete gibt und ob bzw. wie es möglich ist, ortsansässige Personen zur Unterstützung der Integration von Einwanderern zu gewinnen. Der in Hettstedt erprobte Ansatz zeigt u. a., dass Geflüchtete dauerhaft in ländlichen Regionen angesiedelt werden können und dass dies für alle Beteiligten Nutzen stiften kann. Für Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen wollen, haben die Autor*innen eine Reihe von Empfehlungen formuliert. So wäre die Erleichterung des Familiennachzugs ein geeigneter Schritt, um die gesellschaftliche Integration zu fördern. Darüber hinaus sollte der Ansatz einer Fokussierung auf spezifische Einwanderergruppen in ländlichen Gemeinden ausprobiert und von der Landespolitik unterstützt werden. Außerdem sind kommunale Handlungsspielräume so zu erweitern, dass attraktive Angebote für diese Einwanderer entwickelt und umgesetzt werden können. Hierzu könnten Schulungskonzepte für Sportvereine, Lehrkräfte, freiwillige Feuerwehren usw. gehören, in denen interkulturelle oder pädagogische Kompetenzen vermittelt werden.

www.ankommen-willkommen.de/wp-content/uploads/2019/10/zsh_download_FB2019_02_LaendlicheRaeume.pdf

Landwirtschaft und ländliche Gemeinden. Ein Verhältnis im Wandel. Eine Fallstudie

Lutz Laschewski und Andreas Tietz, Thünen-Institut für Ländliche Räume, 2019

Die Untersuchung ist Teil eines größeren Forschungsvorhabens, das die Frage untersucht, welche Folgen die wachsende Zahl von Betriebsübernahmen durch überregional aktive Investoren für die ländlichen Räume hat. Die Auswertung von Interviews aus sieben ländlichen Gemeinden im Nordosten Deutschlands ergab eine Distanzierung der Bevölkerung von der Landwirtschaft und umgekehrt. Die landwirtschaftlichen Betriebe erweisen sich zwar nach der Übernahme im Umgang mit den Kommunen als professionell und kooperationsbereit in Sachfragen, führen die gewachsene Unterstützung der Gemeinde fort und unterstützen die Gemeinde und die Zivilgesellschaft auch finanziell. Jedoch ziehen sie sich als aktive Akteure aus dem ohnehin schon kleinen Kreis der in der Kommune aktiven Menschen zurück. Das Bemühen der Kommunen wiederum ist nur noch darauf ausgerichtet, ein Mindestmaß an sozialem Leben zu erhalten, die Formulierung eigener Entwicklungsziele ist kaum möglich. Die völlige Abwesenheit von Vorstellungen integrierender ländlicher Entwicklung, in welcher der Kommune eine Schlüsselrolle zukomme, war in den Interviews besonders auffällig.

https://ageconsearch.umn.edu/record/292299

Kleinstadtforschung

Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 2019

Das Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, aber auch für die Herausforderungen kleinerer Städte insbesondere in ländlichen Räumen ist in den letzten Jahren gewachsen. Nichtsdestoweniger ist die Stadtforschung in Deutschland traditionell großstadtorientiert. Das Positionspapier „Kleinstadtforschung“ des gleichnamigen Arbeitskreises ist das Ergebnis eines einjährigen Arbeitsprozesses. Die Beteiligten aus Wissenschaft und Praxis erstellten Textbeiträge, in denen sie den Forschungsstand sowie Wissensdefizite näher beleuchteten. Es wurden zahlreiche Empfehlungen für Wissenschaft, Lehre, amtliche Statistik und Forschungsförderung aus der Perspektive der Kleinstadtforschung formuliert, um die Aufmerksamkeitslücke der sozial- und planungswissenschaftlichen Stadt- und Raumforschung für Kleinstädte und ihre Entwicklungsprozesse zu schließen.

https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospapier/pospapier_113.pdf

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion

Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander M. A.
Dagmar Babel M. Sc.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Nachdruck und sonstige Verbreitung

(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum

erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals). Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Zeitschrift ist auch online auf der ASG-Website als pdf verfügbar. Abonnent*innen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe per E-Mail erhalten.

Layout

Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Preise

Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studierende 36,- €) enthalten.

Konto

Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

rentenbank

ASG | Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Die Preisträger*innen und Laudator*innen des diesjährigen Tassilo Tröscher-Wettbewerbs – Kurzvorstellungen der ausgezeichneten Projekte finden Sie ab S. 9 in diesem Heft.

„Gesundheitsversorgung“

Schwerpunktheft 03/2019

„Die Zeit der Einzelkämpfer ist vorbei“, lautet eine Überschrift in unserem aktuellen Schwerpunktheft. Gemeint sind die in Einzelpraxen niedergelassenen (Haus-)Ärzt*innen – insbesondere auf dem Land. Schon seit längerem bekommen dies Praxisinhaber*innen und Gemeinden schmerzlich zu spüren, wenn es nicht gelingt, Praxen wieder zu besetzen. Kommunen und die Ärzteschaft vor Ort können jedoch selbst etwas dafür tun, ärztlichen Nachwuchs zu finden, wenn sie die Bedürfnisse der jüngeren Medizinergeneration kennen und die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten.

Die Autor*innen dieser Ausgabe liefern Antworten auf Fragen wie: „Wie möchte die jüngere Ärztegeneration arbeiten und wo sind dementsprechend die „Stellschrauben“, um junge Mediziner*innen aufs Land zu locken? Wie können Bund, Länder, Kommunen, Universitäten, Kassenärztliche Vereinigungen und weitere Akteure des Gesundheitswesens Einfluss nehmen, um die Zahl der Allgemeinmediziner*innen zu erhöhen, Vorurteile gegenüber einer Tätigkeit auf dem Land abzubauen und ihnen attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen zu bieten?“

Unser Heft legt den Fokus auf den Wandel der ambulanten ärztlichen Versorgung. Wir stellen Praxismodelle vor, die die Möglichkeit bieten, im Angestelltenverhältnis zu arbeiten, eine mobile Praxis, die Ärzt*innen direkt ins Dorf bringt und telemedizinische Anwendungen, die Patient*innen manchen Weg in die Praxis ersparen können. Wir werfen einen Blick auf Veränderungen im Bereich der Notfallversorgung, auf andere Länder und auf Versorgungsmodelle, die die Versorgung von den Patient*innen her denken, aber auch auf Ansätze einer intersektoralen Versorgung, die die starre Trennung zwischen ambulanter und stationärer Betreuung aufhebt, wie es der Sachverständigenrat für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen in seinem jüngsten Gutachten von 2018 erneut angemahnt hat. Darüber hinaus haben wir auch das Thema Prävention im erweiterten Sinne des 2015 in Kraft getretenen Bundespräventionsgesetzes mit aufgenommen. Denn noch besser, als eine Hausärztin bzw. einen Hausarzt in der Nähe zu haben, ist es, keine*n zu brauchen.

Einzelpreis 9,- €

Zu beziehen bei:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen

Tel. (0551) 4 97 09 - 0
Fax (0551) 4 97 09 - 16
info@asg-goe.de

oder über das Bestellformular auf
www.asg-goe.de/bestellen